

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 26. November 2015,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 23.20 Uhr**

Anwesend sind: 48 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Sarah Früh, 3. Max Husi, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Dr. Max Pfenninger, 7. Daniel Probst, 8. Thomas Rauch, 9. Simone Sager,
10. Deny Sonderegger, 11. David Tschan, 12. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Fritz Buser, 5. Paul Dilitz,
6. Hansjörg Haas, 7. Eugen Kiener, 8. Huguette Meyer Derungs, 9. Dr. Rudolf Moor,
10. Luc Nünlist, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Wolfgang von Arx, 2. Sonja Bossart Meier, 3. Heidi Ehram, 4. Dr. Christoph Fink,
5. Moritz Segna, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Beate Hasspacher, 3. Anita Huber, 4. Michael Neuenschwander,
5. Yann Schlegel, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ernst Eggmann, 3. Franziska Erzinger, 4. Doris Känzig,
5. André Köstli, 6. Christian Werner, 7. Gert Winter

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob

Stadtrat:

Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Renata Pfeiler
Muriel Jeisy
Dr. Martin Wey

Vorsitz: Sarah Früh

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds
- *2a Ordnungsantrag Gert Winter (SVP)
- *2b Dringliche Interpellation Luc Nünlist (Fraktion SP/Junge SP) betr. „Todesecke“/Frage der Dringlichkeit
3. Mitglied des Gemeindeparlaments/Demission
4. Nichtständige parlamentarische Kommission „Teilrevision Gemeindeordnung“/Wahl von 7 Mitgliedern
5. Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Demission und Ausschluss
6. Beanstandungskommission/Demission und Ersatzwahl
7. Kommission für Öffentliche Sicherheit/Ersatzwahl
8. Sozialkommission der Sozialregion Olten/Ersatzwahl
9. Finanz- und Investitionsplan 2016-2022/Kennntnisnahme
10. Budget 2016/Genehmigung
11. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 11.1. Motion Arnold Uebelhart (SP) betr. Gemeindeordnung (eingereicht am 24.09.2015)
 - 11.2. Motion Gert Winter (SVP) und Mitunterzeichnende betr. zusätzliche Einsparungen im Umfang von 8 Mio. Franken (eingereicht am 26.03.2015)
 - ** 11.3. Postulat Luc Nünlist (SP/Junge SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Fussgängerstreifen (eingereicht am 26.11.2014)
 - ** 11.4. Postulat Wolfgang von Arx (CVP) betr. Bestattungs- und Friedhofswesen, kostendeckende Gebühren (eingereicht am 30.01.2014)
 - ** 11.5. Postulat Yabgu R. Balkaç (SP/Junge SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. „Ländiweg“ (eingereicht am 24.09.2015)
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsidentin Sarah Früh begrüsst die Anwesenden zur heutigen
Parlamentssitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Sarah Früh:

Totenehrung

Otto Eng gehörte 20 Jahre dem Gemeindeparlament an, hatte in dieser Zeit unter anderem auch Einsitz in der GPK genommen und sass auch lange im Gemeinderatsbüro. Zudem war er Ortschef des Zivilschutzes und eine sehr engagierte Persönlichkeit, wie ich gehört habe.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 24. September 2015 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Oltner Krippen, Pilotprojekt Subjektfinanzierung/Genehmigung
(*Beschluss Ziffern 1./2.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 1. Oktober 2015 und die Referendumsfrist ist am 31. Oktober 2015 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation Luc Nünlist (SP/Junge SP) betr. „Todesecke“
- Interpellation (SP/Junge SP) betr. „Wie weiter mit ANDAARE?“
- Interpellation Renata Pfeiler-Häfeli und Huguette Meyer Derungs (SP/Junge SP) betr. „Weg von der Jugendarbeitslosigkeit – Einstieg in die Berufswelt“
- Kleine Anfrage SP/Junge SP betr. Wahlbüros
- Motion Wolfgang von Arx (Fraktion CVP/EVP/GLP) betr. Treppenanlage Gheidweg
- Postulat Wolfgang von Arx (Fraktion CVP/EVP/GLP) betr. Busspurverlegung an der Bahnhofstrasse

* * *

Entschuldigung Stadtpräsident Dr. Martin Wey

Ihr seht, dass vorne, wo der Stadtrat sitzt, ein Platz frei ist. Stadtpräsident Dr. Martin Wey muss heute aus gesundheitlichen Gründen passen und kann nicht hier sein. Einige haben es vielleicht auch schon in der Zeitung gelesen.

* * *

Einladung Vernissage 31. Jahresausstellung Solothurner Künstlerinnen und Künstler im Kunstmuseum Olten vom 5. Dezember 2015, 18.00 Uhr

Unter anderem wird dort auch der Preis der Rentsch-Stiftung verliehen.

* * *

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 23

Aufnahme und Vereidigung von zwei neuen Parlamentsmitgliedern

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung sind zwei frei werdende Parlamentssitze durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Roland Rudolf von Rohr ist ein Sitz der Christlichdemokratischen Volkspartei, durch den Rücktritt von Simon Haller ein Sitz der Grünliberalen Partei frei geworden. Moritz Segna (CVP) und Christian Ginsig (GLP) haben sich bereit erklärt, die Mandate als ordentliche Mitglieder des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsidentin Sarah Früh begrüsst Moritz Segna und Christian Ginsig. Sie verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Moritz Segna und Christian Ginsig legen hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit sind sie vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Herrn Moritz Segna, Spitalstrasse 19, 4600 Olten
Herrn Christian Ginsig, Dreitannenstrasse 10, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 24

Ordnungsantrag Gert Winter (SVP)

Christian Werner: Ich würde, wenn dies genehm ist, übernehmen. Das ist ja ein Antrag der Fraktion. Von daher kann es irgendein Fraktionsmitglied begründen. Das ist so. Wir stellen diesen Ordnungsantrag und bitten entsprechend um Zustimmung. Die Motion, um die es geht, ist im März dringlich eingereicht worden. Sie ist fast als dringlich erklärt worden. Das ist haarscharf nicht passiert. Man hat die Motion sehr, sehr knapp als nicht dringlich erklärt, und sie hätte – Ihr seht dies in der schriftlichen Begründung entsprechend ausgeführt – innerhalb von sechs Monaten traktandiert werden müssen. Das ist nicht passiert. Wieso nicht, entzieht sich unserer Kenntnis. Ob man dies bewusst verzögert hat, auf einen Zeitpunkt hinaus, wo die Behandlung eigentlich gar keinen Sinn mehr macht, oder ob dies auf Nachlässigkeit zurückzuführen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Fakt ist, dass man es innerhalb von sechs Monaten hätte traktandieren müssen, und das hätte dazu geführt, dass wir über diese Motion zu einem Zeitpunkt hätten reden können, wo es Sinn gemacht hätte und zu einem Zeitpunkt, wo es eben auch diesen Einfluss auf das Budget gehabt hätte. Das ist nicht passiert. Jetzt sind wir zu spät. In Verletzungen dieser Bestimmung ist dies erst jetzt traktandiert worden. Wenn man diesen Wortlaut anschaut, glaube ich, dass wir so ehrlich zueinander sein müssen, ist offensichtlich und klar, dass es nur Sinn macht, dass man diese Motion vor der Behandlung des Budgets berät und sicher nicht nachher, weil sie konkret und direkt Bezug auf das Budget 2016 nimmt, und eine Behandlung vor dem Budget ist sicher nichts als redlich, nachdem man sie zu spät traktandiert hat.

Beschluss

Mit 32 : 7 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 25

Dringliche Interpellation Luc Nünlist (SP/Junge SP-Fraktion) betr. „Todesecke“/Frage der Dringlichkeit

Luisa Jakob: Ich spreche für Luc Nünlist, weil er erst in ca. fünf Minuten kommen wird. Die Begründung der Dringlichkeit ist eigentlich recht simpel, und zwar ist es ein Geschäft, das jetzt aktuell ist. Wenn wir die ordentliche Frist abwarten, ist diese Baustelle vielleicht schon vorbei. Es ist klar. Die Begründung ist aus der Interpellation selber ersichtlich. Wichtig ist, dass jetzt geklärt wird oder man bestenfalls verhindern kann, dass etwas passiert und auch die Frage gestellt ist, wer verantwortlich wäre, wenn etwas passiert. Das ist die Begründung für die Dringlichkeit.

Stadtrat Thomas Marbet: Die entsprechenden Antworten sind bereit. Über die Dringlichkeit kann das Parlament selbstverständlich jetzt befinden.

André Köstli: Die SVP ist ganz klar gegen die Dringlichkeit. Warum? Ein Telefon an die Stadtpolizei hat genügt, und die Antworten wären bereit gewesen, und man hätte dies gar nicht eingeben müssen. Zu Punkt 3.1: Das Trottoir Seite von Roll-Strasse ist seit längerem für die Fussgänger gesperrt. Die Signalisation ist durch die Stadtpolizei, Kantonspolizei und schlussendlich vom Leiter Verkehrsmassnahmen des Amts für Verkehr und Tiefbau abgenommen worden. Punkt 3.2: Die Signalisation steht, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Es besteht ein Verbot für Fussgänger auf der von Roll-Strasse. Wenn sich die Fussgänger und Fussgängerinnen an die Signalisation halten, ist dieser Übergang sicher und die Lichtsignalanlage gesteuert. Die Übersichtlichkeit ist mit dem Entwerfen der Schilfmatten Seite Nord und den Sicherheitsnetzen auf der Baustelle im Süden hergestellt worden.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Entschuldigung, vielen Dank für diese Ausführungen. Aber es geht jetzt nur um die Dringlichkeit.

André Köstli: Ich möchte im Prinzip damit aufzeigen, wie einfach es mit dieser Beantwortung gewesen wäre. Ich mache es wirklich kurz. 3.3: Weitere Schritte scheinen absolut nicht nötig. Die Instandhaltung des öffentlichen Trottoirs erfolgt nach fast zweijähriger Bauzeit gegen Ende des Winters. 3.4: Wenn sich die Fussgänger nicht an die Signalisation halten, bleibt dann halt die Haftung wohl oder übel bei ihnen selber. Deshalb ganz klar nein.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Auf meinem Weg zur Arbeit fahre ich täglich an dieser „Todesecke“ vorbei. Ich lebe immer noch. Aber es gibt wirklich auch gefährliche Situationen, und Baustellenbeteiligte denken häufig zu wenig an Velofahrende und Fussgänger/-innen, und dadurch können zeitweise auch gefährliche Situationen entstehen. Wir befürworten die Dringlichkeit, denn jeder Tag, an dem früher Massnahmen getroffen werden, kann einen Personenunfall verhindern.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Ich glaube, wir müssen in das Geschäftsreglement des Gemeindeparlamentes schauen. Aufgrund dessen ist klar, dass die Dringlichkeit dieses Vorstosses nicht gegeben ist. Von daher lehnen wir die Dringlichkeit ab. Ich glaube, wir sollten uns auch als Parlamentarier etwas erziehen, dass wir nicht einfach „Sponti-

Vorstösse“ machen, entweder rechtzeitig überlegen oder dann eingeben, wenn es notwendig ist, aber nicht einfach, wenn man nur findet, das wäre auch noch gut, dass man dies macht, es dann eingibt und eine Dringlichkeit verlangt.

Beschluss

Mit 27 : 18 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 26

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 1. November 2015 demissioniert Rolf Braun (SP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per Ende 2015.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Rolf Braun (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird die Demission von Rolf Braun (SP) genehmigt.

Mitteilung an:
Herrn Rolf Braun, Höhenstrasse West 19, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 27

Nichtständige parlamentarische Kommission „Teilrevision Gemeindeordnung“/Wahl von 7 Mitgliedern

Im Zusammenhang mit der Erneuerung der Oltner Gemeindeordnung mit drei Teilrevisionen sind für die nichtständige parlamentarische Kommission „Teilrevision Gemeindeordnung“ 7 Mitglieder zu wählen.

Gemäss Fraktionsstärke im Parlament erhalten die

SP/Junge SP	2 Sitze
FDP	2 Sitze
CVP/EVP/GLP	1 Sitz
SVP	1 Sitz
Grüne	1 Sitz

Folgende Nominationen sind eingegangen:

SP/Junge SP	Moor Ruedi und von Arx Christine
FDP	Husi Max und Knapp Urs
CVP/EVP/GLP	Fink Christoph
SVP	Eggmann Ernst
Grüne	Wettstein Felix

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Moor Ruedi, von Arx Christine (SP), Husi Max und Knapp Urs (FDP), Fink Christoph (CVP/EVP/GLP), Eggmann Ernst (SVP) und Wettstein Felix (Grüne) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Moor Ruedi und von Arx Christine (SP), Husi Max und Knapp Urs (FDP), Fink Christoph (CVP/EVP/GLP), Eggmann Ernst (SVP) und Wettstein Felix (Grüne) genehmigt.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Noch einmal zur Erinnerung zum Zeitplan: Bis Ende März müsste von Seiten dieser Kommission dem Parlament ein Vorschlag vorliegen, und das Ziel wäre eine Abstimmung im Sommer.

Mitteilung an:
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 28

Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Demissionen

Für die Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen sind zwei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 29. September 2015 demissioniert Ursula Ulrich-Vöggtlin (SP) als Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen per 25. November 2015.

Gemäss Einwohnerkontrolle ist Heidi Rätz (FDP) per 31. Mai 2015 aus Olten weggezogen und kann deshalb nicht mehr Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen sein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Ursula Ulrich-Vöggtlin (SP) und Heidi Rätz (FDP) zu genehmigen.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Die Demission von Heidi Rätz (FdP) wurde erst später übermittelt, also ist es kein Ausschluss, sondern eine Demission.

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Ursula Ulrich-Vöggtlin (SP) und Heidi Rätz (FdP) genehmigt.

Mitteilung an:

Frau Ursula Ulrich, Riggenbachstrasse 60, 4600 Olten

Frau Heidi Rätz, Eienstrasse 8, 4654 Lostorf

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 29

Beanstandungskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Beanstandungskommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Als Mitglied des Gemeindeparlaments kann Gert Winter (SVP) nicht gleichzeitig Mitglied der Beanstandungskommission sein. Deshalb demissioniert Gert Winter als Mitglied dieser Kommission.

Als Ersatz für Gert Winter schlägt die SVP Marc Winistörfer als neues Mitglied der Beanstandungskommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Gert Winter (SVP) und die Ersatzwahl von Marc Winistörfer (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Gert Winter (SVP) genehmigt.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Marc Winistörfer (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, 4600 Olten
Herrn Marc Winistörfer, Blumenweg 31, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 30

Kommission für Öffentliche Sicherheit/Ersatzwahl

Für die Kommission für Öffentliche Sicherheit ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Werner Good schlägt die SP Reto Bachmann, Studerweg 11, als neues Mitglied der Kommission für Öffentliche Sicherheit zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Reto Bachmann (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Reto Bachmann (SP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Reto Bachmann, Studerweg 11, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Öffentliche Sicherheit
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 31

Sozialkommission der Sozialregion Olten/Ersatzwahl

Für die Sozialkommission der Sozialregion Olten ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Daniel Wermelinger schlägt die SP Andrea Hofer, Elsastrasse 17, als neues Mitglied der Sozialkommission der Sozialregion Olten zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Andrea Hofer (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Andrea Hofer (SP) genehmigt.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass wir einmal abgemacht haben, dass man, wenn man neue Kommissionsmitglieder vorschlägt, diese auch kurz vorstellt, weil es doch auch immer noch spannend ist, wenn man den Hintergrund weiss. Ich möchte dies einfach noch einmal in Erinnerung rufen.

Mitteilung an:

Frau Andrea Hofer, Elsastrasse 17, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Soziales
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 32

Finanz- und Investitionsplan 2016-2022/Kenntnisnahme

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan für die Planperiode 2016 bis 2022 zur Kenntnisnahme.

1. Inhalt Finanz- und Investitionsplan

Der Finanz- und Investitionsplan unterteilt sich in folgende drei Bereiche (1.1. – 1.3):

1.1. Finanzplan

Der Teil Finanzplan entspricht der Planerfolgsrechnung. Er weist die Planergebnisse, die voraussichtliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragsarten sowie den Selbstfinanzierungsgrad aus. Zusätzlich wird mit der Einführung von HRM2 der Nettoverschuldungsquotient eine zentrale Rolle für die Handlungsfähigkeit der Stadt im Bezug auf Investitionsmöglichkeiten einnehmen. Der Finanzplan enthält das letzte Rechnungsjahr, das aktuelle Budget der laufenden Rechnung sowie 6 Planjahre.

Ebenso sichtbar sind die Steuervorgaben und die Entwicklung des Pro-Kopf-Nettovermögens bzw. der Pro-Kopf-Nettoschuld sowie das Eigenkapital. Die Parameter für die Prognosen basieren auf aktuellen Informationen und sind zu einem grossen Teil fremdbestimmt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt.

Parameter	Einfluss Gemeinde
Investitionsvolumen	mit Ausnahmen steuerbar
Selbstfinanzierungsgrad	steuerbar
Nettoschuld	steuerbar
Wirtschaftswachstum real	nicht steuerbar
Teuerung	nicht steuerbar
Zinsniveau	nicht steuerbar
Bevölkerungswachstum	beschränkt steuerbar
Wachstum Steuerertrag	nicht steuerbar
Steuertarif	nicht steuerbar
Steuerfuss	Steuerbar
Auswirkungen übergeordneter Gesetzgebung	nicht steuerbar
Auswirkungen von externen Beschlüssen	nicht steuerbar
Auswirkungen von internen Beschlüssen	beschränkt steuerbar

Einzelne Parameter haben durchaus Auswirkungen auf andere Parameter. Beispielsweise kann ein zu hoher Steuerfuss das Bevölkerungswachstum bremsen oder eine zu grosse Verschuldung kann das Investitionsvolumen der Folgejahre beeinflussen (Nettoverschuldungsquotient).

Folgende wichtige Veränderungen wurden im Finanzplan mitberücksichtigt:

a) Neuer Finanzausgleich (NFA) – Konkretisierung der Mehrbelastungen

Mit Beschluss vom 1. September 2015 hat der Kantonsrat die Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich sowie die Belastungs- und Entlastungszahlen für das Jahr 2016 bekannt gegeben.

Disparitätenausgleich

Massgebend für das Jahr 2016 ist das durchschnittliche Staatssteueraufkommen (100%) der Jahre 2012/2013. Die Abschöpfungsquote beträgt 40%.

Für die Stadt Olten ergibt sich ein Disparitätenausgleich von rund 9'892'000 Franken. Olten profitiert zurzeit noch von der Härtefallregelung im Umfang von rund 2'896'000 Franken. Dieser wird jedoch bis Ende 2019 sukzessive wegfallen. Für das Jahr 2016 beträgt die Nettobelastung aus dem Disparitätenausgleich somit rund **6'996'000 Franken**

Lastenausgleichsgefässe

Olten erhält zudem Geld aus folgenden Lastenausgleichsgefässen:

Soziodemografischer Lastenausgleich: <i>(Gesamtbestückung: 9 Mio. Franken)</i>	654'000
Geografisch-topografischer Lastenausgleich <i>(Gesamtbestückung: 10 Mio. Franken)</i>	0
Zentrumslastenausgleich <i>(Gesamtbestückung: 1 Mio. Franken)</i>	330'000

Schülerpauschale

Aufgrund der prognostizierten Schülerzahlen wird sich der Beitrag auf rund 5'538'000 belaufen.

Die sich daraus ergebende **Globalbilanz** für das Jahr 2016 sieht somit eine Mehrbelastung von rund: 337'700 vor.

Gegenüber dem Budget 2015 ergeben sich somit folgende Änderungen:

Position	B2015	B2016	Differenz
Finanz- und Lastenausgleich	2'357'000	6'012'000	3'655'000
Subv. Lehrerbesoldung / Schülerpauschale	-2'220'700	-5'538'000	-3'317'300
Mehrbelastung			337'700

Aufgrund der in der Rechnung 2012 immer noch sehr hohen ausgewiesenen Steuererträge (inkl. Auflösung der Steuervorzugsreserve) wird sich voraussichtlich die zusätzliche Steigerung gemäss Härtefallregelung nicht in diesem Ausmass erhöhen.

Der Stadtrat rechnet deshalb mit folgenden Steigerungen (Mehrbelastungen) gegenüber dem Budget 2015:

	B2016	F2017	F2018	F2019	F2020	F2021	F2022
Globalbilanz	+338	+838	+1'338	+1'838	+2'338	+2'338	+2'338

b) Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM2) – Veränderung des Abschreibemodus

Mit der Einführung von HRM2 erfolgt ein Übergang der heutigen degressiven Abschreibungen hin zu linearen Abschreibungen. Das per Ende 2015 verbleibende Verwaltungsvermögen soll linear innert 10 Jahren abgeschrieben werden. Die Stadt Olten hat aufgrund der hohen Investitionen der letzten Jahre eine Härtefallregelung beantragt, welcher der Kanton entsprochen hat. Für den steuerfinanzierten Bereich sowie den spezialfinanzierten Bereich Abfall wird die Stadt die per 31. Dezember 2015 vorhandenen Restbuchwerte des Anlagevermögens während 18 Jahren abschreiben können, jene für den spezialfinanzierten Bereich Abwasser während 11 Jahren.

c) Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM2) – Neubewertung des Finanzvermögens

Mit der Erstellung der Bilanz 2016 wird das Finanzvermögen (Wertschriften, Liegenschaften im Finanzvermögen etc.) neu bewertet. Zurzeit wird mit einer Neubewertungsreserve im Umfang von 10. Mio. Franken gerechnet. Diese wird, sofern nicht gewisse aufgewertete Anlagen verkauft werden, während 5 Jahren gesperrt sein. Danach wird sie über einen Zeitraum von 5 Jahren aufgelöst werden. Die Neubewertung des Finanzvermögens hat einen direkten Einfluss auf die Kenngrösse der Nettoverschuldung. Im Finanzplan wurde die Auflösung der Neubewertungsreserve (ab 2021) nicht berücksichtigt, da die Höhe des Reststatements noch offen ist und sich im Eigenkapital keine Veränderungen ergeben (Auflösung Neubewertung / Bildung freies Eigenkapital).

d) Sozialregion Olten / Gesetzliche Sozialhilfe

Die Bruttokosten der gesetzlichen Sozialhilfe haben sich im Zeitraum von 2009 (Gründungsjahr) bis 2014 um rund 60% erhöht.

Die jährlichen Zuwachsraten der Bruttokosten sowie die jährliche Zunahme der Belastung für die Stadt Olten betragen durchschnittlich mehr als 10%. Ob die Kostenentwicklung gebremst werden kann, hängt einerseits davon ab, ob die vom Amt für soziale Sicherheit (ASO) auf kantonaler Ebene geplanten Sparmassnahmen (Änderung der Sozialgesetzgebung) vom Kantonsrat beschlossen werden. Zudem kann aufgrund der von den kantonalen Sozialdirektoren beschlossenen Leistungskürzungen ebenfalls eine gewisse Kostendämpfung erwartet werden. Andererseits fällt auch die Praxis der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ins Gewicht, welche Schutzmassnahmen mit Kostenfolgen zulasten der Gemeinden beschliesst. Im Finanzplan 2016ff werden für die Stadt Olten vorerst jährlich degressive Kostensteigerungen von 5% - 0% veranschlagt. Die Gesamtsteigerung bis ins Jahr 2021 wird somit auf rund 1.5 Mio. Franken geschätzt.

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Veränd. gg. VJ	429'300	352'000	295'000	230'000	158'000	81'000	0
Steiger. gg. VJ	7%	5%	4%	3%	2%	1%	0%

e) Buserschliessung Entwicklungsgebiet Olten Südwest

Mit der Entwicklung des Gebietes Olten Südwest hat der Stadtrat vorgesehen, eine entsprechende Buslinie mit Anbindung an den Bahnhof Olten einzuführen.

f) Situation Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III

Bezüglich der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III, welche ab 2019 greifen soll, verweisen wir auf die Kapitel 4.2 und 9.1. Im Szenario Finanzplan wurde in einer separaten Kalkulation mit einer Plafonierung der Unternehmenssteuersätze (inkl. Holdinggesellschaften) auf 100% gerechnet.

Zusammengefasst sehen die Veränderungen folgendermassen aus:

Koa	Funktion	B2016	F2017	F2018	F2019	F2020	F2021	F2022
36/46	Globalbilanz NFA	+338	+838	+1'338	+1'838	+2'338	+2'338	+2'338
33	Abschreib. HRM2	-4'222	-4'020	-3'710	-3'350	-3'030	-2'700	-2'560
36	Bus OSW*	+296	+296	+296	+296	+296	+296	+296
36	Sozialhilfe	+430	+780	+1'080	+1'310	+1'460	+1'550	+1'550
Div.	Wegfall Polizei	-2'107	-2'107	-2'107	-2'107	-2'107	-2'107	-2'107

*Es besteht das Ziel, diese Buserschliessung ab 2018 ins kantonale Grundangebot zu integrieren.

1.2 Investitionsplan

Im **Investitionsprogramm** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kriterien zugeordnet (aktuelle Prozentanteile siehe Seite 9):

- A Werterhalt und ausserordentliche Investitionen
- B **Entwicklungsinvestitionen**
- C Investitionsbeiträge an Kanton
- D **Desinvestitionen (ab 2016 nicht mehr aktiv)**
- E Investitionsbeiträge mit Spezialfinanzierungen

Eine absolute Zuweisung der einzelnen Projekte ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt oder Projekte des Werterhaltes einen Teil Ausbau.

1.3 Projektbeschriebe

Der Beilagenteil enthält - nebst den finanzpolitischen Grundsätzen des Stadtrats – alle **Projektbeschriebe** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

2. Aufgabe der Finanz- und Investitionsplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Finanz- und Investitionsplans ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark (vgl. Thema Chancen und Risiken,

Kapitel 9).

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheidungen richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der realisierungsreifen Projekte und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen (Entwicklungsinvestitionen), die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

3. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

3.1. Leitsatz

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Mittelfristig sind alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (operative Cashflows) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- Der Steuerfuss richtet sich nach den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

3.2. Verschuldung

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2016 – 2022 wird sich die Stadt Olten, sofern die entsprechenden Steuermittel nicht zur Verfügung gestellt werden, weiterhin stark verschulden müssen, mit der geplanten Anpassung der Steuerfüsse jedoch nur in einem Umfang von rund 10 Mio. Franken.

- Langfristig wird eine Nettoverschuldung von unter 2'500 Franken pro Einwohner angestrebt, auch wenn dieses Ziel zurzeit als sehr ambitiös angesehen werden muss und sich in den nächsten Zeit nicht realisieren lässt.

3.3. Investitionen

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten, muss aber auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadt gewährleisten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen (Kategorie A) soll in Hochkonjunkturzeiten dauernd 100% betragen.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt mittelfristig bei 100%.
- Ein negativer Selbstfinanzierungsgrad ist **zwingend** verboten.

3.4. Steuern

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich am mittelfristigen Finanzbedarf zur Erfüllung der Bedürfnisse und den nicht beeinflussbaren Ausgaben (Bsp. Finanzausgleich) der Stadt aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen weicht nicht mehr als 10% voneinander ab. Abweichend davon sind mögliche Bestimmungen oder Vorgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der UStR III.
- Die steuerliche Belastung orientiert sich nach den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner sowie den nicht beeinflussbaren Ausgaben durch übergeordnete Instanzen.
- Der Steuerfuss der Stadt Olten wird sich, auch aufgrund der im neuen Finanzausgleich beabsichtigten Verringerung der Spannweite der Gemeindesteuersätze, mittelfristig an ein kantonales Mittel annähern müssen. Der Steuerfuss soll sich jedoch weiterhin in der tieferen Hälfte der Gemeindesteuerfüsse (gewichtet 117.2% und ungewichtet 119.0%) im Kanton Solothurn bewegen.

3.5. Abschreibungen / Korrektur aus Neubewertung

Die Abschreibungen richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

- Bis Ende 2015 werden 8% degressiv abgeschrieben.
- Per 2016 erfolgt die Umstellung auf die Richtlinien nach HRM2. Die Abschreibungen erfolgen linear aufgrund der kalkulatorischen Nutzdauer (Bsp. Tiefbauten: Nutzdauer 40 Jahre; lineare Abschreibung von jährlich 2.5% des Anschaffungswertes).
- Die Aktiven des Finanzvermögens werden im Verlaufe des Jahres 2016 einer Neubewertung unterzogen (Restatement), danach erfolgt eine periodische Neubewertung.
- Freiwillige Zusatzabschreibungen werden nur in Ausnahmefällen zugelassen und werden entsprechend dokumentiert.

Auswirkungen der Neubewertung des Finanzvermögens (Restatement) wurden im Bezug auf die Nettoverschuldung im Umfang von 10 Mio. Franken mitberücksichtigt. Die Neubewertung des Finanzvermögens sowie mögliche Verschiebungen aus dem Verwaltungs- und Finanzvermögen werden im Jahr 2016 rückwirkend per 1. Januar 2016 erfolgen. Höhere Bewertungen und eine damit künstliche Erhöhung des Finanzvermögens und des Eigenkapitals führen zu einer tieferen Nettoverschuldung, erwirken jedoch keine zusätzliche Liquidität.

3.6. Einhaltung der finanzpolitischen Grundsätze

Sofern die Unternehmenssteuerreform III in Kraft treten sollte, können die gesteckten finanzpolitischen Grundsätze nicht oder nur unter der Voraussetzung zusätzlicher Ausgabenkürzungen (Leistungsabbau der städtisch beeinflussbaren Kosten) oder einer weiteren Steuererhöhung eingehalten werden.

Grundsatz	B2016	F2017	F2018	F2019	F2020	F2021	F2022
Verschuldung p. Kopf < 2'500.--	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Selbstfin. Kat. A min. 100%	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Selbstfin. Total 99% -100%	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
Selbstfinanzierungsgrad > 0%	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Abw. Steuerfuss JP/NP < 10%	Ja	Ja	Ja	X	X	X	X
Steuersätze kant. tiefere Hälfte*	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

X = Abhängig von der Umsetzung der UStRIII

* Basis Statistik Steuerjahr 2015

4. Ausgangslage und Konjunktorentwicklung / Szenarien für die Steuerentwicklung

4.1 Konjunktorentwicklungen

Als Basis für den folgenden Bericht dienen die Prognosen des SECO (Schweizerische Eidgenossenschaft), der KOF (Konjunkturforschungsstelle der ETH) sowie der UBS, welche ihre Analysen jeweils im Juni/Juli des laufenden Jahres veröffentlicht haben.

Schweizer

Wirtschaft

Für das Jahr 2015 rechnen die Analysten mit einem BIP-Wachstum von 0.4% - 0.8%. Die Prognose hat sich gegenüber den früheren Schätzungen von Anfang Jahr reduziert. Der private Konsum ist nach wie vor die stärkste Wachstumsstütze für das BIP. Die Auswirkungen des SNB-Entscheidung betreffend Aufhebung des EURO-Mindestkurses sind noch nicht bzw. nur schwierig abschätzbar. Die Expertengruppe des Bundes geht weiterhin davon aus, dass sich die Schweizer Volkswirtschaft ohne tiefgreifende Rezession an das neue Wechselkursumfeld anzupassen vermag.

Für 2016 wird ein stärkerer Anstieg des BIP auf 1.1% - 1.6% erwartet. Neben dem nach wie vor starken Privatkonsum sollte sich die verbesserte Exportsituation (siehe Aussenhandel) für die Schweizer Wirtschaft positiv auswirken. Ein gewisser Unsicherheitsfaktor bleibt bei den Aussichten für Bauinvestitionen.

Aussenhandel

Nachdem die Exporte im laufenden Jahre stark zurückgingen, sind die Konjunktorexperten für 2016 wieder optimistischer. Vor allem die wirtschaftliche Erholung im Euroraum (Prognose BIP 2016: 2%) sowie in den USA (Prognose BIP 2016: 3%) sollte sich für die Schweizer Wirtschaft positiv auswirken. Ein positiver Aspekt für die stark exportabhängige schweizerische Wirtschaft ist, dass sich (aufgrund des starken Frankens) viele Importgüter verbilligt haben, womit Vorleistungen aus dem Ausland günstiger werden. Die Prognosen für wichtige Exportländer wie China, Russland oder Brasilien sind zurückhaltend.

Arbeitsmarktsituation

Für das laufende Jahr 2015 rechnen die Analysten mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 3.3% (Vorjahr 3.2%). Die Prognose für 2016 wurde nach oben korrigiert auf 3.5% - 3.6%. Was der SNB-Entscheidung tatsächlich für die zukünftige Arbeitslosigkeit bedeutet, ist aus heutiger Sicht noch unklar.

Finanzmärkte / politisches Umfeld

Die derzeit monetären Bedingungen sind weltweit ausserordentlich schwierig einzuschätzen und deren Auswirkungen ungewiss. Ungewissheit über die Zukunftsaussichten beeinflusst die Investitionsdynamik negativ. Die Schweiz mitten in Europa kann sich dem politischen und wirtschaftlichen Umfeld nicht entziehen (Negativzinsen, EURO-Wechselkurs, EZB-Aktivitäten).

4.2. Szenarien für die Entwicklung der Steuererträge

Wie unter Kapitel 4.1 erwähnt, dürfte der Anstieg des BIP für das Jahr 2016 zwischen 1.1 und 1.6% liegen. Die ausserordentlich volatile Situation an den Finanzmärkten und Auswirkungen von politischen Entscheidungen sind jedoch sehr schwierig einzuschätzen. Der Stadtrat geht in seinen Überlegungen ab dem Jahr 2017 nicht mehr von grossem Konjunkturwachstum aus. Im Finanzplan wurde deshalb lediglich eine jährliche BIP-Steigerung von 0.5% hinterlegt. Der wirklich starke Treiber der Steuererträge erhofft sich der Stadtrat durch die Zuwanderung in neu erschlossene Gebiete in Olten (Olten Südwest, Kleinholz, Bornfeld). Der Stadtrat rechnet mit einer Bevölkerungszunahme von Ende 2015 – Ende 2022 von rund 1'200 Personen (Zunahme von rund 6.7%). Durch die Kombination von Bevölkerungszunahme und BIP-Steigerung hat der Stadtrat bei der Steuerplanung folgende Wachstumsraten hinterlegt:

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Zunahme Steuererträge	1.5%	1.5%	1.5%	1.4%	1.4%	1.4%

Tabella: Zunahme Steuerertrag NP

Angewandtes Szenario für die Festlegung der Steuerentwicklung

Für das Budget 2016 wurde zur Kalkulation der Steuererträge auf die Steuerveranlagungen der Jahre 2012 und 2013 zurückgegriffen, da für das Steuerjahr 2014 oder 2015 noch keine gesicherten Veranlagungsdaten vorliegen.

Zur Steuerertragsplanung werden die veranlagten Steuererträge und restlichen Vorbezüge der Jahre 2012 und 2013 (Stand 6.8.2015) herangezogen. Ab dem Jahr 2019 wird mit einer Verschiebung der Steuerbelastung von den juristischen Personen hin zu den natürlichen Personen erfolgen. Dies unter der Voraussetzung, dass die Unternehmenssteuerreform III (UStR III) sich ab dem Jahr 2019 umsetzen lässt. Die Privilegierung der Holding- und Domizilgesellschaften wird dann landesweit wegfallen. Der Stadtrat hält den bisher angewandten Steuersatz von 108% für die Finanzierung künftiger Projekte (Bahnhofplatz, PU Hammer) für ungenügend. Er schlägt deshalb eine Anpassung des Steuersatzes auf 114% (juristische Personen 112%) vor, dies zur Erreichung einer möglichst hohen Selbstfinanzierung mit dem Ziel, die sich angehäuften Schulden auf ein erträgliches Mass abzubauen.

Typ	2012	2013	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
NP*	39.9	40.5	49.3	50.0	50.8	52.5	53.2	54.0	54.7
% NP	95	95	114	114	114	116	116	116	116
Steig.+			2%	0.15%	0.15%	0.15%	0.14%	0.14%	0.14%
JP**	16.3	17.5	17.4	17.7	17.8	15.4	15.5	15.6	15.7
% JP	95	95	112	112	112	100	100	100	100
Steig.			0	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%
HG***	0.3	0.4	0.4	0.5	0.5	1.0	1.0	1.0	1.0
% HG	50	50	50	50	50	100	100	100	100
Steig.			0	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%	0.15%
Übriges\$	3.5	3.4	3.7	3.7	3.7	3.8	3.8	3.8	3.8
Total	60.0	61.8	70.8	71.9	72.8	72.7	73.5	74.4	75.2

* *Natürliche Personen (inkl. Personalsteuer – Reserve 0.5 Mio.)*

+ *Steigerung BIP und Bevölkerungszuwachs von Durchschnitt 2012/2013 auf 2016 = 2%*

** *Juristische Personen ohne Holding- und Domizilgesellschaften (Reserve 2.5 Mio.)*

*** *Holdinggesellschaften*

\$ *Quellensteuer, Nach- und Strafsteuern, Pauschale Steueranrechnungen; Eingang abgeschr. Ford.*

Nicht berücksichtigt: Hundesteuern, Grundstückgewinnsteuern, Citytaxen

5. Ergebnisse im Finanzplan

Als erste Reaktion auf den Steuerausfall im Jahr 2012 war es in den letzten Jahren das primäre Ziel, keinen Cashloss mehr zu erzielen. Dies gelang mit dem Budget 2015. Als nächstes Ziel soll eine vollständige Selbstfinanzierung der Investitionen ins Auge gefasst werden. Trotz erheblicher Einsparungen wird das Ziel mit dem aktuellen Steuersatz (Jahr 2015) von 108% nicht erreichbar sein.

Zur Erreichung einer tragfähigen Finanzplanung, welche aufgrund der bereits hohen Bruttoverschuldung nicht in unbegrenztem Masse durch zusätzliche Fremdkapitalaufnahme belastet werden soll, setzt der Stadtrat nebst den bereits erbrachten Einsparungen auf eine Anpassung des Steuerfusses an ein kantonales Mittel. Der Stadtrat schlägt deshalb, wie bereits in den Vorjahren, eine Steuerfussanpassung vor. Der Steuerfuss für natürliche Personen soll auf 114%, jener der juristischen Personen auf 112% angepasst werden. Damit wäre der Steuersatz bei den natürlichen Personen auf dem Niveau vor den hohen Steuererträgen der Alpiq AG und bei den juristischen Personen immer noch um 12% unter der Steuerbelastung des Jahres 2003.

Der nun vorgesehene Schritt soll eine Selbstfinanzierung von gegen 100% zum Ziel haben. Je nach Konjunkturlage gelten die allgemein anerkannten Richtwerte für die Konjunkturzyklen. Aufgrund der bereits jetzt bestehenden hohen Verschuldung soll jedoch auch trotz schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Selbstfinanzierungsgrad nahe 100% erreicht werden.

Hochkonjunktur	über 100 Prozent
Normalfall	80 – 100 Prozent
Krise	50 – 80 Prozent

Der gewichtete Selbstfinanzierungsgrad für alle Planjahre beträgt unter Berücksichtigung der angestrebten Steueranpassung rund 86.5%. Unter Ausklammerung der Investitionsbeiträge an den Kanton weist diese Kennzahl einen Wert von 99.1% aus. Für die Jahre 2016 – 2022 wird die Zunahme der Verschuldung aber immer noch rund 10 Mio. Franken betragen.

Abhängigkeit künftiger Investitionsvorhaben aufgrund heutiger Entscheidungen

Mit der Verabschiedung des Budgets 2016 und dem daraus resultierenden Jahresabschluss 2016 werden, je nach Konstellation, bereits die Maximalinvestitionen für das Jahr 2018 und ggf. der Folgejahre festgelegt. Es macht daher Sinn, bei Veränderungen des Budgets 2016 zumindest die Auswirkungen auf Projekte, welche in den Folgejahren realisiert werden sollen, näher zu prüfen.

6. Steuerertrag und Festlegung des Steuerfusses

Die Haupteinnahmequelle eines Gemeinwesens wird stark durch äussere Einflüsse geprägt. Es sind dies hauptsächlich die Konjunkturlage, das kantonale Steuergesetz und die Firmenergebnisse. In Olten macht sich vor allem die finanzielle Abhängigkeit von einzelnen Steuerzahlern stark bemerkbar, haben doch in Olten wenige Steuerzahler mehr als einen Drittel aller Gemeindesteuern bezahlt. Weiter kommen die Unsicherheiten bezüglich der Auswirkung der Unternehmenssteuerreform III dazu (vgl. Kapitel 9.1 Chancen und Risiken).

Solche bedeutende Veränderungen haben rasch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen.

Mit einer möglichen Einführung der Unternehmenssteuerreform III (UStR III) und einer damit verbundenen möglichen Plafonierung der Steuerbelastung für juristische Personen dürfte der Druck auf die Einkommens- und Vermögenssteuern bei den natürlichen Personen nochmals erheblich zunehmen. Aufgrund einer Hochrechnung des schweizerischen Städteverbandes hätte eine Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze auf die vorgesehenen 15% auf kommunaler Ebene Steuerausfälle von rund 1.5 Mrd. Franken zur Folge. Der Städteverband verlangt deshalb vom Bundesrat eine ausgewogene Unternehmenssteuerreform, welche die Steuerausfälle zumindest teilweise ausgleicht.

Der Stadtrat hat bezüglich der UStR III in diesem Finanzplan eine eigene Finanzplanversion eingefügt und den Steuersatz dabei um 12% auf 100% reduziert, den Steuersatz für natürliche Personen aber nochmals leicht angehoben.

7. Investitionsvolumen und -grenzen

Im Rahmen von mehreren Gesprächen hat der Stadtrat das vorläufige Investitionsvolumen für die Jahre 2016 – 2022 auf 74.72 Mio. Franken festgesetzt (Finanzplan 2015 – 2021: 80.50 Mio.).

Von den 74.72 Mio. fallen rund 42.80 Mio. Franken auf Investitionen in den Werterhalt. 28.07 Mio. Franken fliessen in Entwicklungsinvestitionen, wobei hier die beiden Grossprojekte Bahnhofplatz (netto rund 14.00 Mio. Franken) und PU Hammer (rund 9.95 Mio. Franken) die grössten Investitionsblöcke bilden. Weiter machen die spezialfinanzierten Investitionen (inkl. Feuerwehr) rund 18.02 Mio. Franken aus. Vom Kanton gemeldete Investitionen an Kantonsstrassen, bei welchen sich die Stadt beteiligen muss, belaufen sich auf rund 3.33 Mio. Franken. Die generelle Kürzung beträgt 17.5 Mio. oder rund 19% der Nettoinvestitionssumme. Aufgrund der bereits vorhandenen sehr hohen Verschuldung ist der Stadtrat der Überzeugung, dass die Investitionen zu nahezu 100% selber finanziert sein müssen.

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

0 – 1'000	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000	hohe Verschuldung
> 5'000	sehr hohe Verschuldung

Im Bewusstsein, dass es sich um eine rollende Planung handelt und die Entwicklung der Steuereinnahmen konsequent überwacht werden muss, hat sich der Stadtrat entschieden, die beiden Grossprojekte aufzuführen. Um eine Realisierung ab den Jahren 2018 und 2019 nicht durch eine Investitionssperre aufgrund des vorgegebenen Nettoverschuldungsquotienten von 150% zu gefährden, sind bereits die im Budgetjahr 2016 gewählten Steuersätze sowie die weiteren Einnahmen und Ausgaben massgebend für das Planjahr 2018.

Die gesamte Investitionssumme (nach Verteilung der generellen Kürzung) teilt sich auf in:

Kategorie	Anteil
A Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen	46.5 %
B Entwicklungsinvestitionen	30.4 %
C Investitionsbeiträge an Kanton	3.6 %
D Investitionen mit Spezialfinanzierungen	19.5 %

Durch den Stadtrat priorisierte, aber noch nicht bewilligte Projekte sind mit folgenden Summen (in TCHF) – ohne generelle Kürzung – eingepplant:

Projekt	Organ	Betrag
Neubau/Sanierung Hist. und Naturmuseum (Werterhalt Hochbau)	Gemeinde	3'900
Neubau/Sanierung Kunstmuseum (Werterhalt Hochbau)	Gemeinde	3'900
Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest	Gemeinde	9'950
Neuer Bahnhofplatz	Gemeinde	15'400

8. Vorbehalt und Einschränkungen

Ein Gemeindehaushalt, auch der Haushalt der Stadt Olten, wird mit einem allgemein geschätzten Anteil von 75% bis 85 % stark fremdbestimmt. Der Freiraum für den Eigenbedarf wird dadurch entsprechend eingeschränkt. Die sogenannt gebundenen Ausgaben sind in einem Gesetz, in einer Verordnung, in einem Reglement verankert oder sind die Folge von Beschlüssen höherer Instanzen. Davon betroffen sind vor allem die grösseren Anteile für die Aufgabenbereiche „Bildung“ und „Soziales“.

9. Chancen und Risiken in der Entwicklung des Finanzhaushalts

9.1. Unternehmenssteuerreform III (UStR III)

Wie bereits im letzten Finanzplan dargelegt sind zurzeit sowohl bei der OECD, der G20 und auch bei der EU verschiedene Initiativen gestartet worden, welche aggressive Steuervermeidungen eindämmen sollen. Nebst dem von der OECD veröffentlichten BEPS-Report (Base Erosion and Profit Shifting), welche sich u.a. Transferpricing, doppelte Nichtbesteuerung etc. unterbinden möchte, ist auch eine wirksame Bekämpfung von schädlichen Steuerregimen vorgesehen. Darunter fällt unter anderem auch die in der Schweiz gängige Holding- und Domizilbesteuerung. Als Kompensationsmassnahmen für die Aufhebung dieser privilegierten Besteuerung sind u.a. Senkungen von kantonalen Gewinnsteuersätzen und Plafonierungen von Gemeindesteuersätzen vorgesehen. Zusätzlich sollen weitere Erleichterungen für die Unternehmen geschaffen werden (Bsp. Patentboxen)

oder erhöhte Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwänden.

9.2 Neuer Finanzausgleich (NFA)

Mit der Einführung des NFA beträgt für die Stadt Olten die Mehrbelastung ab 2016 rund 0.4 Mio. Franken. Dies jedoch nur darum, weil bis 2019 noch die Härtefallregelung gilt. Olten „spart“ dank dieser Regelung im Jahr 2016 rund 2.9 Mio. Franken. Ob die Mehrbelastung mit dem Wegfall der Härtefallregelung bis 2019 dann tatsächlich eine Mehrbelastung von 2.9 Mio. ergibt, ist offen. Die Zahlen sind zu einem grossen Teil nicht planbar, so stützt sich z.B. der Disparitätenausgleich auf die künftige Steuerertragsentwicklung aller Solothurner Gemeinden ab.

9.3 Verschlechterung des Ratings bei den Kapitalgebern

Bis anhin konnte die Stadt Olten zu guten Konditionen Kapital aufnehmen. Wenn es nicht gelingt, neue Verschuldungen zu unterbinden, ist eine Verschlechterung des Ratings bei den Kapitalgebern wahrscheinlich. Dies würde zu einer Erhöhung des Passivzinsaufwandes führen, da nebst der benötigten Erhöhung des Kapitals auch mit höheren Refinanzierungskosten zu rechnen ist.

9.4 Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2)

Mit der Einführung von HRM2 ist bei der Umstellung das Finanzvermögen mittels Restatement zum Verkehrswert neu zu bewerten. Dies erfolgt im Jahr 2016 mit Wirkung per 1. Januar 2016. Die Neubewertung ist nach Einführung periodisch zu wiederholen. Ein aus der ersten Neubewertung erzielter Aufwertungsbetrag ist in der Eröffnungsbilanz als „Neubewertungsreserve“ unter dem Eigenkapital einzustellen. Schätzungen haben ergeben, dass je nach Zuordnung der Aktiven zum Finanz- oder Verwaltungsvermögen für die Stadt Olten eine Neubewertungsreserve von rund 10 Mio. Franken resultiert.

9.5 Ausfinanzierung der solothurnischen Pensionskasse (Anteil Lehrkräfte)

Analog der Pensionskasse der Stadt Olten musste die kantonale Pensionskasse ebenfalls eine Anpassung an neues Bundesrecht vornehmen. Nach erfolgter Abstimmung muss nun der Kanton die Ausfinanzierung der Deckungslücke selber tragen. Der Regierungsrat hat jedoch bereits in seiner Botschaft zur Abstimmung klar gemacht, dass er den Gemeinden entsprechende Kompensationen auferlegen möchte. In welchem Umfang diese zu erfolgen haben, ist offen.

Da die kantonale Pensionskasse im System der Vollkapitalisierung geführt wird, jedoch ohne Reserven ausfinanziert wurde, muss sich die Stadt als Arbeitgeber bei einer Unterdeckung möglicherweise mit Sanierungsbeiträgen von 50% beteiligen. Aufgrund der schwierigen Anlagesituation ist eine Beteiligung an einer Sanierung bald möglich.

9.6 Negativzinsumfeld, tiefe Anlagerenditen, höhere Lebenserwartungen – Auswirkungen auf Renten und Pensionskassen

Per Ende 2014 weist die Pensionskasse der Stadt Olten einen Deckungsgrad von 107.7% auf. Der noch hinterlegte technische Zinssatz von 3% und die durch den technischen Experten vorgegebene Soll-Rendite von 2.8% dürfte sich in Zukunft nicht mehr so einfach realisieren lassen. Das versicherungstechnische Gutachten des Pensionskassenexperten hat bereits eine Senkung des technischen Zinssatzes per Ende 2015 empfohlen. Mittelfristig dürfte sich der Zinssatz eher in Richtung 2% bewegen. Zusätzlich wird eine neue Periodentafel erwartet, welche auf eine höhere Lebenserwartung hinweist. Dies wird, zusammen mit der tieferen Verzinsung, den Druck auf den Umwandlungssatz erhöhen. Bei Sanierungsmassnahmen muss sich die Arbeitnehmerseite zu mindestens 50% beteiligen.

10. Schlussfolgerungen

Seit dem Einbruch der Steuererträge im Jahr 2012 konnten auf vielen Ebenen und Sparten die Kosten deutlich gesenkt werden. Die Lohnkosten für das städtische Personal zum Beispiel gegenüber der Rechnung 2013 um rund 23%. Im Weiteren hat die Politik mit bisherigen Steuererhöhungen einen Schritt in die richtige Richtung gemacht und die Steuerbelastung auf das lange geltende Niveau von 114% angepasst. Dank der Härtefallregelung werden die im letzten Finanzplan prognostizierten Mehrkosten von 5 Mio. Franken nicht in diesem Ausmass eintreffen. Die Mehrbelastung wird aber, ceteris paribus, nach dem Wegfall der Härtefallklausel und der Mitberücksichtigung des steuerstarken Jahres 2012 immer noch 2.4 Mio. Franken betragen.

Mit der bevorstehenden Einführung der Unternehmenssteuerreform III und einer möglichen Plafonierung der Steuersätze bei den juristischen Personen dürfte der Druck auf die Einkommens- und Vermögenssteuern weiterhin zunehmen.

Der Steuersatz wird sich aber a) aufgrund der durch den NFA gewollten Reduktion der im Kanton vorhandenen Spannweite der Gemeindesteuersätze sowie b) einer gewollten Selbstfinanzierung von nahe 100% weiter Richtung kantonales Mittel bewegen müssen.

Beschlussesantrag:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2016 - 2022 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der GPK zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Matthias Borner, GPK: Der Eine oder Andere zuckt jetzt zusammen, dass ich etwas sage. Der Grund ist folgender: Renate Pfeiler als GPK-Präsidentin konnte heute nicht kommen. So ist mir die Ehre zuteil geworden, hier als Vizepräsident zu reden. Sie hat mir ihre Voten geschickt, und ich gebe sie einfach so wieder, quasi als Berichterstattung aus der GPK. Die GPK hat sich ausführlich mit dem Finanz- und Investitionsplan beschäftigt und auseinandergesetzt. Daraus haben viele Fragen resultiert, die alle entweder direkt, per Email oder an der Folgesitzung am Freitag beantwortet werden konnten. Ein besonderes Augenmerk war die fehlende Planung eines zusätzlichen Schulhauses, aber auch die Investitionssumme der PU Hammer. Beim Schwimmbad hat man sich bestätigen lassen, dass man die eingesetzte Summe knapp für die Aufrechterhaltung des Betriebs behalten kann. Nach eingehender Beratung und Prüfung hat die GPK einstimmig dem Beschlussesantrag des Stadtrates zugestimmt und ihn somit zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich würde mir erlauben, zum Finanz- und Investitionsplan und gleichzeitig zum Budget als erster Vortrag etwas zu sagen, weil dies ziemlich zusammenhängend ist. Ich finde diese Unterscheidung, dass man dies irgendwie trennt, immer etwas komisch. Deshalb habe ich mich jetzt immer der Stimme enthalten. Jetzt würde ich gleich zu beidem etwas sagen, wenn ich dies so machen darf. Als Reaktion auf den Einbruch der Steuererträge der juristischen Person im Jahr 2013 war es bisher das primäre Ziel des Stadtrates, den laufenden Betrieb ohne Aufnahme von Fremdmitteln zahlen zu können. Das konnte man zwischenzeitlich auch so bewerkstelligen. Ich möchte in Erinnerung

rufen, dass die Rechnung 2013 noch einen operativen Verlust von 24 Millionen ausgewiesen hat. Ohne Steuererhöhung würde das Budget 2016 einen Verlust von rund Fr. 800'000.— ausweisen. Ich möchte darauf hinweisen, dass ein Steuerpunkt bei den juristischen Personen Fr. 178'000.— und ein Steuerpunkt bei den natürlichen Personen Fr. 437'000.— ist. Es ist somit gelungen, fast das ganze Defizit innert einer relativ kurzen Zeit zu beseitigen. Die Steuererhöhung von 95 auf 108 Steuerpunkte hat dabei ca. 8 Millionen dazu beigetragen. Der Rest von 15 Millionen konnte einerseits durch Änderung der Abschreibungspraxis – das hat zu einer Einsparung von rund 4 Millionen im Jahr 2016 beigetragen – und durch Sparmassnahmen von rund 11 Millionen bewerkstelligt werden. Der erste Schritt, dass wir aus dem laufenden Aufwand keinen Cashloss mehr haben, konnte erreicht werden. Wir haben dann vom Stadtrat auch darauf geachtet, dass im Finanzplan 2016 – 2022 die Investitionen auf das Wesentliche reduziert werden können. Wir haben dabei zwei Investitionsvorhaben priorisiert. Das ist der Bahnhofplatz und die PU Hammer. Selbstverständlich sind diese Investitionen nicht in Stein gemeisselt. Es wird schlussendlich am Parlament und am Volk liegen, welche Investitionen ausgeführt werden können. Wir haben es vorher vom Sprecher der GPK gehört. Es stellt sich früher oder später auch die Frage eines Schulhauses. Ich gehe davon aus, spätestens im Jahr 2020, wenn die Schülerzahlen dann zunehmen werden. Es ist somit durchaus möglich, dass anstelle der beiden vorgenannten Investitionsvorhaben ein anderes Vorhaben als wichtiger eingestuft wird. Damit wir aber nur zwei Investitionsvorhaben priorisiert und nur diese in den Finanz- und Investitionsplan genommen haben, wollten wir zeigen, dass die angespannte Finanzlage eigentlich nur zwei dieser grösseren Projekte, die in Zukunft anstehen werden, zulässt. Um selbst nur diese zwei Projekte finanzieren zu können, genügt der heutige Steuersatz von 108 Steuerpunkten nicht. Um eine vollständige Selbstfinanzierung der Investitionen in der Planperiode 2016 – 2022 erreichen zu können, ist eine Steuererhöhung zwingend. Andernfalls droht bereits im Jahr 2018 eine Investitionssperre aufgrund des Nettoverschuldungsquotienten, der vom Kanton neu vorgegeben wurde. Er ist etwas kompliziert zu berechnen. Das Fremdkapital minus Finanzvermögen dürfte nicht mehr als 150 % des Steuerertrages auf der Basis 100 betragen. Wird die beantragte Steuererhöhung, wie sie vom Stadtrat vorgesehen ist, nicht genehmigt, wird sich das Fremdkapital im Jahr 2016 entsprechend erhöhen und den Nettoverschuldungsquotienten über 150 % steigen. Die Rechnung 2016 wird für die Investitionen im Jahr 2018 massgeblich sein, und ab dem Jahr 2018 wird eine Senkung der Investitionen, weil wir diesen Nettoverschuldungsquotienten übersteigen, zwingend sein. Falls die Steuersätze bei 108/108 verbleiben werden, wird die Senkung im Jahr 2018 3,3 Millionen und im Jahr 2019 5,08 Millionen betragen. Mit anderen Worten heisst das ganz klar, dass eine der priorisierten Investitionen nicht mehr realisiert werden kann. Weiter zu berücksichtigen ist beim Finanz- und Investitionsplan die Unternehmenssteuerreform 3. Diese sollte nach heutigen Kenntnissen im Jahr 2019 umgesetzt werden. Hier ist davon auszugehen, dass der Kanton den Gemeinden Vorgaben bezüglich Steuerhöhe der juristischen Personen machen wird, dies um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn mit den umliegenden Kantonen nicht zu gefährden. Das wurde auf Seite 16 des Finanzplans entsprechend berücksichtigt, und man hat diese Zahlen dort auch so unterlegt. Wir haben dort mit einem Steuerfuss von 100 % gerechnet, was beim heutigen Stand eher positiv zu werten ist. Der Kanton wird hier konkrete Vorgaben machen, ohne dass die Gemeinden hier überhaupt etwas zu sagen haben. Wenn wir im Jahr 2019 bei 100 % sein werden, wird dies sicher die beste Lösung sein. Es kann allenfalls sein, dass es noch schlechter wird. Im Weiteren habe ich zum Finanz- und Investitionsplan im Vorfeld dieser Sitzung immer wieder Kritik an einem Leitsatz bei den finanzpolitischen Grundsätzen gehört. Das steht auf Seite 5. Ich zitiere: „Der Steuerfuss richtet sich nach den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner“. Dazu muss ich sagen, dass es mich erstaunt, dass dieser Leitsatz eigentlich erst im Budget 2016 kritisiert wird. Er war im Budget 2015 ziemlich ähnlich formuliert. Wir haben dort von finanziellen Bedürfnissen gesprochen. Das Finanzielle haben wir jetzt weggelassen. Aber darunter verstehe ich eigentlich das Gleiche. Im Weiteren gebe ich zu bedenken, dass dieser Leitsatz auch die Realität widerspiegelt. So sind beispielsweise vom Parlament Sparmassnahmen, die der Stadtrat vorgeschlagen hat, rückgängig gemacht worden. Ich zitiere hier Provi 8, Hallenbad, INKUBO, Skatepark, Volksmotion Sicherung der Schulqualität und andere auch. Das sind nichts anderes als Bedürfnisse und notabene auch des

Parlamentes. All diese Massnahmen, die wieder ins Budget genommen wurden, kosten zusätzlich ca. 1,3 Millionen und machen rund 2 Steuerpunkte aus. Wenn ich hier immer wieder höre, wir sollen uns hier auf die Kernaufgaben beschränken, gehe ich nicht davon aus, dass das Parlament die Sachen, die es wieder ins Budget genommen hat, als Kernaufgaben aufnehmen wollte. Zum Voranschlag 2016, zuerst zur Eintretensfrage. Hier möchte ich Euch wirklich bitten, auf diesen Voranschlag einzutreten. Die politische Auseinandersetzung, die hier im Parlament geführt werden wird, nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis und akzeptieren sie auch. Aber wir wären froh, wenn wir einen Entscheid hätten, wie dies auch immer ausfallen wird, damit wir im nächsten Jahr das Jahr mit einem rechtskräftigen Budget starten könnten. Beim materiellen Teil gehe ich davon aus, dass sich die Diskussion zum Budget vorwiegend auf die Frage der Steuerhöhe beschränken wird. Wie ich bereits ausgeführt habe, sind die Steuerfüsse vom Stadtrat so festgelegt worden, dass wir eine vollständige Selbstfinanzierung der Investitionen möglich machen könnten. Es ist im Vorfeld dieser Sitzung immer wieder argumentiert worden, diese Steuererhöhung falle sehr erheblich aus. Man konnte es auch in der Zeitung immer so lesen, und selbst im Radio wurde es so thematisiert. Dazu müssen wir die Frage stellen, von welchem Steuerfuss wir ausgehen wollen, wenn wir die ganze Diskussion zur Steuerfrage initiieren. In der parlamentarischen Diskussion zum Budget 2014 waren sich hier eigentlich alle einig, dass die Reduktion der Steuerfüsse von 100 auf 95 % im Jahr 2011 für das Jahr 2012 unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen ist. Diese Reduktion auf 95 Steuerpunkte hat im Jahr 2012 zu einem Fehlbetrag von 22 Millionen und im Jahr 2013 zu einem Fehlbetrag von fast 24 Millionen geführt. Die Senkung des Steuerfusses für das Jahr 2012 ist ganz klar unter falschen Prämissen zu Unrecht erfolgt. Eigentlich hätte man, wenn man vorausgeschaut hätte, schon im Jahr 2012 den Steuerfuss nicht senken, sondern erhöhen müssen. Ich gehe davon aus mindestens auf 105 %, damit das Defizit etwas kleiner ausgefallen wäre. Wenn man die Steuererhöhung auf 105 % für das Jahr 2014 nimmt, ist dies meiner Ansicht nach eigentlich gar keine Erhöhung, sondern man hat einfach den gemachten Fehler oder die Falscheinschätzung rückgängig gemacht. Für das Jahr 2015 sind vom Parlament zusätzlich 3 % gewährt worden. Von mir aus gesehen reden wir hier immer noch von kleinen Prozentzahlen. Wenn man jetzt von 108 auf die 112 und 114 gehen will, finde ich es nicht ganz richtig, wenn man hier von massiver Steuererhöhung spricht. Wenn man dann auch schaut, was dies schlussendlich bei einer Einzelperson mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.— ausmacht – ich spreche hier vom steuerbaren Einkommen und nicht vom Einkommen, das man auf dem Lohnausweis hat – macht dies im Jahr ganze Fr. 504.— aus, bei einer Familie mit zwei Kindern und gleichem steuerbarem Einkommen rund Fr. 400.— pro Jahr. Das sind bei einem steuerbaren Einkommen relativ bescheidene Beträge. Im Weiteren möchte ich zu bedenken geben, dass der Stadtrat bereits im Rahmen der Budgets 2014 und 2015 immer wieder Steuerfüsse von 115 % beantragt hat. Schon anlässlich der Steuerdebatte 2014 habe ich ausgeführt, dass eine Erhöhung auf 115 % gar nicht zu vermeiden sein wird, dass auch unter der Prämisse, dass bis zum Jahr 2015 zwingend weitere 9 Millionen eingespart werden müssen, um ein ausgeglichenes Budget zu haben. Diese Einsparungen konnten zwischenzeitlich realisiert werden, und wir sind hier ziemlich nahe bei einem ausgeglichenen Budget. Der Stadtrat ist nach wie vor überzeugt, dass die geplante Steuererhöhung die Realität widerspiegelt und zwingend nötig ist. Die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht mit den Kernaufgaben einer Verwaltung deckungsgleich. Das muss bei der Bestimmung des Steuerfusses berücksichtigt werden. Eingangs habe ich gesagt: Wir priorisieren einzig zwei grössere Projekte, und wenn wir diese Steuerfüsse nicht so erhöhen können, wie wir dies vorgesehen haben, wird man eines dieser zwei streichen müssen. Kritik ist auch immer wieder im Zusammenhang mit der Definition dieser Kernaufgaben gefallen. Es ist gesagt worden, der Stadtrat habe sich nie mit dieser Interpellation auseinandergesetzt und habe hier nie Antworten gebracht, was eigentlich die Kernaufgaben dieser Stadtverwaltung sind. Hier möchte ich entgegenen, dass anlässlich der Information vom 8. Juni 2015 alle Partei- und Fraktionspräsidenten eingeladen wurden und wir diese Sparmassnahmen und auch die Blätter der einzelnen Direktionen zu diesen sogenannten Kernaufgaben oder mit anderen Worten: Was ist zwingend vorgeschrieben und was nicht? ausgeteilt haben. Das ist präsentiert worden, und man hätte anhand dieser Folien ohne Weiteres schauen können, was zu den Kernaufgaben gehört und wofür sich der Stadtrat entschieden hat, dass man dies gleichwohl drin lässt, obwohl es

keine Kernaufgabe ist. Ich möchte alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier bitten, die politische und vor allem die finanzpolitische Verantwortung zu übernehmen und diesem Voranschlag inklusive Steuerfuss zuzustimmen. Es geht nicht an, dass wir den Schuldenberg immer grösser werden lassen. Im Moment ist er bei 114 Millionen, und wenn die Steuerfüsse nicht so durchkommen sollten, wie wir beantragt haben, werden wir im nächsten Jahr mindestens noch ein paar Millionen aufnehmen, und die Schulden werden dann immer höher sein.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir haben den Finanzplan studiert und nehmen ihn zur Kenntnis. Vor allem haben wir auch ein paar fehlende Positionen zur Kenntnis genommen. Es ist schon erwähnt worden. Schulhaus in Olten SüdWest oder im Kleinholz. Es ist auch nichts für ANDAARE budgetiert. Das ist eine Volksabstimmung, die angenommen wurde. Für die Langsamverkehrsverbindung für die beiden Stadtteile ist auch nichts budgetiert worden. Bei der PU Hammer, bei der Langsamverkehrsanbindung von Olten SüdWest, ist uns vor allem nicht klar, wie hoch der substantielle Betrag des Beitrags des Grundeigentümers ist. Das erscheint uns wirklich wesentlich. Bei den Ersatzinvestitionen haben wir den Eindruck und auch Beispiele zeigen uns, dass sie nicht zentral beschafft werden. Jeder Verantwortliche beschafft die Maschinenanlagen-Ersatzinvestitionen individuell. Man weiss aus der Wirtschaft, dass ein zentraler Einkauf Einsparungen erlaubt und da gehen wir von mehreren zehntausend Franken aus, die es erlauben würde. Wir regen dringend an, Ersatzinvestitionen zentral zu beschaffen. Finanzverwalter Urs Tanner hat uns verdankenswerterweise auch Szenarien gerechnet, was passiert, wenn man den Steuerfuss nicht auf 114 % erhöht, und er hat uns dargestellt, was passiert, wenn der Steuerfuss bei 108 % bleibt und die Stadt gleichzeitig die Ausgaben nicht senkt. Das war wahrscheinlich die Übungsanlage. Er hat dargestellt, dass dann 3,5 Millionen Franken fehlen, um die Investitionen zu tätigen. Wir haben uns auch überlegt, wie wir jetzt diese Investitionen priorisieren würden, wenn der Steuerfuss bei 108 % bleibt. Es ist ganz klar: Der Bahnhofplatz muss her. Er dient der ganzen Stadt. Er dient allen Pendlerinnen und Pendlern und vor allem dient er denjenigen Steuerzahlenden, die seit Jahr und Tag Steuern zahlen. PU Hammer sehen wir wirklich als zweite Priorität. Vor allem erwarten wir dort einen substantiellen Beitrag des Grundeigentümers.

Daniel Probst, FDP-Fraktion: Wir sind nicht so multitaskfähig wie unser Stadtrat Savoldelli. Das heisst, ich rede nur zum Finanzplan und später dann Urs Knapp zum Budget. Aber wir versuchen, uns nicht zu widersprechen. Für uns ist der Finanzplan ein sehr wichtiges Planungsinstrument, und wir schätzen es sehr und danken auch dafür, dass wir hier einen Ausblick in die Zukunft haben können. Aber wie schon gesagt wurde, ist es ein wichtiges Instrument, vor allem wenn es um Priorisierungen geht. Was wir auch sehr schätzen, dass wir über sieben Jahre hinaus schauen können. Eigentlich sind ja laut Gemeindeordnung nur fünf Jahre vorgesehen. Obwohl es zum Teil ein Stück weit Kaffeesatzlesen ist, vor allem wenn es um Konjunkturdaten geht, finden wir es trotzdem wichtig, weil sich Investitionen doch auch in die Länge ziehen können, und es gibt auch Folgekosten daraus, so dass man hier ein gesamtes Bild hat. Ein Finanzplan gibt also Auskunft über Grundsätze, über Prioritäten und setzt damit auch Leitlinien und Grenzen und ist dadurch eben kein Wunschkatalog, wie es manchmal auch falsch verstanden wird, sondern es ist ganz klar ein Planungsinstrument, und er ist auch ein Frühwarnsystem, das uns zeigt, ob wir vielleicht eher auf die Bremse treten müssen oder Gas geben können. Ich glaube, im Moment ist klar, welches Pedal wir in dieser Stadt mehr verwenden müssen. Es heisst auch, dass sich Investitionsvolumen, wenn man sieht, was wir an Geld haben, nicht nach den Bedürfnissen und Wünschen richten – das haben wir schon gehört - sondern nach den finanziellen Möglichkeiten. Das ist auch so, wenn wir es unseren Kindern im Haushalt erklären. Dann kann man nicht sagen: Wir richten uns nach den Wünschen, sondern nach den finanziellen Bedürfnissen. Wir sind der Meinung, was für den Privathaushalt zählt, zählt auch für einen Haushalt der öffentlichen Hand. Wenn man die Entwicklung des Steuerfusses betrachtet, sind wir nicht damit einverstanden, dass es eine weitere Erhöhung geben soll. Wir sind auch nicht damit einverstanden, dass wir uns an einem kantonalen Mittel anlehnen können sollten. Der Kanton ist ja auch stark verzweigt, und es gibt in unserem Kanton Regionen, wo ich sage, dass der Steuerdruck oder vielleicht die Konkurrenz von Nachbargemeinden und

Nachbarstädten nicht so gross ist. In unserem Kantonsteil, wo wir die Kantone Aargau und Baselland so nahe haben, ist dieser Wettbewerb gross. Es macht für jemanden, der einen neuen Wohnort zwischen Zürich, Bern und Basel sucht, keinen grossen Unterschied, ob er in Olten, Aarau oder vielleicht Lenzburg ist. Es ist alles so etwas im Mittelland. Dann gibt es verschiedene Aspekte. Das ist klar. Für einige sind die Steuern weniger wichtig, und für andere sind sie wichtig. Ich glaube, dort müssen wir schauen, dass wir auf all diesen Ebenen wettbewerbsfähig bleiben können. Deshalb darf sich ein Finanzplan nicht nach den Bedürfnissen richten, sondern er muss sich eigentlich auch nach dem Preis richten, sprich auch nach den Steuern. Es gibt noch zwei weitere Punkte, wo wir finden, dass man aufpassen muss, wenn man an der Steuerschraube dreht. Zum Einen konnten wir lesen, wie abhängig die Stadt Olten auch von einzelnen Steuerzahlern ist und das nicht nur bei den juristischen Personen. Wir haben ja jetzt gerade erlebt, wie dies eben schwierig ist, wenn eine Steuerzahlerin so viel zahlt, und was es bedeuten kann, wenn dies nachher wegfällt, sondern das findet man auch bei den natürlichen Personen. Das heisst, wir haben dort einen grossen Teil, der von wenigen bezahlt wird. Das sind meistens auch Leute, die mobiler sind, die vielleicht etwas sensibler auf solche Steuererhöhungen reagieren und die Beträge natürlich einiges höher sind als das, was wir vorher vom Finanzdirektor gehört haben. Wir wissen, dass es auch Personen im Kanton gibt, die, wenn sich die Steuerpraxis entsprechend verhält oder auch, wenn die Steuern zu hoch werden, sagen: In diesem Kanton wollen wir nicht mehr wohnen. Dann sind die Auswirkungen genauso stark, wie es eben bei den juristischen Personen ist, wenn wir dort ein Klumpenrisiko haben. Das ist der eine Punkt, und der andere Punkt ist, dass man, wenn man mehr Geld hat, auch wenn es kleine Beträge sind, auch mehr dafür ausgeben kann. Wir konnten im Finanzplan lesen, dass gerade auch der private Konsum heute immer noch und wahrscheinlich auch in nächster Zeit die stärkste Wachstumsstütze ist. Das haben wir dringend nötig, weil unser Kanton fast nicht mehr wächst. Es gibt Leute, die dies begrüssen. Aber wir müssen Renten zahlen können, wir müssen die Ausbildung zahlen können usw. Wir brauchen ganz klar Wachstum. Null Wachstum ist keine Option. Es ist nicht etwa pessimistisch gerechnet, wenn im Finanzplan nur mit 0,5 % BIP-Wachstum gerechnet wird. Das ist für den Kanton Solothurn sehr realistisch. Als Faustregel könnt Ihr betrachten: In der Vergangenheit konnte man feststellen, dass die Kantone, wenn die Schweiz mit 1 % wächst, halb so schnell wachsen. Das ist einfach die Realität. Es ist nicht einmal pessimistisch gerechnet. Von daher sehen wir hier die Realitäten. Wenn wir weiter gehen und die Investitionen betrachten – ich möchte mich meiner Vorrednerin anschliessen – sehen wir es bezüglich der beiden Investitionen PU Hammer und Bahnhofplatz genau gleich. Wir finden auch, dass wir als Olten vor allem den Bahnhofplatz priorisieren müssen, und PU Hammer hat für uns ganz klar zweite Priorität. Wir sind bereit und werden dann beim Budget den Antrag stellen, dass wir dort diese Prioritäten auch entsprechend setzen und die Steuern nicht so erhöhen, wie ich dies vorher ausgeführt habe. Noch ein allerletzter Punkt, der auch etwas angetönt wurde: Unternehmenssteuerreform 3. Auch hier geht es um Wettbewerbsfähigkeit. Hier kann ich dem Finanzdirektor auch nur recht geben, wenn er sagt, dass dies eher – was wir auch im Finanzplan lesen können – etwas positiv gedacht ist. Mit den juristischen Steuern auf 100 % hinunter zu gehen, das ist einmal fast schon gegeben. Es ist aber auch möglich, dass die Basis sogar noch gesenkt wird. Man konnte auch schon lesen, dass der Kanton dort mit einem Ausfall von 50 Millionen auf Kantonsebene und von 70 Millionen von allen Gemeinden. Wenn ein Kanton noch mit Ausfällen rechnet, sagt er eben auch, dass er indirekt seine eigene Basis herunter nimmt. Deshalb glaube ich, dass, was wir dort lesen können, eher noch positiv ist. Das führt auch dazu, dass wir mit Investitionen wirklich vorsichtig sein müssen. Dafür ist ein solcher Finanzplan eben genau da, und das schätzen wir sehr und nehmen ihn zur Kenntnis.

Matthias Borner: Ich spreche jetzt für die SVP-Fraktion. Ihr könnt also wieder kritisch schauen. Was beim Finanz- und Investitionsplan 2016 auffällt, ist, dass wir eine Nettoverschuldung von über Fr. 5'000.— pro Kopf ausweisen. Bis anhin war dies eine problematische Grenze. Aber dank der Umstellung auf HRM 2 findet Fremdverwaltung nicht statt weil hier andere Kennzahlen zur Anwendung kommen. Jetzt kann man dies entsprechend optimieren und auch finanzpolitische Umschichtungen machen. Aber eigentlich sollte dies nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen, sondern wir sollten mit dem Geld

investieren und schauen, wofür man es ausgibt. Es ist auch allgemein so, dass sich das Bild nicht mehr so negativ abzeichnet – das anerkennen wir auch – und ein steuerfreundliches ausgeglicheneres Budget im Bereiche des Möglichen scheint. Auf unsere ersten Begehren nach sparen hat es übrigens zu Recht geheissen, dass man bei einer Verwaltung nicht von einem Jahr auf das andere massiv sparen kann. Aber heute ist dies mittlerweile schon das dritte Budget unter erschwerten Bedingungen, wenn man dies so nennen darf. Trotzdem ist unserer Meinung nach eine echte Reform der Verwaltung bisher ausgeblieben, und man orientiert sich mittlerweile bereits schon wieder an den Vorjahreszahlen. Auch mit dem Steuersatz, der in der Nähe von dem ist, den sie ganz am Anfang beantragt haben, zeigen sie einfach, dass sie die damaligen Vorstellungen noch nicht ganz abgehakt haben. Deshalb ist es wichtig, dem Stadtrat heute ein klares Signal zu geben, dass er sich noch mehr bewegen und weitere Ausgaben überprüfen muss. Man muss halt schon sagen, dass ein grosser Teil der Einsparungen aufgrund der Aufgabe der Stadtpolizei oder im Übertrag der HPS an den Kanton stattgefunden hat, also eigentlich budgettechnische Optimierungen. Auf der anderen Seite hat zu einem sehr grossen Anteil der Steuer- und Gebührenzahler sanieren helfen müssen. Das ist etwas, das wir auch anerkennen müssen. Die finanzpolitischen Grundsätze hat man ja kurzfristig geändert. Das scheint uns etwas schnell gegangen zu sein, weil man Grundsätze aufstellen sollte, damit sie genau dann greifen, wenn es nicht so gut geht. Wenn man sie bei Nichterfüllen oder um sich zukünftig Spielräume offen zu halten, einfach von Jahr zu Jahr wechselt, finden wir, dass man diese Grundsätze gar nicht aufstellen sollte. Wir sind uns nicht sicher, ob sich mit dem Bezug der Wohnungen in Olten SüdWest die Steuererträge so linear positiv entwickeln werden, wie man dies in diesem Finanzplan vorgesehen hat. In der NZZ hatte es einen Artikel über Eglisau, und ich habe auch einmal mit dem Stadtpräsidenten von Rorschach zu diesem Thema gesprochen, weil sie eine ähnliche Situation wie Olten hatten. Was dort passiert ist, war, dass die neuen Wohnungen durchaus Anklang gefunden hatten. Aber vor allem Leute aus der Stadt selber haben in die neuen Wohnungen gewechselt, und nachher standen viele Altwohnungen leer. Sie wurden dann mit der Zeit von Leuten bewohnt, die nicht unbedingt einen positiven Beitrag zum Steuersubstrat geleistet haben. Zweitens musste man in den neuen Stadtteilen grosse Investitionen tätigen, was dann das Budget zusätzlich belastet hat. Ich bitte den Stadtrat einfach, sich diese Beispiele beim Budgetieren auch vor Augen zu halten. Die SVP-Fraktion ist aber einstimmig für Kenntnisnahme dieses Investitionsplan. Merci für die Aufmerksamkeit.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Jetzt hat die rechte Hirnhälfte gesprochen, jetzt redet von Ihnen aus gesehen eigentlich die rechte Hirnhälfte. Es sind ja etwas verschiedene Strukturen, die vielleicht auf verschiedene Aspekte Wert legen. Wir machen jetzt hier etwas eine Auslegeordnung für die Budgetdebatte nachher. Jedenfalls hatten wir nach unseren Fraktionssitzungen den Eindruck, dass die Funktionsfähigkeit der Stadt offensichtlich die dargestellten Finanzmittel braucht. Die Einnahmen- und Ausgabenflüsse sind für uns eigentlich sehr plausibel dargestellt worden. Wir haben in diesem Sinne wohlwollend vom Finanzplan Kenntnis genommen. Die Parameter haben wir verstanden, die schwierigen Stolpersteine haben wir auch verstanden, wenn wir nicht so handeln, wie vorgeschlagen, und dann den sogenannten Nettoverschuldungsquotienten. Dann haben wir auch über die Investitionen geredet. Hier hatten wir etwas verschiedene Meinungen. Ich war eigentlich etwas der Meinung, dass es schon gut ist, den Bahnhofplatz so hervor zu tun. Aber das ist jetzt wirklich eine Kernaufgabe, die wir für einen grossen Teil, für ein grosses Umfeld machen. Rein für Olten hätte ich eben auch gesehen, dass man den Investitionen etwas macht. Der Ländiweg ist uns wichtig. Die Winkelunterführung ist wirklich etwas Inneroltnersches, halt doch die Anbindung von Olten SüdWest. Ich kenne schon einige Leute, die dorthin umgezogen sind. Es gefällt ihnen sehr gut. Es seien gute Wohnungen, überhaupt nicht hellhörig. Was Du beobachtet hast, habe ich auch gesehen. Es sind bis jetzt wirklich Leute, die von der Stadt dorthin umgezogen sind. Darüber habe ich mich jetzt eigentlich auch gewundert. Jemand ist aus Schönenwerd gekommen. Ich habe dann Thomas Marbet auch gefragt: Wieso ist dies auch so wahnsinnig teuer? 20 Millionen. Gibt es nicht etwas filigranere Lösungen, oder kann man nicht für die Fr. 500'000.— einmal etwas aufstellen? Ich habe dann ein etwas schlechtes Beispiel gebracht. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Köln einfach ohne grosse Sache blitzschnell über den Rhein Brücken. Sie

mussten auch funktionieren. Ist hier nicht etwas möglich ohne dieses Riesending? Thomas hat dann gesagt, was hier abläuft. Das erschien mir verrückt. Der Bauherr kann bauen und arbeiten, und wir hinken hinterher. Das habe ich nicht ganz verstanden. In der ETH Zürich habe ich etwas gelesen. „Caracas ist überall“. Dort hatten sie so kreative Ideen. Das sind ja dann sogenannte Drittweltstädte. Wie müssen sie mit manchmal viel grösseren Zahlen von Leuten umgehen? Bahnen bauen. Es scheint mir kreativ zu sein. Dann lebt dies. Ich hatte den Eindruck, dass wir so eingebunkert sind. Wenn man davor steht, ist es doch möglich, dass man dort etwas bauen könnte. An der Expo habe ich auch gesehen, dass Massen von Leuten in schön filigranen und teilweise abenteuerlichen Konstruktionen gelaufen sind. Aber ich habe niemanden herunterfallen sehen. Das Kreative fehlt mir etwas. Hier bin ich mit Dir eigentlich einig. Noch einmal: Der Stadtrat hat einen Finanzplan mit diesen 114/112 vorgeschlagen, der eigentlich sehr verlässlich ist. Es soll bis 2022 gehen. Das Andere: Wenn wir dies nicht machen, habe ich den Eindruck, dass wir etwas Richtung Crash laufen. Es gibt sicher eine Erhöhung des Drucks auf das Personal. Es gibt sicher enormen Druck, dass wir nicht mehr investieren. Auch sogenannt freiwillige Leistungen der Stadt kommen erheblich unter Druck. Ich habe ausgerechnet, dass man ohne Probleme 10 oder 15 Millionen sparen kann. Aber dann gibt es kein Kunsthaus, keine Badi und und und mehr. Ja, man kann in die Aare baden gehen. Man kann nach Basel ins Kunsthaus. Das ist mir alles auch klar. Was heisst es für mich, wenn ich jetzt dafür bin? Hier bin ich wahrscheinlich wie Urs Knapp. Er wird nachher sicher reden. Wenn ich wegziehen würde. Du musst wahrscheinlich für die nächsten zehn Jahre auch etwa Fr. 10'000.— auf die Seite legen, wenn Du die sechsprozentige Steuererhöhung tragen willst. Ich bitte Dich, dies auch zu machen, und ich bitte Dich, zu überlegen: Bevor Du wegziehst, musst Du eine neue Wohnung haben, musst neu kaufen, umziehen. Das kostet dann auch rasch Fr. 10'000.—. Ich denke, auch Du wirst in den nächsten zehn Jahren hier bleiben, wenn Du Deinen Steuersatz erhöhen musst.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: In Olten gibt es seit ein paar Jahren mehr und mehr Italianità. Das italienische Lebensgefühl hat Einzug gehalten. Der Sommer wird immer länger und wärmer, auch der Herbst, wir können an den lauen Abenden in der Stadt immer länger draussen palavern, wir haben zum Glück in der Innenstadt auch die guten Voraussetzungen dafür geschaffen. Wir können bis in den Oktober hinein die Füsse in der Aare „bädle“, auch das Schwimmbad könnte ein paar Wochen länger offen haben, wenn dies nur nicht zusätzliche Kosten verursachen würde. Mehr und mehr Italianità haben wir aber auch in unserer Finanzplanung. Sachen werden beschlossen und dann jahrelang nicht in Angriff genommen, bis man sie schulterzuckend ganz versenken will. Andere Sachen werden zwar noch nicht beschlossen, aber schon einmal versprochen, und man drapiert sie dann etwas weit hinten am Horizont. Und mit jedem Finanzplan rückt die Fata morgana dann an diesem Horizont etwas weiter nach hinten. Hauptsache, man redet ab und zu etwas davon, dann behält es seine Wichtigkeit. Eben Italianità. Jetzt haben wir den Finanzplan vor uns, gut zwei Monate zu spät. Er macht den Anschein, dass diese Stadt ihre Funktion wahrnehmen und ihre Aufgaben machen könne, und dafür würden sogar 8,5 Millionen Investitionsgelder für ein Jahr reichen, auch in den folgenden Jahren wäre es dann mit ca. 10 bis 12 Millionen gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier dürfen wir uns nichts vormachen, das reicht nie und nimmer. Olten kommt nicht umhin, ein Schulhaus zu bauen, die Kinderzahl nimmt rasant zu. Schon vor dem Jahr 2020. Planen muss man bevor es steht, und dann muss es spätestens betriebsbereit sein. Olten kommt nicht umhin, mit höchster Priorität – sobald es nur geht – die Fuss- und Veloverbindung beim Hammer zu realisieren und damit das neue Stadtquartier Hunzikerfeld zu erschliessen. Früher hat es als Arbeitstitel Olten SüdWest geheissen. Olten kommt nicht umhin, die Verbindungen zwischen den beiden Stadtseiten aufzuwerten. Olten kommt nicht umhin, das Aareufer zu sanieren, auch wenn es eine bescheidenere Version sein wird, als diejenige, die das Volk beschlossen hat. Dann braucht es halt eine neue Abstimmung, aber sicher nicht sieben Jahre Dornröschen. Es gibt nicht nur Luxus oder gar nichts, dazwischen liegt die Lösung, die für unsere Stadt lebbar ist, und diese wollen wir. Zum Bahnhofplatz ist schon einiges gesagt worden. Aber Olten kann auch nicht eine Museumszusammenführung planen, organisatorisch und mit Blick auf eine bessere Effizienz, aber dann x Jahre lang nichts für die Realisierung tun. Und Olten kann nicht mit den Hochwasserschutzmassnahmen im Wilerfeld warten, bis das nächste Mal ein Unwetter alle Tiefgaragen füllt. Es soll übrigens Leute geben, die finden, die Fuss- und Veloverbindung

in ein Quartier mit dereinst 2'000 bis 3'000 Bewohnerinnen und Bewohnern solle doch ein Privater bauen. Ja, Heimatland, haben wir schon wieder vergessen, was es heisst, eine Unterführung hilflos vergammeln zu lassen, weil sie nicht der öffentlichen Hand gehört? Dann soll es Leute geben, die finden, ein Privater solle doch ein Schulhaus bauen und es dann der Stadt vermieten. Das wäre wahrscheinlich eine Weltneuheit. Dabei hat die Stadt erst gerade das Land für das Schulhaus neben der Stadthalle von der Bürgergemeinde abgekauft. Wenn man schaut, wo die Familien mit den kleinen Kindern wohnen, ist sonnenklar, dass dieses Schulhaus dorthin gehört. Ich habe bis jetzt nur von den Entwicklungsinvestitionen gesprochen. Für das Schwimmbad ist ein Sanierungsbedarf von 13 Millionen ausgewiesen. Man kann es Seite 14 in den Beilagen zum Finanzplan nachrechnen. Wenn wir daran zehn Jahre machen, sind das im Schnitt immer noch 1,3 Millionen pro Jahr. Mit den Jahresetappen, wie sie jetzt für 2016 vorgeschlagen ist, würde es 65 Jahre dauern, bis das Schwimmbad saniert ist. Ähnliche Berechnungen könnte man beim Schulmobiliar oder bei den Parkanlagen anstellen. Vor vier Wochen hat Olten zum kantonalen Richtplan Stellung genommen. Unsere Tageszeitung hat dazu am 28. Oktober einen tapferen Titel gewählt: „Zentrum Olten als Motor positionieren“. Jetzt müssen wir einfach noch die Bedingungen schaffen, damit dies nicht nur ein Zuckerwassermotörchen wird. Es geht nicht anders, als dass wir das Thema „Steuerfuss“ auch schon jetzt bei diesem Traktandum besprechen. Zur Erinnerung: Benvenuto hat es auch gesagt. Der Stadtrat hat vor zwei Jahren und vor einem Jahr jeweils schon 115 % auf längere Sicht hinaus in seine Planung aufgenommen, sehr gut begründet, aber er hat auch dort schon längst nicht alle absehbaren Investitionen hineingerechnet. Wir Grüne haben vor einem Jahr berechnet, was es bräuchte, wenn man allein die laufenden Aufgaben und die werterhaltenden Investitionen finanzieren möchte, also noch keine Entwicklungsinvestitionen. Es bräuchte einen Steuerfuss von 121 %, sowohl für natürliche wie für juristische Personen. Daran hat sich nicht viel geändert, den Weggang der Polizei haben wir dort schon einkalkuliert. Zwar haben wir eine erfreuliche, wirklich erfreuliche Zunahme von Arbeitsplätzen, aber das hat, so wie es jetzt aussieht, nicht zur Folge, dass die juristischen Personen deutlich mehr Steuern abliefern werden. Olten muss sich darauf einstellen, dass sich der Steuerfuss weiter in Richtung von 120 entwickelt, halt die homöopathischen Dosen, weil es auf ein Mal zu sehr schmerzt. Deshalb heute 114 % und in einem Jahr und in zwei Jahren wird es noch einmal nötig sein anzuheben. Alles andere würde heissen, dass wir uns selber Sand in die Augen streuen. Was ja in diesem Finanzplan auch glasklar auf dem Tablett liegt, sind die Folgen der Unternehmenssteuerreform III. Die natürlichen Personen werden sie ausbaden müssen. Eines möchten wir Grüne nicht unterlassen. Der Stadtrat hat ein grosses Kompliment für die einleitenden Erläuterungen im Finanzplan verdient. Die Finanzverwaltung hat hier sicher entscheidende Vorarbeit geleistet, deshalb gehört dieser Dank auch ihr. Sehr gut ist HRM2 erklärt und eingeführt, sehr gut sind die Konkretisierungen, nicht Neufassungen, aber Konkretisierungen der Finanzpolitischen Grundsätze, Seite 5 und 6, ganz speziell im Kapitel 3.4 „Steuern“. Auf dieser Basis finden wir uns! Jetzt geht es einfach darum, alle hinter diese Grundsätze zu scharen. Eine kleine Relativierung machen wir zur Aussage: „Der Steuerfuss soll sich jedoch weiterhin in der tieferen Hälfte der Gemeindesteuerfüsse im Kanton bewegen“. Das ist nach unserer Ansicht nur realistisch, wenn sich die Gemeinden rundum an den Zentrumsaufgaben von Olten mehr beteiligen als bis jetzt. In diesem Sinne nehmen wir Grüne vom Finanzplan 2016-2022 Kenntnis.

Stephan Hodonou: Ich kann es nicht verkneifen, auf einen gewissen speziellen Moment hinzuweisen, der mich beim Lesen des Investitionsplan beschlichen hat und der auf eine Art auch etwas Ironie aufzeigt. Vor zehn Jahren waren wir an diesem Ort und haben einen Finanzplan erhalten. Vor zehn Jahren hätten wir die grosse Gelegenheit gehabt, für 10 Millionen das ganze Gelände Olten SüdWest zu kaufen. Es hat nichts im Finanzplan gestanden. Zehn Jahre später haben wir eines der Highlights – wir hätten damals alle Trümpfe in der Hand gehabt – zehn Jahre später haben wir einen Finanzplan, und für 10 Millionen können wir jetzt Zubringer für Olten SüdWest bauen und werden zum Handlanger für den Grundeigentümer. Das ist schon noch eine Ironie des Ganzen. Ich wünsche mir, dass wir in zehn Jahren in einem Finanzplan wieder ein paar Trümpfe in der Hand haben werden und vorwärts schauen können.

Urs Knapp: Ich möchte zuerst etwas nicht ganz so Ernsthaftes zu meinem Finanzberater und nachher etwas Ernsthafteres zum Finanzdirektor sagen. Es hat 1993 einen Film gegeben „Und täglich grüsst das Murmeltier“. Noldi macht es anders: „Und jährlich grüsst der Noldi“ und erklärt mir, wie ich meine Finanzen machen muss. Da hat man immer schlaflose Nächte vor dieser Sitzung, und auch die Nachbereitung in der Familie ist nachher anstrengend. Aber wir danken. Ernsthafter für den Finanzdirektor: Er trägt heute nicht nur eine schwarzen Veston, sondern hat auch schwarz gemalt, und in einem Punkt hat er wahrscheinlich auch nicht ganz korrekt Auskunft gegeben. Er hat gesagt, es drohe, wenn man die Steuern nicht erhöhe, eine Investitionssperre durch den Kanton ab 2018. Vielleicht müsste man mit Urs Tanner und über HRM reden. Bevor dies so weit ist – Matthias Borner hat es gesagt – muss der Stadtrat selber entscheiden, welche Vermögen ins Finanzvermögen und welche nicht ins Finanzvermögen kommen. Das hat wesentliche Auswirkungen auf den Nettoverschuldungsquotienten. Ein Beispiel. Herr Tanner ist der Urheber davon. Wenn man die Alpiq-Aktien im Verwaltungsvermögen lässt, hätten sie am 31.12.2014 Fr. 177'105.75 Wert gehabt. Wenn man sie ins Finanzvermögen legt und entsprechend auch den Quotienten ändert, haben sie einen Kurswert, und das wäre dann Finanzvermögen, von 4,508 Millionen und noch Fr. 280.—. Es gibt, auch in dieser Stadt, andere Objekte, die man mit guten Treuen ebenfalls ins Finanzvermögen legen kann. Wenn man dies macht, sinkt der Nettoverschuldungsquotient deutlich, und von daher ist eine Investitionssperre durch den Kanton einfach Schwarzmalerei. Ich möchte auch hier Herrn Finanzdirektor daran erinnern, dass er bei anderer Gelegenheit ja gesagt hat, er betrachte es als sehr unwahrscheinlich, dass der Kanton dies macht. Das wäre vielleicht auch noch eine Information gewesen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Zu dieser Schwarzmalerei: Du hast vielleicht nur den Veston angeschaut und nicht noch das blaue Hemd. Du hast natürlich recht. Wenn man Sachen vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen legt, nimmt der Nettoverschuldungsquotient tatsächlich ab. Die Frage ist auch: Was will man ins Finanzvermögen legen und im Verwaltungsvermögen lassen? Aber nichts destotrotz: Wenn man die Steuern nicht erhöht, wird auch die Nettoverschuldung zunehmen und diesen Quotienten automatisch hinauftreiben.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2016 - 2022 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Alle Direktionen
Direktion Finanzen und Informatik/Urs Tanner
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 33

Motion Gert Winter (SVP) und Mitunterzeichnende betr. zusätzliche Einsparungen im Umfang von 8 Mio. Franken/Beantwortung

Am 20. März 2015 haben Gert Winter (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss dringlich eingereicht:

„Der Stadtrat wird damit beauftragt, im Jahre 2015 zusätzliche Einsparungen im Umfang von 8 Mio. Franken zu erzielen oder einzuleiten. Sollte er dieses Sparziel nicht realisieren können (oder wollen), so legt er anlässlich der nächsten Budgetberatung im November 2015 zumindest offen, welche grösseren Ausgabenposten (ab Fr. 100'000.–) er auf ihre Verzichtbarkeit hin überprüft (Frage 1) und aus welchen Gründen er an ihnen trotz Sparauftrag festgehalten hat (Frage 2).

Begründung: Nach der für das kommende Jahr wirksamen Erhöhung des Steuerfusses auf 108 % droht bekanntlich ein grösseres Defizit für das nächste Jahr, weil zum budgetierten Fehlbetrag von 2,7 Mio. Franken einige weitere Millionen angesichts der nicht bewilligten Steuererhöhung um 7 zusätzliche Steuerprozentpunkte hinzukommen, von zusätzlichen, künftigen Belastungen wie NFA, Unternehmenssteuerreform III, Rezession und ähnlichem einmal abgesehen. Die SVP geht davon aus, dass die Ablehnung der vom Stadtrat geforderten Steuererhöhung von ganzen 10 % durch das Parlament zunehmend auch seitens der Bevölkerung getragen wird. Bei dieser Sachlage erweisen sich zusätzliche Sparanstrengungen als unvermeidlich. Dies war, wenigstens noch anlässlich der Budgetberatung, auch die Meinung einer Parlamentsmehrheit, die aus diesen Gründen lediglich einer dreiprozentigen Steuerfusserhöhung zum Durchbruch verholfen hat.

Nachdem die leicht erzielbaren Einsparungen überwiegend bereits realisiert wurden, ist inskünftig die Aufgabe zu bewältigen, ein definitiv geschrumpftes Steueraufkommen mit überdimensionierten Kommunalaufgaben und einer ebensolchen Verwaltung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Im Übrigen bedarf es zur Realisierung des noch vorhandenen Sparpotentials einer grundlegenden Verwaltungsreform, von der wir bislang noch ziemlich wenig gesehen haben.

Dringlichkeit: Eigentlich war es vorgesehen, diese Motion vor der Gemeinderatssitzung vom 29. Januar 2015 auf dem ordentlichen Weg – als nicht dringliche Motion – einzureichen. Der Ausfall jener Sitzung führt nun dazu, dass sie dringlich eingereicht wird, weil der Budgetprozess schon bald wieder beginnt und der Stadtrat baldmöglichst wissen sollte, ob er den obgenannten Sparauftrag erhält oder ob es im bisherigen Stile weitergehen soll.“

Die Dringlichkeit wurde vom Parlament an dessen Sitzung vom 26. März 2015 mit 23:19 Stimmen abgelehnt.

- - - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat erachtet kurzfristige Sparvorgaben in absoluten Zahlen als untaugliches Mittel, um die Finanzprobleme der Stadt Olten mit nachhaltiger Wirkung zu lösen. Mit der Ablehnung der dringlichen Behandlung des vorliegenden Vorstosses hat ihn das Parlament in dieser Meinung bestärkt. Kommt hinzu, dass die beantragten Einsparungen – zusätzlich zu den in den letzten Monaten und Jahren bereits erfolgten Massnahmen – in ihrer Höhe unrealistisch erscheinen, will man nicht die Stadt Olten als regionales Zentrum und damit ihre Stellung im interkantonalen Wettbewerb gefährden. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass entgegen der Darstellung der Motionäre für den Stadtrat nicht alleine entscheidend ist, was er selber „will“ – vielmehr handelt er im Gesamtinteresse der Bevölkerung mit ihren sehr heterogenen Ansprüchen an die Dienstleistungen der öffentlichen Hand und durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, was „überdimensionierte Kommunalaufgaben und eine ebensolche Verwaltung“ angeht. Und auch die ebenfalls geforderte Verwaltungsreform ist kein Selbstzweck, sondern muss ihrerseits Folge der Aufgabenüberprüfung sein, abhängig zudem von den Ergebnissen der laufenden Revision der Gemeindeordnung.

Was das in zweiter Linie vom Motionär geforderte Einleiten zusätzlicher Einsparungen angeht, so darf darauf hingewiesen werden, dass die entsprechenden Arbeiten schon zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses längst im Gange waren: Einerseits laufen seit Ende 2014 die Arbeiten für die Überführung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei per 1. Januar 2016 mit einem Sparpotenzial von rund 2,1 Mio. Franken. Andererseits überprüfte der Stadtrat seit Anfang Jahr in Erfüllung eines am 26. September 2013 vom Parlament als Postulat überwiesenen dringlichen überparteilichen Vorstosses die Aufgaben der Stadtverwaltung integral: Welches sind die Kernaufgaben? Welchen Umfang sollen sie einnehmen? Welche können an Dritte ausgelagert werden? Welche Aufgaben sollen über die eigentlichen Kernaufgaben hinaus wahrgenommen werden? usw.

In drei Workshops nahm der Stadtrat in diesem Sinne sämtliche Aufgaben der Einwohnergemeinde Olten unter die Lupe. Dazu gliederte er die Tätigkeiten in gesetzlich vorgegebene Kernaufgaben mit oder ohne Beeinflussbarkeit sowie freiwillige Zentrumsaufgaben. Bei den beeinflussbaren Kernaufgaben wurde in der Folge untersucht, in welchem Umfang sie weitergeführt werden sollen und ob die Umsetzung weiterhin intern oder neu ganz oder teilweise extern erfolgen soll. Bei den freiwilligen Zentrumsaufgaben ging es zusätzlich darum, ob sie – da freiwillig – grundsätzlich weitergeführt werden. In Anbetracht der Funktion als attraktives Regionalzentrum sprach sich der Stadtrat in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle für die Weiterführung, wenn auch teilweise mit reduzierten Ressourcen und entsprechend angepasstem Angebot, aus.

Die Resultate wurden Anfang Juni öffentlich präsentiert und spiegeln sich im vorliegenden Budget 2016: Nach einer Überarbeitung des Budgets 2013 um 3 Mio. Franken sowie zwei Sparpaketen von 2,9 Mio. Franken und 4,5 Mio. Franken in den Jahren 2013 und 2014 wird der Aufwand im Budget 2016 nochmals um rund 3,65 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2015 bzw. fast 6 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2014 entlastet. Einen wesentlichen Anteil macht dabei wie erwähnt die bevorstehende Eingliederung der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn aus. Das Parlament hat zudem schon im vergangenen Juni generelle Sparmassnahmen im Personalbereich beschlossen.

Aufgrund der absoluten Forderung nach Einsparungen in der Höhe von 8 Mio. Franken beantragt der Stadtrat dem Parlament, die vorliegende Motion abzulehnen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die in zweiter Linie geforderte Aufgabenüberprüfung vorliegt und im Budget 2016 der Aufwand gegenüber dem Budget 2015 bzw. der Rechnung 2014 nochmals erheblich reduziert werden konnte.

- - - - -

Gert Winter: Der Stadtrat lehnt die Motion ab mit der Begründung, die absolute Forderung nach Einsparungen in der Höhe von 8 Millionen sei kein taugliches Mittel, um die Finanzprobleme der Stadt mit nachhaltiger Wirkung zu lösen. Das dürfte tatsächlich zutreffen. Nur übersieht der Stadtrat, dass der Sparauftrag im zweiten Satz des Antrags relativiert wird und es somit die absolute Sparforderung, die er so engagiert bekämpft, gar nicht gibt. Die tatsächlich erzielbaren Einsparungen werden in der Motion vielmehr ins politische Belieben des Stadtrates gestellt, weshalb seine ablehnende Begründung keine Überzeugungskraft hat. Vielmehr drängt sich für mich der Eindruck auf, der Stadtrat wolle sich nicht in die Karten blicken lassen. Würde er nämlich die Motion umsetzen wollen, müsste er eine Triage in Einsparungen vornehmen, die er ohnehin erzielen will, in Ausgabenposten, die seiner Einschätzung nach ganz oder teilweise in den 8-Millionen-Topf gehören, und solchen, die ungeschoren bleiben sollen, den heiligen Kühen von Olten gewissermassen. Die uns seit Juni vorliegende Aufteilung der städtischen Ausgaben in Kernaufgaben, gesetzliche Vorgaben, die durch die Stadt beeinflussbar sind, und in freiwillige Zentrumsaufgaben ist zwar durchaus interessant, gibt uns aber lediglich Aufschluss über das bereits Erreichte. Auf Fragen, wie es weitergehen sollte oder könnte, wenn das fehlende Geld nicht über Steuererhöhungen beschafft werden kann, erhalten wir keinen Aufschluss. Das ist unbefriedigend. Die entsprechenden Informationen könnten aber immer noch nachgeliefert werden. Aus diesen Gründen beantragt die SVP-Fraktion die Überweisung der Motion.

Eugen Kiener: Es wird niemanden überraschen, dass die Fraktion SP/Junge SP für die Motion von Gert Winter wenig Verständnis hat und sie auch entsprechend ablehnt. Obschon das Budget der Stadt in den letzten Jahren schon mehrmals gestriegelt wurde, sollte es jetzt noch einmal massive Einsparungen geben, Einsparungen in der Höhe von mehr als 5 % des gesamten Budgets. Ich finde, die Kernaufgaben sind auch definiert. Manches, das in der Stadt gut war, ist bereits abgebaut worden. Vieles ist für die Einwohnerinnen und Einwohner teurer geworden. Das Parkieren, das Schwimmen, das Sterben. Jetzt sollten noch einmal massive Einschnitte gemacht werden. Der Motionär selber wird aber nicht deutlich. Er schreibt pauschal von überdimensionierten Kommunalaufgaben und einer ebensolchen Verwaltung. Wo er den Speck in der Verwaltung vermutet, verschweigt er. Er sagt auch nicht, welche Aufgaben er für überflüssig hält, ob das Stadttheater, das Schulfest oder die Tourismus-Förderung. Lieber übergibt er diese heisse Kartoffel dem Stadtrat. Ohne die Budgetdebatte vorziehen zu wollen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass die Oltnerinnen und Oltner eine Stadt wollen, die ihnen etwas bietet. Sie haben anfangs 2014 das Budget 2014 mit der ersten Steuererhöhung deutlich bewilligt, und sie haben vor Jahresfrist Betriebskostenbeiträge an die Sportpark AG und Subventionen für die Eissportvereine gutgeheissen. Die Leute wollen kein auf das Skelett abgemagertes Olten. Sie wissen, dass Leistungen etwas kosten. Die Fraktion SP/Junge SP lehnt die Motion ab.

Wolfgang von Arx, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ein Sparpaket 4 mit 8 Millionen Franken wäre sicher eine interessante Debatte. Wir hätten dann bestimmt beide Tage hier im Rat darüber beraten können. Heute müssen wir, wenn wir die Motion betrachten, die Zeitachse anschauen. Nach Motionstext ist vorgesehen, die 8 Millionen 2015 zu sparen. Für uns ist klar, wenn wir dieser Motion heute zustimmen werden oder würden, könnten wir heute Abend die Budgetdebatte eigentlich gleich beerdigen und beenden. Die Fraktion CVP/EVP/GLP möchte aber heute das Budget beraten und möglicherweise auch zu einem Abschluss bringen. Demzufolge ist für uns klar, dass wir, auch wenn die Debatte interessant wäre, die Motion heute ablehnen müssen.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Wenn die Dringlichkeit dieses Vorstosses anfangs dieses Jahres befürwortet worden wäre, hätte man eine sinnvolle Debatte machen können. Den Vorstoss jetzt als Motion kann man leider so nicht überweisen. Wenn aber Gert Winter, die SVP eine Umwandlung in ein Postulat beantragen würde, würden wir in diesem Sinne sicher zustimmen, weil es bei den angesprochenen Punkten wirklich einmal nötig wäre, eine ernsthafte gesamthafte Debatte zu machen. Was sind die Kernaufgaben? Was sind wünschbare Aufgaben? Was sind verzichtbare Aufgaben? Diese Debatte hat hier nie stattgefunden. Wenn der Stadtrat einfach sagt, er habe auf einen Vorstoss eine Excel-Tabelle zirkulieren lassen, ist dies keine Beantwortung eines Vorstosses, und es braucht

eine Debatte darüber. Wie diese Debatte herauskommt, kann man dann schauen, wie Eugen es sagt, wo die Prioritäten dann sind. Aber bis jetzt haben wir einfach einzelfallweise, nie mit dem Blick auf das Gesamte, entschieden. Die Personenunterführung ist im Prinzip, auch wenn es damit nicht direkt zu tun hat, genau das Gleiche. Wir entscheiden einzelfallweise. Wollen wir dort eine Personenunterführung? Wollen wir etwas Anderes? Es gibt nie eine gesamtheitliche Beurteilung. Dafür müssten Fakten auf dem Tisch liegen. Es müsste aufgezeigt werden, was es heissen würde, wenn man auf das gesetzliche Minimum heruntergehen würde. Was würde es heissen, wenn man das Maximum will? Welche Auswirkungen hat dies für die Projekte? Welche Auswirkungen hat dies für die Stadtentwicklung? Welche finanziellen Auswirkungen hat dies? Wenn man dies gesamthaft auf dem Tisch hat, kann man darüber reden und auch entsprechende Vorgaben, Leitanträge geben, die nachher ein Stadtrat als Exekutive im nächsten Budget berücksichtigen kann. So, wie der Motionstext jetzt formuliert ist und weil er erst als Motion zur Behandlung kommt, können wir dies für das Budget 2015 nicht mehr sinnvoll machen. Deshalb: Wenn Gert Winter mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden wäre, würden wir dies begrüßen, und sonst würden wir die Motion ablehnen.

Gert Winter: Im Hinblick auf den Zeitablauf bin ich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Thomas Rauch: Ich möchte nur kurz in Erinnerung rufen. Was Urs jetzt gesagt hat, ist eigentlich ein Thema, seit die Alpiq Verluste schreibt. Das kann jeder selber nachschauen, seit wann dies ist. Das ist das Gleiche, was in dieser Motion wieder verlangt wird, und ich glaube, das Parlament hat hier schon mehrfach gesagt, dass diese Debatte geführt werden sollte. Jetzt können wir schauen, wie viele Jahre seither verstrichen sind. Heute verlangt Urs eigentlich im Anschluss an das Postulat oder die Motion von Gert Winter wieder das Gleiche. Das ist einfach schon ein Punkt, den ich sehr relevant finde. Niemand weiss eigentlich, weshalb es so ist.

Gert Winter: Mir ginge es darum, dass der Stadtrat seine Führungsverantwortung bei den Streichungsobjekten übernimmt und sich einmal für etwas entscheidet. So, wie es jetzt läuft, wird es einfach im Laufe der Gemeinderatsdebatte zu einem Streichkonzert kommen, und die Resultate werden halt eher etwas zufälliger Natur sein.

Beschluss

Mit 26 : 21 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung/Urs Tanner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 34

Budget 2016/Genehmigung

Das Budget 2016 weist einen operativen Gewinn von 2'375'930 Franken und nach Abzug von ausserordentlichem Aufwand ein Jahresergebnis von 2'373'930 Franken aus. Massgebend zum operativen Gewinn beitragen werden Buchgewinne aus der geplanten Veräusserung von Liegenschaften im Umfang von 1'500'000 Franken.

Gegenüber dem Budget 2015 konnten beim Personal trotz Mehrkosten für die Rentenrefinanzierung des Lehrpersonals nochmals deutliche Einsparungen (-2'996'300 Franken/-7.1%) erbracht werden. Beim Sachaufwand beträgt die Reduktion 650'000 Franken (-4.1%) erbracht werden. Mit der Umstellung auf HRM2 wurde der Abschreibungsmodus von degressiver auf lineare Abschreibung umgestellt. Zudem kann die Stadt Olten von der Härtefallklausel profitieren und die Abschreibung des Verwaltungsvermögens anstelle von 10 Jahren auf 18 Jahre verlängern.

Beim Transferaufwand schlägt die zusätzliche Bruttobelastung des neuen Finanzausgleiches mit einer Veränderung von 3.654 Mio. Franken zu Buche.

Beim Fiskalertrag beantragt der Stadtrat eine Anpassung der Steuersätze für natürliche Personen auf 114% und jene bei den juristischen Personen (ohne Holding- und Domizilgesellschaften) auf 112%.

Bei den Entgelten betragen die Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2015 rund 580'000 Franken. Diese sind vor allem auf die genehmigte Anpassung der Gebühren für Parkkarten sowie die Erhöhung der Schulgelder der Musikschule zurückzuführen.

Die Investitionen wurden gegenüber dem Budget 2015 erneut deutlich gesenkt. Neu beträgt die Nettoinvestitionstranche 2016 8.53 Mio. Franken. Dies ist eine erneute Reduktion gegenüber dem Budget 2015 um rund 23%. Die Investitionen beschränken sich im Budget 2016 weitgehend nur noch auf die werterhaltenden Investitionen des steuerfinanzierten Haushalts, die vom Kanton im Rahmen des Strassengesetzes zu entrichtenden Investitionsbeiträge sowie Investitionen in den spezialfinanzierten Bereichen. Entwicklungsinvestitionen sind nur im Bereich von rund 1.39 Mio. Franken vorgesehen.

Ziel des Stadtrates ist es, die anstehenden Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Der operative Cashflow soll deshalb die Investitionen decken können. Nur so ist gewährleistet, dass die Stadt sich nicht weiter mit Fremdkapital eindecken muss und die bereits sehr hohe Pro-Kopf-Verschuldung nicht weiter ansteigen lässt. Der Stadtrat möchte künftigen Generationen keinen noch höheren Schuldenberg hinterlassen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2016, basierend auf den Budgetrichtlinien, dem Entlastungsprogramm sowie dem Finanz- und Investitionsplan mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Investitionen, welche aufgrund der Steuerausfälle nahezu vollständig fremdfinanziert werden mussten und den Schuldenberg ansteigen liessen, hat der Stadtrat beschlossen, im Jahr 2016 die Investitionen auf ein Minimum zu reduzieren und die Selbstfinanzierung auf mindestens 100% anzusetzen, damit diese Investitionen nicht durch weitere Kapitalaufnahmen finanziert werden müssen. Trotz weiteren Kürzungen sowohl im Sach- als auch im Personalaufwand sowie tieferen, systembedingten Abschreibungen wird sich der Steuersatz daher weiter Richtung kantonales Mittel bewegen müssen.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 97'722'770 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 100'096'700 Franken ergibt sich ein **Mehrertrag von 2'375'930 Franken**.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2016 betragen rund 8.53 Mio. Franken, wobei sich der Anteil für werterhaltende Investitionen auf rund 4.9 Mio. Franken beläuft. Die Beteiligung an Investitionen des Kantons beläuft sich auf rund 0.9 Mio. Franken, die Investitionen der spezialfinanzierten Bereiche (Abwasser, Abfall) der Feuerwehr auf rund 2.3 Mio. Franken. An Entwicklungsinvestitionen sind lediglich rund 1.39 Mio. Franken vorgesehen. Die generelle Kürzung beträgt 1 Mio. Franken.

Bei den Entwicklungsinvestitionen von 1.39 Mio. Franken sind folgende Investitionen vorgesehen:

- | | |
|----------------------------------------------|-----------------|
| - Planungsarbeiten Neuer Bahnhofplatz | 300'000 Franken |
| - Personenunterführung Hammer | 500'000 Franken |
| - Entwicklungsstrategie / Verkehrsmanagement | |
| Entwicklung Schützenmatte | 290'000 Franken |
| - Planung Sanierung / Neubau Kunstmuseum | 100'000 Franken |
| - Strassenerschliessungen | 205'000 Franken |

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 8.65% zeigt an, dass die Investitionstätigkeit in Olten zurzeit sehr schwach ist. Im Rechnungsjahr 2014 betrug sie noch 37.41%, was eine sehr hohe Investitionstätigkeit bedeutete. Im Jahr 2015 konnte sie mit 13.91% auf eine mittlere Investitionstätigkeit zurückgenommen werden.

2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt, dass mit dem vorgeschlagenen Budget der betriebliche Aufwand durch den betrieblichen Ertrag gedeckt werden kann. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen), die Verzinsung des Dotationskapitals SBO und einen Buchgewinn aus geplanten Liegenschaftsverkäufen von 1.5 Mio. Franken.

Gemeinde Total (in TCHF)		Budget 2016	Budget 2015	Rechnung 2014
30	Personalaufwand	38'920	41'916	43'909
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'125	15'775	13'201
33	Abschreibungen VV	5'970	10'220	11'701
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1'172	2	39
36	Transferaufwand	34'954	30'558	31'645
39	Interne Verrechnungen	7'962	8'429	9'087
	Total betrieblicher Aufwand	104'103	106'899	109'582
40	Fiskalertrag	71'233	67'727	67'663
41	Regalien und Konzessionen	1'820	1'848	1'815
42	Entgelte	14'274	13'695	13'573
43	Verschiedene Erträge	6	6	2
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	0	101	73
46	Transferertrag	8'306	5'754	5'940
49	Interne Verrechnungen	7'962	8'429	9'087
	Total betrieblicher Ertrag	103'602	97'560	98'153
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-501	-9'339	-11'429
34	Finanzaufwand	1'580	2'009	1'655
44	Finanzertrag	4'457	4'038	3'101
	Ergebnis aus Finanzierung	2'877	2'029	1'446
	Operatives Ergebnis	2'376	-7'310	-9'983
38	Ausserordentlicher Aufwand	2	2	0
48	Ausserordentlicher Ertrag	0	1'570	1'541
	Ausserordentliches Ergebnis	-2	1'568	1'541
	Jahresergebnis Erfolgsrechnung Gew. (+), Verl. (-)	2'374	-5'742	-8'443

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

3. Zielerreichung im Budget 2016

3.1. Budgetvorgabe Entlastungspaket / Personal- und Sachaufwand

Als Zielvorgabe für das Budget 2016 hat der Stadtrat die Vorgabe gemacht, die Sachausgaben auf dem Niveau der Jahresrechnung 2014 festzulegen. Zudem sollen die vom Parlament beschlossenen Kürzungen beim Personal und die Zusammenführung der Stadt- und Kantonspolizei umgesetzt werden.

Während der Umsetzungsphase des Budgets 2016 wurde jedoch schnell klar, dass der Stadtrat, möchte er keine „Verlotterungsstrategie“ fahren, den Unterhalt für die Infrastruktur auf ein vernünftiges Niveau festlegen muss. Bereits heute kann für die Gebäude der Stadt nicht mehr ein Unterhalt von üblicherweise 0.8% des Versicherungswertes aufgeworfen werden, sondern nur noch ein solcher von 0.3%.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können nur teilweise umgesetzt werden. So würde z.B. die Einhaltung des Grundsatzes bezüglich einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2'500 Franken bedeuten, dass zusätzliche Einnahmen von rund 45 Mio. Franken generiert werden müssen. Damit verbunden kann auch der Grundsatz der durchschnittlichen Verschuldung aller Solothurner Gemeinden nicht eingehalten werden.

Grundsatz zur **Verschuldung**:

- Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 2'500 nicht übersteigen:
Der Grundsatz kann zurzeit nicht eingehalten werden. Zur Einhaltung dieses Grundsatzes müsste die Verschuldung um rund 45 Mio. Franken gesenkt werden.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab:
Im Jahr 2013 lag der Durchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung bei den Solothurner Gemeinden bei 296 Franken. Mit einer prognostizierten Pro-Kopf-Verschuldung von gegen 5'000 Franken pro Kopf weist die Stadt Olten – nach Statistik 2013 – die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton aus.

Grundsätze zu den **Investitionen**

- Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für Werterhalt beträgt dauernd 100%:
Die Nettoinvestitionen des Werterhaltes (nach genereller Kürzung) betragen rund 4.406 Mio. Franken, der operative Casflow beträgt 8.044 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung der werterhaltenden Nettoinvestitionen ist mit einem Finanzierungsgrad von 182.6% gegeben.
- Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:
Der operative Cashflow von 8.044 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 8.53 Mio. Franken nicht ganz. Der Finanzierungsgrad beträgt 94.3%. Dank dem Verkauf von Liegenschaften im Finanzvermögen und einer Abnahme des kurzfristigen Fremdkapitals kann jedoch der Deckungsgrad für das Jahr 2016 auf 101.3% erhöht werden.

Grundsätze zu den **Steuern**

- Identischer Steuerfuss für juristische und natürliche Personen:
Der Grundsatz wird zurzeit, auch im Hinblick auf die anstehende Unternehmenssteuerreform III, welche voraussichtlich eine Senkung des Steuersatzes für juristische Personen zur Folge hat, nicht weiterverfolgt.
- Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:
Der durchschnittliche Steuersatz der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2015 bei 119.0%, der pro Einwohner gewichtete Steuersatz liegt bei 117.2%. Mit einem Steuersatz von 114% hat die Stadt Olten immer noch einen Satz, der sowohl unter dem Gemeindedurchschnitt als auch unter dem Pro-Kopf-Durchschnitt liegt.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Mit dem Budget 2016 wurde auf HRM2 umgestellt. Die ganze Rechnungslegung wird neu dargestellt. Zur Vergleichbarkeit mit dem Budget 2015 und der Rechnung 2014 (beide wurden unter HRM1 erstellt) wurden die Vorjahre ebenfalls in den neuen Kontenrahmen konvertiert. Sowohl Funktionen als Sacharten weichen in der Rechnung 2014 und im Budget 2015 von den publizierten Werten ab. Zur kompletten Nachvollziehbarkeit der Umstellung gibt die Verwaltung eine Excel-Datei ab.

HRM1 SACHART	R2014 /HRM1	Differenz	R2014 /HRM2	HRM2 SACHART
30 Personalaufwand	44'896	986	43'909	30 Personalaufwand
31 Sachaufwand	12'536	-665	13'201	31 Sachaufwand
32 Zinsaufwand	1'235	-420	1'655	34 Finanzaufwand
33 Abschreibungen	12'841	1'141	11'701	33 Abschreibungen
35/36 Entschäd. / Beiträge	31'504	-142	31'645	36 Transferaufwand
38 Einlage Spezfinanz.	39	0	39	35 Einlage Fonds/Spez.
	0	0	0	38 a.o. Aufwand
39 Interne Verrechnungen	10'331	1'244	9'087	39 Interne Verrechnungen
40 Fiskalertrag	-67'530	133	-67'663	40 Fiskalertrag
41 Regalien / Konzessionen	-111	1'703	-1'815	41 Regalien / Konzessionen
42 Vermögenserträge	-4'656	-1'556	-3'101	44 Finanzertrag
43 Entgelte	-14'273	-700	-13'573	42 Entgelte
	0	2	-2	43 verschiedene Erträge
45/46 Rückerstatt./Beiträge	-6'423	-483	-5'940	46 Transferertrag
48 Entn. Fonds/Spezfinanz.	-1'614	-1'541	-73	45 Ent. Fonds/Spezfin.
	0	1'541	-1'541	48 a.o. Ertrag
49 Interne Verrechnungen	-10'331	-1'244	-9'087	49 Interne Verrechnungen
Saldo (Verlust)	8'443	0	8'443	

Tabelle: Konversion 2-Stellige Sachart Rechnung 2014

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Die grössten Abweichungen betreffen folgende Funktionen / Sacharten:

:

Funktion	B2015	B2016	Differenz	Begründung
1110 Polizei	4'369	1'178	-3191	Teilauflösung der Stadtpolizei, Fusion mit der Kantonspolizei
ALLG Abschreibungen nach HRM	10'220	5'970	-4250	Abschreibungen nach HRM2
9300 Finanz- und Lastenausgleich	2'357	6'012	3'655	Höhere Bruttobelastung NFA

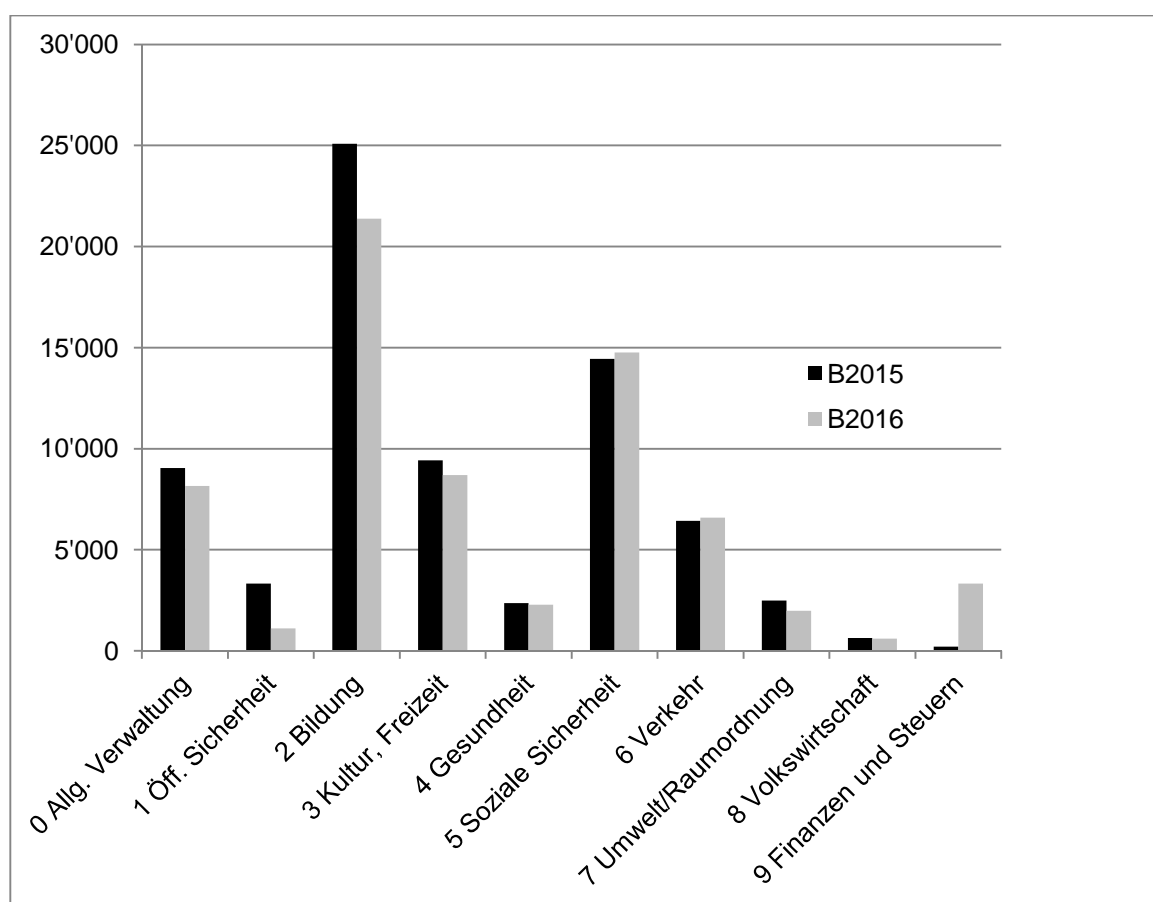
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Die grössten Abweichungen im Ertrag betreffen folgende Funktionen:

Funktion	B2015	B2016	Differenz	Begründung
1110 Polizei	1702	658	-1'044	Wegfall Kantonsbeitrag / Bussen
2xxx Schulen / NFA Schülerpauschalen	2'262	5'581	3'319	Erhöhung Schülerpauschale von 15% auf 38%.
9100 Allgemeine Steuern (NP/JP)	67'270	70'768	3'498	Steuersatz von 108% auf 114% (NP) /112 (JP) angehoben.

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2015/B2016 – in Tausend Franken

0 Allgemeine Verwaltung (B 2015: 9'042 B2016: 8'152 Differenz: -890)

Die Veränderungen im Bereich der allgemeinen Verwaltung können auf Verwaltungsliegenschaften Dornacherstrasse 1 und 5 zurückgeführt werden. Die Abschreibungen werden aufgrund der Restabschreibedauer von 18 Jahren um 448'000 Franken reduziert, gleichzeitig können mit der Vermietung eines weiteren Stockes an die Sozialregion und der Einmietung der Kantonspolizei Mehrerträge von 204'000 Franken generiert werden. Zusätzlich konnte beim Personal- und Sachaufwand für die Verwaltungsliegenschaften nochmals rund 60'000 Franken eingespart werden.

1 Öffentliche Sicherheit (B 2015: 3'329 B 2016:1'104 Differenz: -2'225)

Die Reduktion in der öffentlichen Sicherheit ist vor allem auf den Wegfall des grössten Teils der Stadtpolizei zurückzuführen. Die Nettoerhöhung bei der Polizei beträgt 2.1 Mio. Franken.

2 Bildung (B 2015: 25'091 B2016: 21'378 Differenz: -3'713)

Der Aufwand wurde gegenüber dem Budget 2015 um rund 542'000.00 Franken reduziert. Die Reduktion ist fast vollständig auf die Veränderung der Abschreibungen für Schulliegenschaften (-585'000 Franken) zurückzuführen. Beim Ertrag haben die Mehrerträge aus der Schülerpauschale des NFA mit zusätzlichen 3.6 Mio. Franken für die Abweichung gegenüber dem Budget 2015 gesorgt.

3 Kultur und Freizeit (B 2015: 9'425 B2016: 8'696 Differenz: -729)

Die Veränderung im Bereich Kultur/Freizeit ist zu rund 421'000 Franken auf die Reduktion der Abschreibungen zurückzuführen (Eissport, Freibad, Stadttheater).

4 Gesundheit (B 2015: 2'359 B2016: 2'283 Differenz: - 76)

Keine Bemerkungen

5 Soziale Wohlfahrt (B 2014: 14'441 B2015: 14'755 Differenz: +314)

Die leichte Saldoverbesserung setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- Beitragserhöhungen an die Ergänzungsleistungen AHV/IV (130'400 Franken)
- Höhere Leistungen an die gesetzliche Sozialhilfe (308'100 Franken)

6 Verkehr (B 2015: 6'426 B2016: 6'586 Differenz: +159)

- Kantonsstrassen: Wegfall a.o Ertrag aus Auflösung Vorfinanzierung ERO (+1'000'000 Franken)
- Öffentlicher Verkehr – Mehrkosten Erschliessung OSW (+ 296'200 Franken)
- Tiefere Abschreibungen (- 877'975 Franken)
- Anpassung Parkkarten (-240'000 Franken)

7 Umwelt und Raumordnung (B2015: 2'496 B2016 1'982 Differenz: -514)

- Raumordnung: Honorare / DL Dritter (-82'900 Franken)
- Raumordnung: Abschreibungen (-163'700 Franken)

8 Volkswirtschaft (B2015: 622 B2016: 577 Differenz: -45)

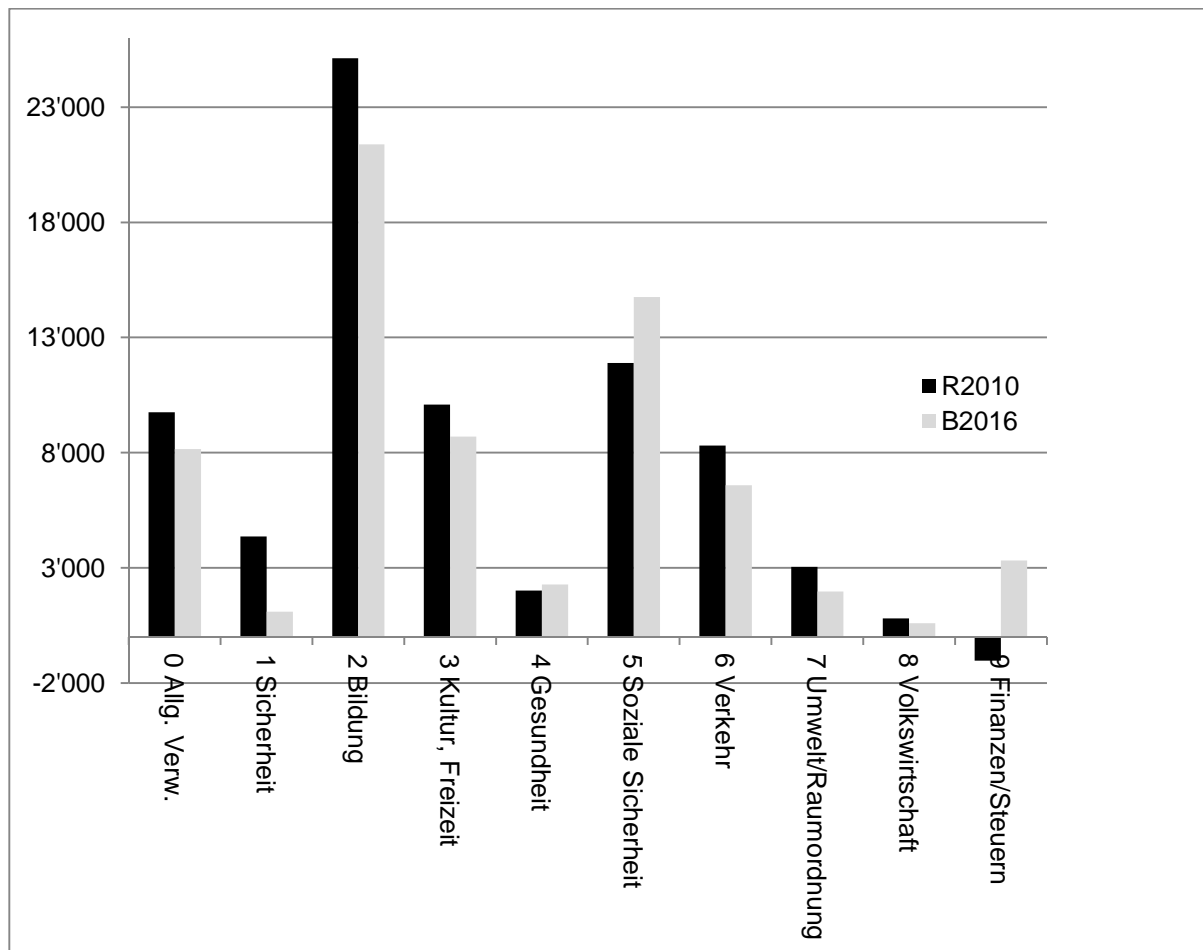
Keine Bemerkungen

9 Finanzen ohne Steuern Kostenart 40 (B2015: 215 B2016: 3'324 Differenz: +3'109)

- Finanzausgleich – Disparitäten- und Lastenausgleich (+3'654'700 Franken)
- Wertberichtigung Gebäude Finanzvermögen (-280'000 Franken)
- Zunahme Buchgewinn aus Verkauf von Liegenschaften (-320'000 Franken)

5.1 Ein Blick 6 Jahre zurück

Mit der Umstellung auf HRM2 wurden alle Rechnungswerte bis ins Jahr 2010 zurück ans neue System angepasst. Der bisherige 10-jährige Rückblick ist somit vorerst nicht mehr möglich.



Grafik: Entwicklung des Nettoaufwand pro Funktion vor Steuern

Ein Blick 6 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (ohne Steuern) senken konnten:

Funktion	R2010	B2016	Δ EFF	Δ %
0 Allg. Verwaltung	9'759	8'153	-1'606	-16.5%
1 öffentliche Sicherheit	4'366	1'105	-3'261	-74.7%
2 Bildung	25'119	21'378	-3'741	-14.9%
3 Kultur, Freizeit	10'082	8'696	-1'385	-13.7%
6 Verkehr	8'310	6'586	-1'724	-20.7%
7 Umwelt/Raumordnung	3'042	1'982	-1'061	-34.9%
8 Volkswirtschaft	811	599	-212	-26.2%

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

Funktion	R2010	B2016	Δ EFF	Δ %
4 Gesundheit	2'013	2'283	270	13.4%
5 Soziale Sicherheit	11'892	14'755	2'863	24.1%
9 Finanzen/Steuern	-1'030	3'324	4'354	422.5%

Tabelle: Abweichungen funktionale Gliederung 6 Jahre

Grosse Verschiebungen gab es aufgrund des neuen Finanzausgleiches. Während die Bruttobelastung aus dem Disparitätenausgleich und dem Lastenausgleich in der Funktion 9 zu einer Mehrbelastung führte, fand im Bereich Bildung durch die Einführung der Schülerpauschale eine Entlastung statt.

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten

(Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2015 konnten die Personalkosten erneut um 7.1% oder rund 3 Mio. Franken gesenkt werden. Vor allem der Wegfall von Teilen der Stadtpolizei macht sich bemerkbar. Die Kostensenkungen in diesem Bereich betragen rund 2.9 Mio. Franken. Mehrkosten gegenüber dem Budget 2015 finden sich vor allem bei der Refinanzierung der Überbrückungsrenten der Lehrkräfte, welche bei der kantonalen Pensionskasse angeschlossen sind. Der Mehraufwand diesbezüglich beläuft sich auf 273'000 Franken.

31 Sachaufwand

Der Sachaufwand konnte gegenüber dem Budget 2015 nochmals gesenkt werden. Die Reduktion von rund 649'000 Franken oder 4.1% kann zum grössten Teil folgenden Bereichen zugewiesen werden: Polizei: -236'000 Franken; Sekundarschule/Schulfest - 193'000 Franken; Freizeit (Kunstmuseum / Parkanlagen) -93'000 Franken; Projekte Stadtplanung -82'000 Franken und Friedhof -58'000 Franken.

33 Abschreibungen

Für die Abschreibungen gelten im Jahr 2016 erstmals die Richtlinien nach HRM2. Altinvestitionen bis Ende 2015 werden linear auf 18 Jahre abgeschrieben (Bereich Abwasser 11 Jahre). Neuinvestitionen ab 2016 werden nach Fertigstellung anlagespezifisch über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Es gelten dabei folgende Abschreibungssätze:

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungsmethode
		linear
• Grundstücke nicht überbaut Abweichung zu HRM2; überbaute Grundstücke werden über die Nutzungsdauer des Objektes abgeschrieben	40 Jahre	2.50 %
• Gebäude, Hochbauten	33 Jahre	3.03 %
• Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhof etc.)	40 Jahre	2.50 %
• Wald, Alpen und übrige Sachanlagen	40 Jahre	2.50 %
• Kanal- und Leitungsnetze, Gewässerverbauungen	50 Jahre	2.00 %
• Orts- und Regionalplanungen sowie übrige Planungen	10 Jahre	10.00 %
• Mobilien, Ausstattungen, Maschinen und allgemeine Motorfahrzeuge	8 Jahre	12.50 %
• Spezialfahrzeuge (Feuerwehr, Strassenreinigung etc.)	15 Jahre	6.67 %
• Informatik- und Kommunikationssysteme	4 Jahre	25.00 %
• Immaterielle Anlagen	5 Jahre	20.00 %
• Investitionsbeiträge	~	Nach Nutzungsdauer des finanzierten Objektes
• Anlagen im Bau	~	keine planmässige Abschreibung
• Darlehen	~	keine planmässige Abschreibung
• Beteiligungen, Grundkapitalien	~	keine planmässige Abschreibung

Tabelle: Abschreibungssätze

34 Finanzaufwand

Im Finanzaufwand finden sich sowohl die Kapitalkosten als auch die Unterhaltskosten für die Liegenschaften des Finanzvermögens. Die Zinskosten belaufen sich im Budget 2016 auf 1.32 Mio. Franken und sind 170'000 Franken tiefer als im Vorjahr. Dies aufgrund der geplanten tieferen Refinanzierungskosten.

Beim Aufwand für Liegenschaften des Finanzvermögens fallen im Jahr 2016 die automatisierten Abschreibungen weg. Im Budget 2015 waren dafür noch 280'000 Franken eingestellt.

Neu werden die Liegenschaften des Finanzvermögens einer periodischen Bewertung unterzogen. Mögliche Wertminderungen werden danzumal berücksichtigt.

35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter HRM1 wurde nach Möglichkeit bei den Spezialfinanzierungen von Sofortabschreibungen oder zusätzlichen Abschreibungen Gebrauch gemacht. Neu unterliegen diese Spezialfinanzierungen ebenfalls den unter den Abschreibungen erwähnten Nutzdauern. Überschüsse werden dem Eigenkapital der jeweiligen Spezialfinanzierung gutgeschrieben.

36 Transferaufwand

Neu werden die Entschädigungen und die Beiträge unter dem Titel Transferaufwand zusammengeführt. Folgendes sind die grössten Positionen:

	B2016	B2015	Abweichung
Standortbeiträge FHNW	295	310	-15
Wirtschafts- / Tourismusförderung	330	330	0
Kinderkrippen / Kinderhorte	630	630	0
Spitex	837	937	-100
Steuerveranlagungskosten	850	820	30
Theater / Kultur	865	868	-3
Pflegekostenfinanzierung	986	954	31
Sonderschulen / Tagesbetreuung	1'136	1'076	60
Kinderspielplätze/Sport/Hallenbad/Vereine	1'244	1'382	-138
Schulgelder	1'840	1'820	20
Betriebskostenanteil Kläranlage	1'848	1'629	220
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'453	2'173	281
Restkosten Soziales	3'064	3'181	-117
Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistung	4'294	4'164	130
Finanz- und Lastenausgleich	6'012	2'357	3'655
Gesetzliche Sozialhilfe	7'058	6'750	308
Restbeiträge	1'211	1'177	34

Tabelle: Transferaufwand

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Für das Budget 2016 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2012 und 2013 abgestellt. Auf die Veranlagungen des Jahres 2014 konnte aufgrund des geringen Veranlagungsstandes nicht abgestellt werden. Bei den juristischen Personen wurden die Veranlagungsstände 2012 und 2013 für die Festlegung des Steuerertrages berücksichtigt.

Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 6.8.2015

	2012	2013	2016
Veranlagt	39.61	40.08	49.08 *
Personalsteuer	0.11	0.11	0.68
Anteil im Vorbezug	0.15	0.35	
Total	39.87	40.54	49.77 / <u>49.27</u>
Steuersatz	95%	95%	114%
Pausch. Steueranrechnung Kt.			0.62
Korrekturfaktoren			-0.50

In Mio.

*Hochgerechnet Veranlagungsstände 2012/2013 auf 114%, mit 1.5% BIP-Steigerung und 0.5% Bevölkerungswachstum seit den Jahren 2012 und 2013, mit einem Sicherheitsabzug von 0.5 Mio. Franken.

Juristische Personen / Veranlagungsstände per 6.8.2015

	2012	2013	2016
Veranlagt / JP	16.25	17.35	19.93*
Vorbezug JP	0.06	0.15	
Holdingssteuer	0.34	0.38	0.36
Holdingssteuer Vorbezug	0.00	0.00	
Total	16.66	17.88	20.29 / <u>17.79</u>
Steuersatz JP	95%	95%	112%
Steuersatz Holding	50%	50%	50%
Korrekturfaktoren			-2.50

In Mio.

* Hochgerechnet Veranlagungsstände 2012/2013 auf 112%, ohne BIP-Steigerung. Aufgrund der zurzeit schwierigen Konjunkturlage, welche sich voraussichtlich auch im Jahr 2016 nicht wesentlich bessern dürfte, wurde ein Sicherheitsabzug von 2.5 Mio. Franken (rund 12%) eingebaut.

41 Konzessionen

Folgendes sind die grössten Positionen bei den Konzessionserträgen von 1.82 Mio. Franken:

• Konzessionserträge SBO (Energie, Gas etc)	1'580'000
• Plakatgebühren	40'000
• Taxikonzessionen	29'000
• Konzessionen für Kilbibuden/Schausteller	119'000
• Diverse	52'000

42 Entgelte

Gegenüber dem Budget 2015 betragen die Mehrerlöse 578'800 Franken.

Die grössten Veränderungen ergaben sich bei folgenden Positionen:

- Schulgelder Musikschulen 137'000
- Parkkarten 240'000

43 verschiedene Erträge

Keine Bemerkungen

44 Finanzertrag

Die Steigerung der Finanzerträge um 419'400 Franken ist auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Mieterträge Verwaltungsliegenschaften 194'200
- Buchgewinne aus Verkauf Liegenschaften 320'000

46 Transfererträge

Die grössten Veränderungen bei den Transfererträgen ergeben sich aus der Schülerpauschale, welche ein Teil des neuen Finanzausgleichs ist. Durch die Fusion von Teilen der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei fällt der Kantonsbeitrag an die Stadt weg.

- Schülerpauschale + 3'306'800
- Kantonsbeitrag an die Stadtpolizei -948'800

48 ausserordentliche Erträge

Im Budget 2015 waren noch Auflösungen aus Vorfinanzierungen im Umfang von 1.5 Mio. Franken eingestellt. Im Budget 2016 sind keine Auflösungen mehr vorgesehen.

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

7201 Abwasserentsorgung

Mit der Umstellung auf HRM2 wurden die Abschreibungen neu geregelt. Per 2016 müssen erstmals 9 Franken pro Einwohner für den Fonds Mikroverunreinigung bezahlt werden. Der Ertragsüberschuss / Einlage in den Fonds Spezialfinanzierung beträgt 1'102'150 Franken. Die im Bereich Abwasser vorgesehenen Investitionen können zu 88.83% selbst finanziert werden.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall erwirtschaftet einen Überschuss von 70'340 Franken. Die Investitionen betragen 333'000 Franken. Diese können zu 42.64% selbst finanziert werden.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2016 – 2022. Das vorliegende Investitionsbudget 2016 basiert auf diesem Investitionsplan. Mit Nettoinvestitionen von 8.53 Mio. Franken ist das Investitionsbudget sehr moderat gehalten. Ein Investitionsanteil (Bruttoinvestitionen in % des konsolidierten Gesamtaufwandes) von 8.65% gilt als schwache Investitionstätigkeit. Aufgrund der in den vergangenen Jahren sehr hohen Investitionstätigkeit ist in den kommenden Jahren wieder vermehrt auf ein schlankes Investitionsbudget zu achten.

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2016 von über Fr. 200'000 sind im Voranschlag enthalten:

• Neuer Bahnhofplatz (6150.5010.001)	300 TCHF
• Personenunterführung Hammer (6150.5010.013)	500 TCHF
• Div. Strassenerschliessungen	205 TCHF
• Neu- und Umbau Haus der Museen	1'500 TCHF

Mit dem vorgesehenen Budget können alle Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

9. Kennzahlen

Im Anhang zum Budget 2016 sind neu drei Seiten mit Finanzkennzahlen angehängt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich 2 Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Überschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2016 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2014 ausgewiesen wird. Er beträgt rund 142%. Für das Jahr 2016 ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen vorgesehen. Sollte der Jahresabschluss 2015 dem Budget 2016 entsprechen, so wird jedoch bereits für das Jahr 2017 mit einer entsprechenden Einschränkung zu rechnen sein.

10. Zusammenfassung

Aufgrund der bereits sehr hohen Verschuldung ist es das primäre Ziel des Stadtrates, die Verschuldung nicht mehr ansteigen zu lassen und diese nicht zusätzlich an künftige Generationen zu übertragen. Die aus der Erfolgsrechnung zu erwirtschaftenden Geldmittel sollen somit die geplanten Investitionen vollständig finanzieren können.

Zur Erfüllung dieser Zielsetzung hat der Stadtrat im Budget 2016 Sach- und Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um rund 3.65 Mio. Franken gesenkt. Gleichzeitig hat er aber auch die Steuereinnahmen durch Anpassung der Steuersätze für natürliche und juristische Personen um 3.5 Mio. Franken erhöht. Bei den Investitionen setzt der Stadtrat vor allem auf Investitionen in den Werterhalt. Bei den Entwicklungsprojekten will er in den

kommenden Jahren mit den Projekten „Personenunterführung Hammer“ sowie „Neuer Bahnhofplatz“ Akzente setzen.

Mit den vorgenommenen Einsparungen und der nahezu gleichen Erhöhung der Steuererträge hat der Stadtrat der vielfach aus Parlament geforderten Parität von Einsparungen und Steuererhöhungen Rechnung getragen.

Beschlussesantrag

2. Beschluss und Antrag

Der Stadtrat beantragt, das Budget 2016 wie folgt zu genehmigen:

1) Erfolgsrechnung		Gesamtaufwand	Fr. 105'685'170.00
		Gesamtertrag	Fr. 108'059'100.00
		Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. 2'373'930.00
2) Investitionsrechnung		Ausgaben	
		Verwaltungsvermögen	Fr. 8'530'000.00
		Einnahmen	
		Verwaltungsvermögen	Fr. -
		Nettoinvestitionen	Fr. 8'530'000.00
3) Spezialfinanzierungen	Abwasserbeseitigung	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. 1'102'150.00
	Abfallbeseitigung	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. 70'340.00

4) Die Teuerungszulage ist für das städtische Personal auf 0% festzulegen (haupt- und/oder nebenamtliches Personal).

5) Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen:	Natürliche Personen	114%	der einfachen Staatssteuer
	Juristische Personen	112%	der einfachen Staatssteuer
	Personalsteuer	50 Franken	
	Hundesteuern	170 Franken	(inkl. Kant. Abgabe)
6) Die Feuerwehersatzabgabe ist wie folgt festzulegen:	(Min. Fr. 20.-/ Max. Fr. 400.-)	9%	der einfachen Staatssteuer

7) Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 40'522'100 wird genehmigt.

8) Das Budget der regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 535'900 wird genehmigt.

9) Das Budget des regionalen Führungsstabes (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 47'100 wird genehmigt.

10) Der Stadtrat wird ermächtigt, allfällige Finanzfehlbeträge durch die Aufnahme von max. 3 Mio. Franken Fremdmittel / Darlehen zu decken.

11) Die Beschlüsse Ziff. 1 bis 10 unterstehen dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Es liegt ein Rückweisungsantrag der SVP vor.

Gert Winter: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dem Stadtrat mit den bisherigen Erhöhungen des Steuerfusses auf 108 % ausreichend Zeit eingeräumt wurde, um Einnahmen, Ausgaben und Investitionen wieder in ein neues Gleichgewicht zu bringen. Wir lehnen deshalb weitere Steuererhöhungen kategorisch ab. Der vorliegende Budgetentwurf 2016 mag ja ausserordentlich gut dokumentiert sein. Das ändert aber nichts daran, dass uns diese Version des Budgets einfach zu teuer ist. Was bedeutet dies? Es müssen weitere Einsparungen erzielt werden, um Raum für künftige Investitionen zu schaffen. Unserer Meinung nach ist in erster Linie der Stadtrat dazu prädestiniert, die notwendigen Kürzungen vorzuschlagen, ohne dabei das Gesamtinteresse aus den Augen zu verlieren. Wesentlich sind uns drei Aspekte. Erstens: Das neu vorgelegte Budget muss nach unserem Dafürhalten bei unverändertem Steuerfuss schwarze Zahlen, zumindest eine schwarze Null, aufweisen. Zweitens: Mit der Rückweisung soll eine Reduktion der vorgesehenen Ausgaben auf den Weg gebracht werden, mit dem Ziel, dass das Budget auch ohne Steuererhöhungen ausgeglichen ist. Drittens: Die Schulden sollen nicht weiter ansteigen, wie dies auch der Stadtrat anstrebt. Einem neu vorgelegten Budgetentwurf mit unveränderten Steuersätzen, ähnlich dem Investitionsvolumen und ohne weiteren Schuldenanstieg als aktuell vorgesehen könnten wir ohne Weiteres zustimmen. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb die Rückweisung des Budgets.

Urs Knapp: Die FdP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, wir müssen, wir sollten heute über das Budget diskutieren. Das heisst aber nicht, dass wir, wenn wir die Rückweisung ablehnen, auch dem Budget zustimmen werden, sondern wir werden es, wie die anderen Fraktionen, wie die anderen Parteien hier machen, vor der Schlussabstimmung prüfen, ob uns das Budget, das dann vorliegen wird, nach getaner Debatte, nach allen Abstimmungen über Einzelanträge und andere Anträge, entspricht. Dann hat man auch die Möglichkeit, ja oder nein zu sagen. Wir möchten die Debatte führen und entsprechend empfehlen wir auch, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Dr. Rudolf Moor: Es wird nicht überraschen, dass die Fraktion Junge SP/SP ein so gutes Budget bestimmt nicht zurückweisen wird.

Michael Neuenschwander: Die Grünen sind auch gegen die Rückweisung dieses Budgets, weil wir ja schliesslich heute hier sind, um über dieses Budget zu beraten und möglichst auch eines zu beschliessen, damit wir nicht in das Gleiche wie vor zwei Jahren, dass man nachher eigentlich wie nach amerikanischem Vorbild in den ersten Monaten des Jahres einen Shutdown haben. Wir haben etwas den Verdacht, dass dies einige hier vielleicht noch lustig finden würden. Aber hinter diesem Ausgabenstopp sind auch immer Leute. Es sind immer Menschen. Ich weiss zum Beispiel gerade von Schülern, die vielleicht den Schneespottag wieder nicht machen könnten. Nehmen wir doch diese Verantwortung wahr und reden heute über dieses Budget! Wir sind gegen die Rückweisung.

Beschluss

Mit 40 : 8 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt.

Matthias Borner: In der GPK ist dieses Geschäft sehr seriös bearbeitet worden. Wir haben hier auch von Urs Tanner sehr wertvolles Material erhalten. Hier muss man ihm einmal ein Kränzchen winden. Er hat sämtliche Budgetposten immer auf HRM1 und HRM2 aufgeschlüsselt. Das heisst, man konnte zum Beispiel schauen, wie im neuen Budget ein gewisser Budgetposten im HRM1 geheissen hat. Man kann auch das Umgekehrte schauen. Da ist wirklich eine Superarbeit für uns geleistet worden, die uns die Arbeit für die Diskussion sehr erleichtert hat. Merci dafür. Anträge sind diskutiert und Fragen dazu sind gestellt worden. Die Fragen konnten alle beantwortet werden, entweder direkt, per Mail oder auch am Freitag in der Sitzung. Neben Fragen zur Sozialregion hat es auch im Bereich Bildung diverse Fragen gegeben, zur Teamweiterbildung, zu Dolmetscherdiensten und zum Support des neuen Schulleiters. Ein weiteres Thema war noch das Provi 8, wo auch mehr Material nachgeliefert wurde. Natürlich hat sich die GPK auch intensiv mit den Steuerfüssen befasst. Es hat doch einstimmig Einigkeit geherrscht. Man wollte die finanziellen Grundsätze, die der Stadtrat hier einmal definiert hat, beibehalten, und sämtliche Anträge haben gleiche Steuerfüsse für juristische und private Personen vorgesehen. Es hat dabei mehrere Anträge und dann Abstimmungen gegeben. Ich möchte noch etwas zu den einzelnen Anträgen sagen. Es hat einen Antrag zu den zusätzlichen Kosten zum Betrieb des Hallenbads gegeben, und es hat noch Einzelabstimmungen zum Beschlussesantrag gegeben. Bei den Anträgen der Steuersätze hat der Vorschlag zum Steuerfuss 114/114 obsiegt wie auch die Erhöhung für den Beitrag des Hallenbads. Es hat nachher konsequenterweise auch ein Ja zur angepassten Erfolgsrechnung und auch ein Ja zu den weiteren Beschlussesanträgen gegeben. Am Schluss hat die GPK aber zum Gesamtbeschlussesantrag nein gestimmt, das heisst abgelehnt. Was heisst das konkret? Die GPK macht keinen Antrag. Auch die Einzelanträge, die ich jetzt erwähnt habe, sind nicht von der GPK beantragt worden.

Michael Neuenschwander: Für die grüne Fraktion sind Budgetdebatten in der Stadt Olten seit drei Jahren eine eher unerfreuliche Sache. Die fast 30 Alpiq-Millionen sind weg, und seither sind bei uns heftige Verteilungskämpfe im Gange. Es war ja zu befürchten, dass für uns wichtige Anliegen wie die Fachstelle Umwelt oder Stadtentwicklung mittlerweile verschwunden sind. Institutionen wie das Cultibo bluten finanziell aus. Die Investitionen – wir haben vorher beim Finanzplan schon darüber geredet – sind bis zur Schmerzgrenze heruntergefahren, bei den werterhaltenden Massnahmen sogar darunter. Was ist mit dem neuen Schulhaus auf der linken Aareseite? Was ist mit der Verbindung der Stadtseiten, mit ANDAARE, all die Sachen, die im Moment kein Thema mehr sind? Damit wir uns richtig verstehen: Jeder Steuerfranken, jede Einnahme muss zuerst generiert, verdient werden. Das ist uns genau so ein Kernanliegen wie den Anderen im Saal auch, dass man damit haushälterisch umgeht. Nur dann ist es möglich, eine lebens- und auch eine lebenswerte Stadt zu schaffen und zu erhalten, welche die Bedürfnisse unserer vielfältigen Einwohnerschaft spiegeln. Auch wir hören immer, es habe ja noch Fett, es habe ja noch etwas Speck zum Abschneiden. Wenn man dann aber im Detail etwas darüber spricht, kommt nämlich relativ schnell heraus, dass der Speck meistens dort verortet wird, wo keine eigenen Interessen spielen. Es kann ja sein, dass dem Hallenbadschwimmer die Museen überflüssig scheinen, dass der (kinderlosen) Autofahrerin der Veloweg, dem Pendler der Stadtpark egal ist. Aber unsere Aufgabe, auch hier im Stadtparlament, ist sicher, den Blick für das Ganze zu bewahren und auch die Bedürfnisse der Anderen zu respektieren. Was jetzt vor uns liegt, ist ein stark reduziertes Budget, das uns Grünen eigentlich keine Freude macht, das wir aber doch unterstützen, auch mit dem Blick auf die Mehrheitsverhältnisse in diesem Saal. In diesem Jahr ist die Budgetdebatte noch etwas anspruchsvoller, weil ja dieser Wechsel auf HRM2 stattfindet. Trotz einer sicher etwas realistischeren und genaueren Sicht auf die Finanzen der Stadt gibt es dann hier noch etwas Spielraum, was die Vermögensbewertung anbelangt. Hier möchten wir dann in Zukunft auch immer noch etwas genau hinschauen, weil man, wie wir bei der Debatte über HRM2 erfahren haben, mit einer forcierten Umteilung der Werte Richtung Finanzvermögen die Rechnung ja noch etwas schönen könnte. Die GPK hatte ja dem Budget 2016 sachlich eigentlich zugestimmt. Nur bei der Schlussabstimmung ist das Geschäft durchgefallen. Warum? Wie immer war natürlich der Steuerfuss der Stein des Anstosses. Nur sollte vielleicht jetzt der Rat Reife zeigen und eine mittelfristige Handlungsfähigkeit garantieren, das heisst eine minimale Investitionstätigkeit. Ich verweise hier auch noch einmal auf den Nettoverschuldungs-

quotienten. Diese Investitionstätigkeit ist nur möglich, wenn wir jetzt den Steuerfuss eben auf die 114 % erhöhen, weil wir gehört haben, dass wir bei 108 % je nach Rechnung schon 2018 zirka 3,3 Millionen weniger zu investieren und dies bei einer jetzt schon sehr geringen Investitionstätigkeit. 114 % ist auch für juristische Personen sinnvoll. Die 2 %, die sie gegenüber dem Antrag des Stadtrates mehr zahlen würden, generieren rund Fr. 320'000.— Mehreinnahmen. Was man mit diesen anrichten kann, beispielsweise im Unterhalt der Infrastruktur. Wir haben nachher noch irgendwann ein Votum bezüglich Hochwasserschutz Mühletalbach, der auch gerade etwa in dieser Grössenordnung wäre. Die Industrie und Unternehmen in der Stadt Olten profitieren genau so von einem funktionierenden Gemeinwesen und von einer gut ausgebauten Infrastruktur. In diesem Sinne stelle ich jetzt hier gleich den Antrag, damit wir nachher auch über den Steuerfuss 114/114 für natürliche und juristische Personen abstimmen können. Am Schluss noch etwas zur Verschuldung. Wir sollten diese jetzt tatsächlich nicht noch fahrlässig weiter erhöhen, wenn wir weniger Steuereinnahmen generieren würden. Wir sind ja jetzt schon – ich habe gemeint bei knapp 100 – aber es sind offenbar schon 114 Millionen. Das heisst, wir wären nach meiner Rechnung schon über Fr. 5'000.— pro Einwohner verschuldet. Das spielt jetzt mit der neuen Rechnung nicht mehr so eine Rolle. Aber die Schuldzinsen sind da. Irgendeinmal muss man diese Schulden sogar zurückzahlen. Die Schuldzinsen können jederzeit auch wieder steigen und werden unsere Rechnung so belasten. Die grüne Fraktion stimmt dem Budget 2016 mit dem einheitlichen Steuerfuss von 114 % zu, und wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr mitmachen würdet.

Dr. Christoph Fink: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist sehr befriedigt, dass dieses Budget deutlich besser als die zwei vorangehenden aussieht. Das ist auf die Bemühungen des Parlamentes und auch des Stadtrates zurückzuführen. Wir danken. Wir verdanken die Arbeit des Stadtrates und der Finanzdirektion und danken auch speziell Urs Tanner für die Unterstützung, die er uns bei der Beratung des Budgets gegeben hat. Wir denken, dass in der Stadt Olten noch viele Einsparmöglichkeiten vorhanden sind. Aber es ist für uns schwierig, genau zu sagen, wo man etwas machen kann, weil uns einfach das Fachwissen fehlt und wir Aussenstehende sind. Wir beantragen, beim Steuerfuss grossmehrheitlich einen Steuerfuss von 108 % für juristische und natürliche Personen. Wir denken, dass ein gewisser Marschhalt angebracht ist, nachdem die Steuern eben zwei Jahre hintereinander erhöht wurden und die Privaten ihr verfügbares Einkommen verkleinern mussten. Wir erwarten, dass der Stadtrat nach weiteren Einsparungen sucht, damit die laufende Rechnung mindestens ausgeglichen abschliesst. Wir denken hier insbesondere auch an eine anstehende Verwaltungsreform, die nach der Revision der Gemeindeordnung noch folgen soll. Besten Dank.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Zuerst darf ich einmal sagen, dass das Budget 2015 deutlich besser aussieht als 2014 und 2013. Hier haben verschiedene Punkte daran mitgearbeitet. Zuerst einmal haben die Steuerzahler mitgearbeitet. Sie haben mehr Steuern bezahlt. Die Einwohner haben mehr Gebühren bezahlt. Der Stadtrat hat Sparvorschläge gemacht, denen das Parlament doch zwischendurch auch gefolgt ist. Wir haben auch eine andere Abschreibungspraxis machen. Von daher sind wir heute wieder deutlich besser als vor zwei Jahren. In der Gesamtbetrachtung ist dieses Budget für uns aber so, wie es jetzt vom Stadtrat vorliegt und wie es von der GPK abgelehnt wurde – das ist unsere Information aus der GPK. Man hat nicht zugestimmt, also ist es abgelehnt – nicht akzeptabel. Ich habe in letzter Zeit viele verschiedene Briefe oder Mails erhalten. Gestern Abend habe ich ein Mail von einem Unternehmen aus der Stadt oder Region Olten erhalten, das einige Arbeitsplätze hier in Olten hat. Ich möchte Euch zwei, drei Sätze daraus zitieren, ohne dass ich den Namen sage, wofür ich um Verständnis bitte. „Sehr geehrter Herr Knapp, der Steuersatz ist für die ansässige Wirtschaft sehr wohl ein wichtiger Faktor, fehlt doch das Geld, das dem Staat abgeliefert werden muss, für wichtige Investitionen. Die Rahmenbedingungen sollten nicht kontinuierlich verschlechtert werden. Seitens natürlicher Personen, die wesentlich zum Steueraufkommen beitragen, gilt: Natürlich gibt es auch andere Gründe als Steuern, um sich in Olten niederzulassen oder zu bleiben. Aber gerade weil Olten nicht beliebig mit anderen Werten plotzen kann, gilt es, das bereits gut gefüllte Fass nicht zum Überlaufen zu bringen“. Das Budget in der Gesamtbetrachtung wird, wenn es so durchkommen würde, wie es der

Stadtrat beantragt, in Olten Arbeitsplätze kosten, direkt und indirekt. Es gibt auch in Olten verschiedenste Unternehmen, die grosse Probleme haben. Das kann eben so der berühmte Tropfen auf den heissen Stein sein, dass man etwas anderes macht. Indirekt werden auch Arbeitsplätze bedroht, weil, wenn die Stadt mehr einnimmt, fehlt das Geld auch für Anderes, zum Beispiel für Konsum. Der Vorredner Daniel Probst hat ja gesagt, und der Stadtrat hat es auch geschrieben: Eine Stütze der Konjunktur, auch in Olten, ist die Kaufkraft. Wenn man sie schmälert, leidet man darunter. Man muss nicht alles auf die Steuern beziehen. Aber es ist ein wichtiger Punkt. Ich glaube, auch wenn man jetzt die Steuern auf 108 belässt, so wie es auch die CVP erfreulicherweise gesagt hat, wie wir auch schon beantragt haben, heisst dies nicht, dass die Welt nachher völlig rot wird. Es gibt verschiedene Aspekte, die man berücksichtigen kann. Einer ist, dass die Rechnung 2015 – ich sage einmal wahrscheinlich – besser als budgetiert abschliessen. Herr Tanner und Herr Savoldelli werden dem so natürlich nicht zustimmen. Aber es gibt Anzeichen, dass es mindestens besser bis deutlich besser wird. In der Steuerberechnung, die der Stadtrat für den Antrag 112/114 gemacht hat, ist noch Luft drin. Der Stadtrat hat nämlich selber gesagt, bei juristischen Personen rechne man, dass 2,5 Millionen nicht kommen werden, und bei natürlichen 0,5 Millionen. Der Stadtrat denkt eigentlich schon selber: Wenn wir diese Steuern erhöhen, gibt es noch stärkere Ausfälle. Ein weiterer Punkt: Weitere Einsparungen sind möglich. Wir haben dies mit ein paar Anträgen aufgezeigt. Auch das sind wieder punktuelle Anträge. Es ist an sich nicht eine ideale Version, wenn man einfach hier und dort etwas Anträge macht. Wir hatten leider keine andere Möglichkeit. Ich bin guter Hoffnung, dass wir im nächsten Jahr, bei der nächsten Steuerdebatte nach einer Diskussion über das Postulat von Kollega Winter bessere Entscheidungsgrundlagen haben werden, wo wir auch sehen werden, wo man eingreifen kann und soll und wo man vielleicht auch nicht eingreifen soll. Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, in die Debatte für eine Gesamtbetrachtung, die für die Stadtentwicklung ist, zu gehen, den Anträgen, die wir eingereicht haben, zuzustimmen und auch nachher, wenn dies richtig herauskommt, in der Schlussabstimmung dem Budget zuzustimmen. Besten Dank.

Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP: Wie es Ruedi schon angetönt hat, erachten dies als ein gutes Budget. Wir haben es mit Wohlwollen entgegengenommen und geprüft. Wir haben an der Fraktionssitzung auch eine sehr kompetente und informative Orientierung von Urs Tanner geniessen dürfen. An dieser Stelle noch einmal besten Dank, auch der Verwaltung, die daran beteiligt war, die ganzen Dokumente und die ganze Vorlage auszuarbeiten. Wir erachten es unter den gegebenen Umständen als ein gutes Budget. Es gibt viel drin, das uns eigentlich auch fehlt oder für uns zu knapp ausfällt. Wir haben es bei den Investitionen schon gesagt. Es fehlen einige Projekte, die aus unserer Sicht eigentlich dringend und nötig wären, die nicht berücksichtigt werden konnten. Der Werterhalt ist minimal. Ich weiss nicht, wie lange es möglich ist, auf diesem minimalen Satz zu fahren. Das ist bis jetzt nicht gross thematisiert worden. Aber das wird uns irgendeinmal einholen. Trotzdem: In Anbetracht der momentanen Situation, auch von der politischen Situation, erachten wir es als das, was gut und gangbar ist. Der Stadtrat, und hier haben wir einfach eine andere Ansicht oder irgendein anderes Vertrauen in den Stadtrat als die bürgerlichen Fraktionen. Wir nehmen ihm ab, dass er sorgfältig geprüft hat, was nötig ist, was aus seiner Sicht wünschbar ist und gemacht werden muss und was es nicht mehr braucht. Dementsprechend hatten wir in den vergangenen Jahren schon diverse Massnahmen, wo schon substanziell abgebaut und gespart wurde. Wir denken einfach, mit dem, was wir jetzt auf dem Tisch haben, können wir noch fahren. Wir sind nicht unbedingt mit allem glücklich. Aber damit können wir fahren. Noch weiter abzubauen, lehnen wir entschieden ab. Ich muss auch Urs respektive dem Mail-Schreiber widersprechen. Olten hat mehr zu bieten als einen tiefen Steuerfuss. Es gibt vieles, was Olten attraktiv macht, und ich glaube nicht, dass die Leute wegen des Steuerfusses hierher kommen. Ob sie wegen des Steuerfusses wegziehen, kann ich nicht beantworten. Im Gegenteil: Wir haben andere Sachen zu bieten, und dort müssen wir aufpassen, dass dies jetzt nicht unter diesen Massnahmen, die möglicherweise noch kommen sollten, leidet. Wir müssen attraktiver bleiben. Wir müssen eine lebendige Stadt bleiben. Wir sollten nicht zu einer Schlafstadt mit einem möglichst tiefen Steuerfuss werden. Das ist für uns kein gangbarer Weg, und das wollen wir nicht. Das lehnen wir entschieden ab. Wir haben es schon thematisiert. Wenn wir jetzt bei diesen 108 bleiben sollten, werden wir den Handlungsspielraum aus finanzieller Sicht massiv einschränken. Natürlich können

wir dann noch Finanzverwaltungsvermögen hin- und herschieben. Aber es ändert am Grundsatz nichts, dass wir einfach knapp durch müssen, dass es nur noch für das Nötigste und vielleicht nicht einmal dafür reichen wird. Das erachten wir nicht als verantwortbar. Wir müssen dann nicht mehr über ein Schulhaus diskutieren. Wir müssen aber auch nicht über den Aareraum diskutieren, über ein Museum schon gar nicht. Eine Badi wird wahrscheinlich nicht saniert werden können. Das liegt einfach nicht mehr drin. Ich finde, man muss dies einfach klar benennen und klar dazu stehen. Wenn man dies will, okay, aber wir wollen das nicht. Punkto Wirtschaft meine ich, dass auch die Stadt investiert oder eben nicht investiert. Auch hier profitiert je nachdem die Wirtschaft davon, welche Unternehmen dann auch immer zum Zug kommen. Es ist nicht so, dass dieses Geld irgendwo im Nichts verschwindet. Es gibt immer wieder Unternehmen, die dann auch davon profitieren, wenn investiert wird. Das kann man schon negieren. Aber es ist einfach auch ein Fakt. Das spielt auch eine Rolle. Es sind nicht nur die Privaten, die konsumieren und investieren. Von Michael ist vorher angesprochen worden, dass möglicherweise noch Fett vorhanden ist. Das mag sein. Das kann ich auch nicht abschliessend beurteilen. Aber jemand, der kein Fett mehr am Körper hat, überlebt einen harten Winter nicht, und wenn irgendeine Grippe kommt, ist er einfach auch gefährdet, dass es ihn nimmt. Dort müssen wir einfach aufpassen. Man kann es mit dem Fettabbau auch übertreiben. Wie gesagt: Wir haben einfach ein anderes Vertrauen in den Stadtrat, und wir unterstützen das Budget so, wie es vorliegt. Wenn es einen tieferen Steuersatz geben sollte, werden wir ihm nicht mehr zustimmen können.

Urs Knapp: Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der, wie ich glaube zeigt, dass sich auch eine FdP bewusst ist, dass es bei ausserordentlichen Investitionen auch möglich sein kann, für ausserordentliche oder spezielle Finanzierungen zu schauen. Aber wenn man ausserordentliche Investitionen macht, Jahrhundertinvestitionen, Jahrzehntinvestitionen, muss man eine absolute Klarheit haben, auch gegenüber der Bevölkerung, was dies für die Investition heisst, welcher finanzielle Aufwand dies ist und welche Folgekosten es hat. Das muss in die Vorlage hinein. Wenn dann das Volk im Lichte dieser finanziellen Konsequenzen einer solchen Vorlage zustimmt, kann man auch mit uns darüber reden, bei Jahrhundertinvestitionen, bei Jahrzehntinvestitionen, dass man befristet für diese spezielle Investition schaut, ob man zusätzliche Einnahmen braucht. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, dass wir hier nicht immer nur als die grossen Verhinderer dargestellt werden müssen. Wir sind fest überzeugt, dass man mit dem heutigen Steuerfuss das heutige Basisbedürfnis, sogar noch etwas mehr, dieser Stadt befriedigen. Wenn es wirklich ausserordentliche Situationen gibt, kann man darüber reden. Aber es muss dann in der Vorlage sein, so wie dies zum Beispiel im Kanton in verschiedenen Bereichen auch war. Ich erinnere an das Kantonsspital. Ich erinnere auch an eine ERO, die mit einer Zusatzfinanzierung verbunden wurde. Dann müsste man dort auch die Bereitschaft haben, und das ist auch ein Punkt, den der Stadtrat bis jetzt noch nicht so Musikgehör hat. Es gibt auch noch andere alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Die Tiefzinsperiode, die wir hier haben, hat einen grossen Nachteil, zum Beispiel auch für diejenigen, die das Geld langfristig anlegen, die zum Beispiel Renten machen müssen. Sie sind in einem Anlagenotstand. Hier ist auch die Bereitschaft vorhanden, privat mit sehr tiefen Zinssätzen öffentliche Projekte zu unterstützen. Das ist nicht für einen normalen Strassenunterhalt. Aber für ganz ausserordentliche Investitionen ist dies auch möglich. Hier wäre vielleicht auch Kreativität oder auch die Bereitschaft des Stadtrates, darauf einmal stärker einzugehen, statt einfach zu sagen: Nein, PPP ist etwas. Da wollen die Privaten nur verdienen. So einfach ist es eben schon auch nicht.

Michael Neuenschwander: Mir ist noch etwas in den Sinn gekommen. Ich glaube, es ist etwa zweieinhalb Jahre her, dass die Ratshälfte hier, die eben die Mehrheitshälfte ist, ja bei der Direktionszuteilung wollte, dass die Finanzen in bürgerlicher Hand sind. Seither sind sie dies. Wir haben dies ja in diesem Sinne akzeptiert. Wir hatten auch zu akzeptieren, aber haben auch ein gewisses Grundvertrauen, dass dies irgendwie gut kommt. Ich stelle fest, dass Finanzdirektor Savoldelli hinter diesem Budget steht, so wie es jetzt hier vorliegt, und eigentlich auch an Euch appelliert, dies mit ihm durchzubringen. Warum? Es ist ja nicht so, dass er jetzt einfach die Seite gewechselt hat oder plötzlich bei uns in der Fraktion auftauchen würde. Überhaupt nicht, sondern offensichtlich sieht er die Notwendigkeit auch

ein, dass man die öffentlichen Dienstleistungen in der Stadt Olten nur so erhalten kann. Folgt ihm doch! Jetzt habt Ihr es ja.

Ernst Eggmann: Wenn ich so diese Voten höre, höre ich sicher heraus, dass eine Zufriedenheit über dieses Budget, das hier vorliegt, da ist. Aber ich möchte Euch einfach einmal darauf aufmerksam machen, dass dies nicht unbedingt durch das Sparen entstanden ist, weil die Stadt nämlich nicht richtig gespart hat. Wir haben die Polizei abgebaut. 3 Millionen. Dort ist gespart worden, respektive das haben wir eingespart, weil wir etwas abgebaut haben. Aber sonst, bei allem anderen ist gar nichts passiert. Jetzt kommt Ihr und seht nachher ein Budget, das noch besser ausgeglichen sein soll. Aber wenn ich es genau anschau, kommen die positiveren Zahlen eigentlich daher, dass die Abschreibungen einfach auf mehrere Jahre hinaus verteilt wurden. Das ist ja das Einfache, dass man nachher sagen kann: Wir haben ein besseres Budget. Oder es sind einfach andere Sachen, die ich sicher nicht so sehe wie Ihr. Ich meinte, man sollte sich einfach bewusst sein, dass die Party vorbei ist. Die Hochzeit ist zu Ende. Jetzt geht es ums Aufräumen, und jetzt müssen wir die Zeche bezahlen von dem, wo wir übertrieben gelebt hatten. Hier möchte ich Euch einfach auch sagen: Hier müssen wir jetzt einfach anfangen, richtig zu sparen. Aber nicht auf den Schultern der Steuerzahler. Wirklich nicht, weil sie nichts dafür können, dass wir dermassen viele Projekte unterstützen, die meines Erachtens, und das wird Euch ja gar nicht wundern, überhaupt nicht unterstützungswert sind. Ich finde, bei jeder „Hundsverlochete“ müssen wir nicht Geld spenden.

Luc Nünlist: Wahrscheinlich sind hier im Raum unterschiedliche Konzeptionen von wer wie Zeche zahlt. Ich möchte nur noch kurz auf Stephan Hodonou ansprechen, der von „über viele Jahre Trümpfe aus der Hand geben“ spricht. Wir haben hier ein Budget vor uns, das jetzt, so wie es hier vorliegt, knapp 2,4 Millionen Überschuss für das nächste Jahr auslegt. Ich möchte nur noch in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen haben, dass wir darin anderthalb Millionen Verkäufe von Liegenschaften der Stadt Olten haben. Wir sind ständig daran, unseren Speck abzuschneiden. Beim letzten Budget haben wir auch knapp 1,2 Millionen Liegenschaften verkauft. Dieses Budget hat nicht einen Überschuss von 2,4 Millionen. Wir veräussern hier einfach auch, was wir gerade noch davon haben. Das können wir nicht ewig machen. Irgendeinmal hat die Stadt Olten keine Liegenschaften mehr. Mir wird versichert, dass sind keine Perlen. Das ist nicht an strategischer Lage. Aber trotzdem: Wir geben unsere Trümpfe aus der Hand.

Felix Wettstein: Ernst Eggmann, Dein Votum darf nicht unwidersprochen bleiben. Es ist einfach nicht wahr, und es ist ein Affront gegenüber all denjenigen, die in den letzten zwei Jahren massiv hergeben mussten. Ich denke insbesondere an die mehrfachen Vorlagen, die wir hatten, welche die Anstellungsbedingungen für das Personal massiv verschlechtert haben, die Versicherungsbedingungen, die Zusatzleistungen, die man früher doch noch hatte, um dem Personal eine gewisse Attraktivität des Arbeitgebers Stadt zu bieten, haben wir weitgehend abgebaut, abgeschafft. Wir haben ganze Fachbereiche aufgehoben, Stadtentwicklung, Umwelt, Energie, Mobilitätsfachstelle. Wir haben andere Aufgaben massiv zurückgefahren, Bibliotheken, Museen, einen rechten Teil der Publikumsdienste. Du sagst, wir haben übertrieben gelebt. Was war die Übertreibung? Wir hatten über Jahre das Glück, dass ein einziger Steuerzahler allen anderen einen gewaltigen Rabatt möglich gemacht hat. Wir haben Dienstleistungen genossen, bezogen, die nicht übertrieben waren, sondern fair, und wo man eigentlich 120 Steuerprozent dafür zahlen müsste. Wir haben nur 100 oder zwei Jahre sogar nur 95 dafür zahlen müssen. Das ist, wie wenn Du eine Mietwohnung hast, wo Du eigentlich Fr. 2'000.— Miete zahlen würdest. Aber ein anderer zahlt Dir ein paar Jahre lang Fr. 500.— daran. Du willst dort wohnen bleiben und bist plötzlich überrascht, wenn es eigentlich Fr. 2'000.— kostet.

Dieter Ulrich: Ich möchte die Behauptung, dass nicht wirklich gespart wurde, auch noch aufnehmen. Es mutet für mich einfach etwas komisch an. Ich weiss nicht, wer von Euch am Parlamentarier-Treffen, zusammen mit Aarau, teilgenommen hat, als wir in Zofingen waren. Dort haben die drei Stadtoberhäupter alle davon gesprochen, dass Finanzen ein schwieriges Thema seien und man sparen und schauen müsse. Als dann aber Martin unsere Zahlen

präsentiert hat, haben diejenigen der anderen zwei Städte den Kiefer fast nicht mehr hinauf bekommen, als sie gesehen haben, wie stark wir mit gewissen Bereichen heruntergefahren sind, beim Personal und auch sonst bei den Finanzen. Sie sind weit davon entfernt. Wenn sie genau gleich viel sparen würden, weiss ich nicht, was dort los wäre. Aber nachher hier behaupten, man hat nichts gespart, mutet für mich einfach komisch an. Vielleicht noch an die Vertreter der Mittepartei, CVP/EVP/GLP: Ich habe mir noch das Votum des letzten Jahres zur Budgetdebatte angeschaut, wo der Fraktionspräsident, der vielleicht auch aus diesem Grunde nicht mehr hier im Parlament ist, gesagt hat: „Wir haben bis jetzt paritätisch gespart. Mehreinnahmen und Mehrausgaben halten sich etwa die Waage. Das muss so weitergehen. Den Sparbeweis für 2015 haben wir hier. Für 2016 brauchen wir ihn auch noch. Deshalb wollen wir erst im nächsten Jahr auf die 115 % erhöhen, wenn auf der anderen Seite auch gespart worden ist. Das ist ein Ziel, das wir haben, und das wollen wir auch durchsetzen“. Ich weiss nicht, ob Ihr ernsthaft behaupten wollt, dass in der Zwischenzeit nicht gespart worden ist. Ich kann mir nicht anders erklären, dass Ihr dies einfach negiert, dass Ihr jetzt bei 108 bleiben wollt, nachdem Ihr im letzten Jahr so klar Stellung für die 115 % bezogen habt. Der Stadtrat fordert nicht einmal 115 %. Aber das ist irgendwie eine Kehrtwende um 180 Grad. Ich weiss nicht, ob Ihr vielleicht einen Ruf zu verlieren, und müsst ihn jetzt bestätigen, indem Ihr wieder irgendetwas anderes als im letzten Jahr erzählt. Aber das begreife ich einfach nicht. Es tut mir leid.

Dr. Christoph Fink: Unsere Fraktion ist grundsätzlich sicher immer noch auf dem Standpunkt, dass man etwa zur Hälfte sparen und zur Hälfte mit den Steuern hinaufgehen soll. Aber man muss auch sehen, dass wir jetzt erst einmal für 2016 schauen müssen und nicht noch für 2019 und sagen, wie die Situation dann sein wird. Man muss einmal sehen dass 2016 ein sehr schwieriges Jahr wird, schwieriger als wir 2015 vorgesehen haben. Wir haben beispielsweise heute in den Nachrichten hören können, dass die Wirtschaft viel weniger Aufträge als im letzten Jahr hat, etwa 5 bis 7 %. Deshalb müssen wir mit dem Budget unserer Gemeinde einfach etwas vorsichtig sein. Wir müssen also auch schauen, dass die Privaten allenfalls weniger Geld haben und die juristischen Personen ebenfalls. Man darf sie zum heutigen Zeitpunkt nicht zu sehr belasten. Ich möchte noch wegen der Schulden oder der finanziellen Vermögenslage der Stadt Olten etwas sagen. Hier sind wir ja in der GPK und auch in der Fraktion gut informiert worden. Mit HRM2 wird das Finanzvermögen der Stadt Olten neu bewertet, und hier erwartet die Finanzdirektion selber schon, dass wir ein Vermögen haben, das etwa 10 Millionen höher ist. Unsere Verschuldungssituation, unsere Pro-Kopf-Verschuldung ist beispielsweise von einem Jahr auf das andere sehr stark angestiegen, weil man ja die Pensionskasse hineinnehmen musste. Dort habe ich ebenfalls die Antwort erhalten, dass wir dort zwar 30 Millionen Schulden ausgewiesen haben. Aber es sind eigentlich nur 10 Millionen, weil drin etwa 20 Millionen offenbar Arbeitgeberreserve sind. Das heisst, wir stehen etwa 30 Millionen besser als ausgewiesen da. Letztlich möchte ich noch sagen, dass wir für 2016 alle Eckwerte des Kantons nach HRM25 erfüllen. Im nächsten Jahr können wir wieder weiter schauen, wenn wir den Abschluss 2015 haben werden.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich möchte sehr beliebt machen, dass wir die Abschlüsse von 2015 nicht so rosig darstellen. Dass dies so ist, würde ich wirklich bezweifeln. Ich finde, wir müssten als Parlamentarier auch eine Verantwortung übernehmen, damit wir Investitionen machen können. Wie Christoph gerade gesagt hat, wird 2016 noch schwieriger werden. Deshalb möchte ich sehr beliebt machen, dass wir uns nicht einfach abmagern, bis wir alle zusammenbrechen und die Stadt nicht mehr funktionsfähig ist.

Thomas Rauch: Ich möchte drei Punkte in ein etwas anderes Licht rücken. Punkt 1 betrifft die SP, die sich ja für Arbeiter usw. einsetzt. In der Industrie hat es seit dem neuen Eurokurs in den letzten drei bis vier Monaten an vielen Orten ohne Fragen, ohne Diskussionen 10 bis 15 % Lohneinbussen gegeben. Auch hier müssen wir vielleicht mit der Zeit mit gleichen Bedingungen auf staatlicher Seite arbeiten, weil alle, die im Markt arbeiten, wissen, dass Lohndeflation ein Thema ist und wird ein Thema bleiben, privat und beim Staat. Hier geht es nicht darum, dass man zwei Sorten von Bürgern schafft. Punkt 2: Sparen. Mit der Polizei ist es so eine Sache. Wir haben ja gesagt, wir machen Opfersymmetrie. Man kann dies

natürlich auf verschiedene Arten anschauen. Fakt ist: 75 % der Sparanstrengungen, oder vielleicht sind es nur 70, gehen auf die Grundlage, dass man die Polizei jetzt dem Kanton belastet. Das heisst, eigentlich ist dies kein Spareffekt darauf. Es ist einfach das Buch gewechselt worden. Jetzt finanziert es der Kanton, weil in der Verfassung des Kantons steht, dass der Kanton für die öffentliche Sicherheit zuständig. Das heisst: Der Beitrag der Stadt ist in diesem Jahr – wie gesagt, man kann es verschieden anschauen – nicht im Sinne dieser Opfersymmetrie, wenn man dies ganz streng anschauen würde. Das dritte Argument ist, und das hat auch Kollege Fink erwähnt, das Signal an die Bevölkerung, das Signal an Neuzuzüger nach zwei Steuererhöhungen ist nicht sehr positiv, wenn man noch einmal 4 bis 5 % drauflegt, weil es so, wie ich es sehe, hat es zum Beispiel an gewissen Orten, nicht so, wie Matthias gesagt hat, drei bis vier Personen, die ihr Geld in Zürich verdienen. Das sind gute Einkommen, und solche Leute sollte man nicht vor den Kopf stossen. Ich glaube, ich habe es auch in anderen Jahren schon gesagt. Steuern sind nicht eine Milchbüchleinrechnung. Das heisst, wenn uns die Konjunkturdynamik etwas hilft, wenn wir mehr Leute haben, die gute Einkommen haben, haben wir vielleicht plötzlich in einem Jahr eine bessere Situation, und wenn wir die Leute nicht immer mit noch höheren Steuerquoten schocken, halten wir noch gute Steuerzahler nicht ab, hier vielleicht ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen. Das heisst, wenn man die Steuerdynamik betrachten würde, ist es jetzt höchste Zeit für einen Marschhalt, und dann müssen wir in zwölf Monaten wieder schauen, wo wir stehen.

Deny Sonderegger: Ich möchte noch ganz kurz ein Feedback betreffend Votum wegen des Treffens AareLand der Parlamentsmitglieder Aarau und Zofingen. Selber war ich dort auch anwesend. Es ist schon nicht ganz richtig, dass alle Beteiligten über die Zahlen von Olten gestaunt haben. Zofingen hat wesentlich stärkere Beiträge eingespart. Zofingen hatte über Jahre hinweg ein Investitionsvolumen zwischen 8 bis 12 Millionen Franken. Aktuell sind sie höher. Sie haben sehr viele Projekte. Im Zusammenhang mit der NRP sind sie etwa bei 20 bis 25 Millionen. Aber in den vergangenen Jahren hatten sie ein Investitionsvolumen in der Grössenordnung von 10 Millionen. Dann gibt es noch etwas Anderes. Der Gesamtertrag in Zofingen liegt bei rund 90 Millionen. 30 Millionen davon sind Personalaufwand. Wir haben die Zahlen des Budgets jetzt bei uns auf dem Tisch. Wir haben rund 103 Millionen und 39 oder bald 39 Millionen Personalaufwand. Das einfach auch noch etwas, um ins Licht zu rücken.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte eine Aussage von Thomas Rauch natürlich schon nicht unwidersprochen stehen lassen. Wenn man schon bei diesen Arbeitern mit den kleinen Löhnen die Löhne reduziert und dies sozusagen als Beispiel hinstellt, dem wir folgen sollen, kann ich dies natürlich aus SP-Sicht schon nicht unwidersprochen stehen lassen. Wenn gleichzeitig diejenigen mit den sehr grossen Einkommen ihre Einkommen eher noch vergrössern, ist es einfach ein absolut schlechtes Beispiel. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand mit einem absolut negativen Beispiel voran geht, wo in einem gewissen Sinn zwar nachvollziehbar ist, dass die Unternehmen sparen müssen. Aber dass wir diesem Beispiel folgen sollen, ist natürlich ein Anspruch, der absolut unverständlich ist. Nachher möchte ich einfach noch etwas Zweites sagen. Sparen kann nicht Selbstzweck sein. Auch die „Stütz“, welche die Stadt ausgibt, und die „Stütz“, welche die öffentliche Hand ausgibt, sind Geld, das nachher in die Konjunktur einfliesst. Das ist nicht einfach Geld, das irgendwie aus dem Kreislauf verschwindet. Die ewige Behauptung, dass alle nur Nachteile haben, wenn die Stadt mehr Geld ausgibt, stimmt einfach nicht. Sparen kann einfach nicht Selbstzweck sein.

Myriam Frey Schär: Ich möchte noch kurz das Votum von Deny Sonderegger kommentieren. Die Verlockung ist natürlich immer gross, wenn man solche Vergleiche anstellt. Diese haben dies und jene haben jenes. Ich möchte schon darum bitten, Gleiches mit Gleichem zu vergleichen, und ich bin der Meinung, dass Zofingen bedeutend geringere Zentrumslasten als zum Beispiel Olten hat.

DETAILBERATUNG

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich möchte erst am Schluss zum Bericht und Antrag kommen und es wie schon in Vorjahren machen, dass wir einfach die Seiten durchgehen. Ich werde grössere Pakete machen und Ihr müsst Euch einfach melden, falls der Antrag noch nicht vorhanden ist, wenn Ihr noch einen Antrag formulieren möchtet.

Übersicht, Fragen, Bemerkungen, (Seiten 21 – 23)

Keine Wortmeldungen

Erfolgsrechnung, Seite 27 ff.

0120.3636.00, Dispositionskredit Stadtrat (Seite 32)

Urs Knapp: Wir würden als Sparbeitrag eine Reduktion dieses pauschalen Budgetpostens um Fr. 30'000.— auf Fr. 70'000.— beantragen. Die Begründung ist einerseits die finanzielle Lage und andererseits, dass solche Pauschalposten ohne klaren Verwendungszweck dazu einladen, dass man Geld ohne klaren Verwendungszweck auslöst. Ich glaube, mit Fr. 70'000.— ist ein Dispositionskredit immer noch recht gefüllt, und man kann etwas machen. Wir würden von daher beantragen, dass man dies so als Sparbeitrag befürwortet.

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist natürlich nicht der Dispositionskredit für den Stadtrat. Es ist der Dispositionskredit des Stadtrates für die Bevölkerung. Das Geld, das hier drin ist, steht nicht zur Verfügung des Stadtrates, der hier teuer essen geht. Wir sind meiner Meinung nach im Sommer einmal in die SBB-Kantine gegangen, und Ende Jahr werden wir zum Weihnachtessen im Vaudois eine Rösti nehmen. Das ist etwa der Bezug oder die Benützung dieses Kredites durch den Stadtrat. Der ganze Rest geht eigentlich mehrheitlich in die Stadt, die Organisationen, die Vereine, die uns um Gebührenerlassbeiträge ersuchen, Erlass für eine Festbankgarnitur anlässlich einer Veranstaltung, Gebührenerlass des öffentlichen Grundes, einen Beitrag an die Pfadi für ein Fest, das sie macht. Dieser Beitrag geht unmittelbar in die Bevölkerung, an die hiesigen Vereine, in die Freiwilligenarbeit, die in dieser Stadt geleistet wird. Fr. 30'000.— das will ich auch nicht verhehlen – sind die Kosten, die alle Weihnachtessen der städtischen Angestellten ausmachen. Wenn man den Kredit jetzt um Fr. 30'000.— reduziert, streicht man das Weihnachtessen des städtischen Personals im nächsten Jahr. Ich finde dies nicht angebracht. Das Personal hat sehr viel zu den Sparbemühungen beigetragen. Vor einem halben Jahr hat man diese Vorlage hier besprochen. Man hat die Anstellungsbedingungen verschlechtert. Unser Vorschlag ist, den Kredit bei diesen Fr. 100'000.— stehen zu lassen.

Christian Werner: Wir unterstützen diesen Antrag. Ich denke, auch mit Fr. 70'000.—, wie es gesagt wurde, kann der Stadtrat genug machen. Ich möchte Stadtrat Marbet widersprechen. Ich finde es sogar etwas billig, dass man jetzt einfach sagt: Wenn Ihr 30'000 „Stutz“ einspart, streicht Ihr den städtischen Angestellten das Weihnachtessen. Das ist ein Dispositionskredit, den der Stadtrat nach einer eigenen Prioritätenordnung einsetzen kann, und er muss, wenn er dies nicht will, sicher nicht den städtischen Angestellten das Weihnachtessen streichen. Ich meine, sie sind gewählt, damit sie führen. Wer führt, muss durch Vorbild führen, exemplo ducemus. Ihr entscheidet, wo Ihr dies einspart. Aber spart es ein.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich möchte einfach noch kurz darauf hinweisen, dass dieser Kredit schon einmal bei Fr. 400'000.— war. Man hat ihn 2013 auf Fr. 200'000.— reduziert, als absehbar war, dass die Millionen von der Alpiq reduziert werden. Man hat ihn dann auf Fr. 100'000.— reduziert. Dieser Dispokredit wurde schon um 75 % herunter gekürzt.

Beschluss

Mit 24 : 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag der FdP abgelehnt.

110.3102.00, Drucksachen, Publikationen (Seite 32)

222.3102.00, Drucksachen, Publikationen (Seite 34)

Ernst Eggmann: Hier sind Fr. 41'500.— ausgewiesen. Gebraucht wurden in den letzten Jahren Fr. 27'000.—. Ich weiss nicht, was hier jetzt noch Spezielles geplant sein soll, dass man hier grosse Drucksachen herstellt. Ich beantrage hier, auf Fr. 10'000.— zu reduzieren. Ebenfalls auf Seite 34 geht es um Drucksachen, 222.3102.00. Hier wurden Fr. 29'000.— gebraucht, und dort sind Fr. 60'000.— eingesetzt. Ich beantrage dort, um Fr. 20'000.— herunterzusetzen.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Wenn ich dies richtig verstehe, wäre der erste Antrag, Drucksachen, Publikationen von Fr. 41'000.— auf Fr. 30'000.— herunterzusetzen.

Ernst Eggmann: Auf Fr. 31'500.—. Fr. 10'000.— und bei der zweiten Position Fr. 20'000.— reduzieren auf Fr. 40'000.—.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Man muss aufpassen, wenn man jetzt einzelne Posten herausnimmt, dass man nicht so vergleicht. Wenn Du jetzt zum Beispiel beim Büromaterial schaut, sind es nur noch Fr. 200.—. Es kann sein, dass diese Beträge wegen der Umstellung auf HRM2 verschoben wurden. Man muss anders buchen. Dadurch gibt es jeweils bei gewissen Sachen höhere und bei anderen tiefere Posten. Du kannst schauen. Büromaterial ist viel tiefer, und Druck Budget und Rechnung ist gegenüber dem letzten Jahr auch tiefer.

Urs Tanner: Es hat teilweise aufgrund von HRM2 Verschiebungen gegeben. Sie sehen es zum Beispiel gerade bei der Funktion 02.22 Bauverwaltung, wo es teilweise bei Büromaterial und Drucksachen Verschiebungen gegeben hat. Bis jetzt hatte man dort Fr. 94'000.— im Budget 2015, Fr. 50'000.— und Fr. 44'000.—. Das hat sich jetzt teilweise auf Fr. 60'000.— und Fr. 20'000.— verschoben. Das ist etwas die Problematik. Ganz alles konnten wir nicht nachverfahren. Wir haben es nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Aber teilweise hat es Sachen, die man sehr gut zusammen anschauen muss.

Ernst Eggmann zieht seine Anträge zurück.

1110.3130.03, Dienstleistungen Dritter (Seite 40)

1110.3130.06, Sicherheitspatrouillen (Seite 40)

Urs Knapp: Bei 1110.3130.03 würden wir eine Reduktion um Fr. 20'000.— auf Fr. 30'000.— beantragen. Das zweite Konto ist 1110.3130.6. Dort würden wir beliebt machen, den Budgetbetrag von Fr. 30'000.— zu streichen. Die Begründung ist bei beiden gleich. Deshalb kann man dies zusammenfassen. Wir werden auf das nächste Jahr die Stadtpolizei in die Kantonspolizei integrieren. Am 3. Dezember ist die feierliche Übergabe in der Schützenmatte. Die Kantonspolizei, Kommandant Thomas Zuber, hat hier im Ratssaal und auch in den einzelnen Fraktionen konsequent und immer gesagt, die Kantonspolizei sichere die Sicherheit in Olten auch nach der Übernahme der Stadtpolizei „mindestens auf dem gleichen Niveau“. Sie garantieren dies sogar. Aus diesem Grunde sind mindestens jetzt für 2016 zusätzliche Budgets für Sicherheitspatrouillen oder für solche Sachen nicht notwendig. Wenn diese Zusage des Kommandanten nicht stimmen würde, was ich ja eigentlich nicht glaube, weil ein Kommandant per definition immer die Wahrheit sagt, aber wenn es gleichwohl anders wäre, müsste man dann für das Budget 2017 im Lichte der Erfahrungen vielleicht wieder etwas budgetieren. Aber jetzt am Anfang, wo wir diese Trennung wirklich machen, würden wir beantragen, die Fr. 20'000.— zu reduzieren, Fr. 30'000.— zu streichen und so auch Fr. 50'000.— zu sparen.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich möchte Folgendes dazu sagen: Zum Posten 3130.03: Fr. 15'000.— Verkehr, Dienstleistung Dritte. Das ist die unterste Grenze für das, was wir

brauchen können. Das ist nicht etwas, das die Kantonspolizei macht. Es hat mehr mit Ordnung zu tun. Das sind zum Beispiel Verkehrsregelungen bei Fasnacht, Kilbi, Schulfest, 1. August. Wir werden im nächsten Jahr 200 Jahre Schulfest haben, und wir haben in der Budgetphase noch nicht gewusst, ob wir dort die Fr. 10'000.— haben müssen. Im nächsten Jahr haben wir kein Schulfest. Man feiert das Jubiläum nicht. Beim Konto 03 könnte man Fr. 10'000.— heruntergehen. Das Andere ist halt, dass wir auch Securitas brauchen. Wir haben immer Securitas gebraucht, zum Beispiel bei der Kilbi. Bei den Fusspatrouillen waren immer zwei Polizisten und ein Securitas-Mitarbeiter dabei. Wir brauchen bei ausserordentlichen Ereignissen wie dem Hochwasser Securitas, um zum Beispiel die Unterführungen abzusperrern und auch die Absperrungen zu schützen. Ich möchte Euch bitten, dort nicht zu weit herunterzugehen. Das sind Sachen, die wir immer noch machen. Zum Teil kann man dies auch weiterverrechnen. Gerade bei der Fasnacht muss die Fasnachtsorganisation, die FUKO, die Securitas selber übernehmen. Beim Konto 3130.06, Sicherheitspatrouillen, hatten wir einmal viel mehr drin. Ihr könnt Euch vielleicht erinnern, im Bericht und Antrag beim Parlament, als wir den Budgetentwurf gemacht haben, wo auch drin war, bei der Auflösung der Stadtpolizei respektive Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn. Das ist das Polster, das wir in der Stadt noch haben möchten, für Hotspots wie Ländiweg, Bifangmatte, die verschmutzt wird, wo wir jetzt eine Platzordnung machen. Aber irgendjemand muss dort auch ab und zu zu sehen sein. Es ist klar. Die Polizei Kanton Solothurn kann nicht wegen Schmutz patrouillieren. Das ist einfach so. Das müssen wir wahrscheinlich auch akzeptieren. Aber zur Prävention, dass wir dort die eine oder andere Securitas-Patrouille vorbei schicken könnten, wäre extrem hilfreich. Wenn wir sie nicht brauchen, ist es gut. Beim Ländiweg dasselbe. Nachher haben wir solche Kifferecken. Sie kommen. Sie gehen. Aber wenn die Leute anrufen und sagen: Dort bildet sich wieder etwas – sehr beliebt ist der Ort hinter der Pauluskirche – ist es eben schon hilfreich, wenn hie und da eine Patrouille vorbei geht. Im Bewusstsein, dass Securitas nicht mehr als bezahlte Zeugen ist. Personenkontrollen dürfen sie nicht machen. Aber mindestens können sie solche Hotspots halt entschärfen, wenn sie vorbeigehen. Das ist es, was ich zu diesen zwei Konti sagen möchte. Bei den Sicherheitspatrouillen hatten wir einmal mehr drin, gegen die Fr. 80'000.—. Wir sind sehr viel heruntergekommen. Fr. 30'000.—. Es sind 600 Mannstunden. Das ist nicht viel.

Christian Werner: Ich kann dies nur zu einem Teil nachvollziehen. Wenn wir jetzt die Dienstleistungen Dritter nehmen, stelle ich fest, dass in der Rechnung 2014 knapp Fr. 19'000.— ausgegeben wurden. Man hatte 2014 kein Schulfest. Wir hatten aber all die Beispiele, die erwähnt wurden, genau gleich. Wir hatten auch eine Fasnacht. Wir hatten auch Kilbi. Wir mussten auch all diese Dienstleistungen erbringen. 2016 ist auch kein Schulfest. Also müsste dies doch ziemlich direkt vergleichbar sein. Wieso jetzt ein Kostenwachstum von irgendwie 250 % nötig sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Die FdP will jetzt eine Reduktion um Fr. 20'000.— auf Fr. 30'000.—. Das ist immer noch viel, viel mehr als die Fr. 18'000.—, die man im vergleichbaren Jahr 2014 hatte. Wahrscheinlich könnte man es sogar noch umkehren und sagen: Wir sparen Fr. 30'000.— auf neu Fr. 20'000.— ein. Dann sind wir immer noch über diesen Fr. 18'000.—. Von daher scheint es mir ein sinnvoller und sehr gemässigter Antrag der FdP, den man sicher unterstützen kann. Bei der Sicherheitspatrouille sind jetzt neu Fr. 30'000.— drin. Aber ich sehe nicht, inwiefern sich jetzt die Situation im Vergleich zur Vergangenheit verändert. Man hatte dies in der Vergangenheit ja auch schon. Aber dort war nichts budgetiert. Inwiefern jetzt dort ein zusätzlicher Auftrag auf die Stadt Olten zukommen sollte, wurde nicht erklärt und ist für mich auch nicht nachvollziehbar. Es ist angesprochen worden. Der Kanton hat diesen Auftrag. Das steht im KAPOG, und von daher sehe ich nicht, wieso jetzt dort zusätzliche 30'000 „Stutz“ ausgegeben werden sollten.

Luc Nünlist: Ich möchte mich hier gerne Urs Knapp und Christian Werner anschliessen. Ich finde, es sollte uns nicht Fr. 30'000.— wert sein, wenn ein paar „Giele“ hinter der Pauluskirche kiffen.

Heinz Eng: Wo ja jetzt Luc und ich hier die Seiten wechseln, möchte ich doch noch sagen, dass es immerhin auch um das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung geht, und

mit dieser Sicherheit sollte man eigentlich nicht spielen. Ich unterstütze voll und ganz, was Iris gesagt hat. Wenn wir es nicht brauchen, kann man in einem Jahr noch einmal schauen. Aber bei all den Sachen, die jetzt passiert sind, ist es bei der Sicherheit besser, wenn wir einmal einen Posten aufnehmen, der dann entsprechend auch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung abdecken kann, anstatt dass man ihn hinaus kippt. Ich bin hier auf der Linie des Stadtrates.

Beschluss

Mit 29 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag der FdP zur Reduktion um SFr. 20'000.— auf Fr. 30'000.— betreffend Dienstleistungen Dritter, Konto 1110.3130.03, zugestimmt.

Beschluss

Mit 26 : 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag betreffend Sicherheitspatrouille, Konto, 1110.3130.6, Reduktion Budgetbetrag um Fr. 30'000.— auf 0 Franken, zugestimmt.

2190.3010.00, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal (Seite 52)

Stephan Hodonou: Ihr habt den Antrag auf dem Tisch. Es geht um die Reduktion dieses Kontos um Fr. 50'000.— auf Fr. 1'221'700.—. Worum geht es bei diesem Antrag? Es geht um die Durchsetzung der Motion Anwendung des Konzeptes Geleitete Schule, die wir im März 2014 deutlich angenommen haben. Dieser Vorstoss hat damals in Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage den Stadtrat angeraumt, dass er zum gültigen Konzept Geleitete Schule zurückkehren soll, das mit einem Schlüssel festlegt, wie die Schulleitungspensen im Konzept Geleitete Schule, das auf Schülerzahlen basiert hat, quasi aussehen sollen. Das ist unserer Meinung nach nicht passiert, bzw. bis zur Fraktionssitzung haben wir nicht gesehen, wie dies umgesetzt oder voll umgesetzt worden ist. Was sind die Fakten? Fakt ist, dass wir im Bereich Schulleitungspensen als Stadt völlig freie Hand haben. Wir können selber bestimmen, wie wir dies machen wollen. Es gibt eigentlich sehr wenige Orte, wo wir als Stadt so frei schalten und walten können. Der Kanton macht uns keine Vorgaben. Der Kanton – das ist Fakt – macht einen Vorschlag, wo er eine Berechnung vorgibt, und für unsere Schülerzahl, die wir jetzt aktuell haben, würde dies bedeuten, dass er ein Schulleitungspensum von 280 % errechnet. Fakt 2 ist, dass der kantonale Schulleiterverband ebenfalls einen Vorschlag, ein Berechnungsmodell hat. Für unsere Situation würde er auf eine Zahl von 290 % Schulleitungspensen kommen. Immer noch mit Rücksicht, dass wir eine Direktion haben, die noch dazu kommt. Fakt 3 ist, dass unser städtisches Modell, das wir entwickelt haben, das wir hier im Parlament auch bewilligt haben, von 370 % Schulleitungspensen mit der Schülerzahl, die wir jetzt aktuell haben, ausgeht. Wir haben im kantonalen Vergleich und mit dem Vorschlag des Schulleiterverbandes eine relativ feudale Situation betreffend Schulleitungspensen. Fakt 4 ist, dass der Stadtrat von diesem Modell abgewichen ist und 2014 noch 496 % Schulleitungspensen für die gleiche Schülerzahl hatte, die schon vorher für die anderen Berechnungen zugrunde lagen. Fakt 5 ist, dass der Stadtrat einen Teil der Motion umgesetzt hat. Er hat 77 % eingespart, so dass wir aktuell auf 419 % Schulleitungspensen für die Schülerzahl, die wir haben, sind. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage haben wir in der Fraktion diskutiert, und wir sehen unsere Motion in diesem Sinne nicht als vollumfänglich umgesetzt und mahnen an, dass es umgesetzt werden soll. In der Motion heisst es ausdrücklich, dass der Stadtrat beauftragt wird, uns vorzulegen, wie er sicherstellen will, dass er sich künftig an sein eigenes Modell hält. Das ist bis heute nicht passiert. In diesem Sinne – das ist auch Fakt – entscheidet das Parlament jetzt, wie wir hier weitergehen. Reicht dies, oder ist der Stadtrat in der Pflicht umzusetzen, was hier beschlossen wurde?

Stadträtin Iris Schelbert: Ich beantworte dies in Vertretung des Bildungsdirektors. Von klammheimlich rückgängig gemachten Aufträgen darf nicht gesprochen werden. Das erscheint mir sehr despektierlich. Für das Jahr 2015 ergibt sich eine anteilmässige Einsparung, weil ja die Schulen eben halt am 1. August anfangen. Vor fünf Monaten von

zwölf, von Fr. 75'166.—. Es ist ja auch ein Frankenbetrag genannt worden, der eingespart werden muss. Für das Jahr 2016 ist es so, dass man wiederum 77 % Schulleitung einspart. Das sind Fr. 113'000.—, Sozialleistungen von Fr. 22'500.— dazu und Sparbemühungen im Rahmen von Fr. 44'900.—. Das macht also zusammen Fr. 180'400.— Einsparungen im Jahr 2016. Das hat auch damit zu tun, dass die Schulleitungen zusätzliche Aufgaben übernommen haben, die man dann einsparen konnte. Die Koordinatorinnen Fachbereich Werken, Hauswirtschaft, Deutsch als Zweitsprache. Das hatte damit zu tun, dass man die Entschädigung für Schulämter wie zum Beispiel Wartung und Aufsicht über Werkräume nicht mehr bezahlt hat. Das machen die Leute jetzt auch gratis. Man hat dann die Reduktion Schulhauspauschale, Weiterbildung gemacht. Das sind Einsparungen von rund Fr. 45'000.—. Fakt ist, dass es für das Jahr 2016 Einsparungen von Fr. 180'400.— gibt. Wir gehen davon aus, dass die Schuldirektion ihre Aufgaben gemacht hat. Wenn es noch detailliertere Fragen zu beantworten geben müsste, wäre Ueli Kleiner als Fachmann anwesend.

Stephan Hodonou: Noch zwei Sachen: Wenn Du den Motionstext liest, sind die Finanzen nur eine Richtzahl. Es geht um die Berechnung der Pensen. Das ist die Stossrichtung der Motion. 370 % bei diesen Schülerzahlen. Das Zweite ist ein Fakt aus dem Stadtrat. Beilagen zum Budget, Seiten 12 und 13. Dort steht schwarz auf weiss, dass es im Moment 419 % Schulleitungspensen sind. Das entspricht nicht dem Modell, das wir haben.

Huguette Meyer Derungs: Fakt ist auch, dass die Direktion Bildung Verantwortung übernommen und gespart hat. Wie es hier von gewissen Direktionen immer wieder gesagt wird, sie sollen Verantwortung übernehmen und schauen, wo sie sparen wollen, und gespart wurde, sogar noch etwas mehr. Mit einer weiteren expliziten Sparmassnahme bei den Schulleitungen von Fr. 50'000.— wird die Grenze überschritten. Ich weiss nicht, ob die Antragsteller einmal mit den Schulleitungen Kontakt aufgenommen haben, was sie eigentlich alles leisten. Ich kann von der Oberstufe reden. Dort wurden die 77 % tatsächlich gestrichen. Wir haben jetzt nur noch 95 % Schulleiter. Vorher waren es 172 %. Das hat dazu geführt, dass viele Projekte diskutiert werden mussten, welche die Schulleitungen koordiniert haben. Ganz viele Projekte, die mit der Wirtschaft zu tun, mit dem JCI Kontakt haben, Kontakte der Berufsbildner und Führungspersonen, die an die Schulen kommen. Das sind die jungen Leute, die nachher in die Wirtschaft hinaus gehen. Auch dort: Das haben die Schulleitungen koordiniert. Es sind 77 % weg. Irgendwo muss man gewisse Sachen sein lassen. Es gibt eine Koordination Partnerschulen, Fachhochschule Nordwestschweiz. Auch dort könnte man sich überlegen: Kann man dies streichen in diesen 77 %? Es sind ganz viele Projekte, die jetzt in Frage gestellt werden, die nicht mehr geleistet werden können. Das sind alles Projekte, die den Schülern zugute kommen und schlussendlich eigentlich auch uns, weil Olten ein Ort, ein Zentrumsort ist, wo es nicht nur Schüler mit top, super gefüllten Rucksäcken gibt, sondern auch viele schwierige Schüler. Die Schulleitungen unterstützen hier auch extrem viel die Lehrerschaft, auch die Schüler. Es konnte dank dieser Unterstützung sicher auch der eine oder andere in der Schule behalten werden, der sehr viel mehr gekostet hätte. Dies fällt halt zum Teil weg. Wenn noch einmal Fr. 50'000.— gespart werden müssen, wird noch mehr nicht mehr leistbar sein, und schlussendlich sind es auch die jungen Leute, die darunter leiden.

Heinz Eng: Stephan, ich weiss nicht, ob Du Mathematik unterrichtest. Aber ich habe hier fast den reinen Horror und das Grauen bekommen. 496 %, 370,5 %, 417 % usw. Nachher gibt es scheinbar noch einen Schulleitungspensenbeamtenlehrerverband. Unnötige Beamtenhorden bis an den Bach hinunter, die solches Zeug in siebenfachen Reglementen vorschreiben, also absolut birnenweich. Worum geht es schlussendlich? Es geht um die Qualität der Schule Olten und um nichts anderes. Es geht um unsere Kinder. Was ist das Beste für unsere Kinder? Ob jetzt das Prozentkriterium 470 oder 370,5 ist, spielt doch keine Rolle. Es geht um unsere Kinder, und es geht darum, dass die Motion entsprechend erfüllt wird. Da bin ich einverstanden. Ich komme jetzt gleich zum Materiellen. Mich hat dieser Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion sehr irritiert. Sie schreiben hier: „Nun legt der Stadtrat“. Klar ist es der Stadtrat, das Kollegium. Aber schlussendlich ist es der Stadtpräsident, der dieses Ressort inne hat. Ich glaube, es ist hier nicht Kritik angebracht, sondern es ist vor allem auch Dank angebracht – er ist leider heute abwesend – wie dies geführt wird, auch über die

Schulleitungen usw. Klar stimmt nicht alles. Es gibt auch Fehler. Aber im Grossen und Ganzen. Diejenigen, die Kinder in der Volksschule haben, diejenigen, die schon Kinder in der Volksschule hatten, oder diejenigen, die noch Kinder für die Volksschule in der Stadt Olten haben werden, wissen, wovon ich rede. Schule Olten läuft, wird gut gemacht. Klar gibt es gewisse Fehler, aber wie überall. Zum Materiellen: Markus Dietler hat allen Parlamentariern am letzten Montag eine Erklärung betreffend Besoldung der Primarschule und der Schulleitungen geschickt. Wenn ich dies richtig interpretiere, sinkt die Lehrerbesoldung des Budgets 2015 in das Budget 2016 um Fr. 55'000.—. Dort wird gespart. Lehrerbesoldung netto. Dort wird gespart. Schlussendlich spielt es mir als Parlamentarier keine Rolle, ob jetzt hier 317,5 % oder 495,7 % irgendwo sind, sondern dass der Sparauftrag inne- und wahrgenommen und weiter gemacht wird. Das erfüllen die Schulleitung und der Stadtpräsident mit seinem Ressort. Also ist hier sicher nicht Kritik angebracht. Er führt dies vielleicht nach der Auftragstaktik und nicht nach der Befehlstaktik mit dem letzten Franken. Aber auch das geht in Ordnung. Ich werde diesen Antrag ablehnen, unabhängig davon, was hier passiert, und ich bitte, hier doch etwas Vernunft walten zu lassen. Noch einmal: Danke, Herr Stadtpräsident, danke an die ganzen Ressortleiter usw., und es geht hier um die Qualität der Schule Olten und unsere Kinder.

Thomas Rauch: Ich möchte kurz etwas zu Huguette sagen. Ich meine, welche Qualität die Schulen usw. haben, ist nicht bezweifelt. Diese Sachen sind alle okay. Aber der Ursprung dieser Sache war, dass wir die Qualität der Schule an die Front bringen möchten. Die Motion ist ja eigentlich ein verpflichtendes politisches Instrument, das gesagt hat: Reduktion der Schulleitungspensen. Sie hat nicht gesagt, man solle die Wartung, wie Iris gesagt hat, reduzieren, oder jetzt in der Freizeit der Lehrer machen. Es ist nicht um die Betreuung von Kindern gegangen. Es ist nicht um das Putzen und das Aufräumen gegangen. Es ist darum gegangen: Schulleitungsprozente werden reduziert, verpflichtend vom Parlament. Ich bin der Meinung, wir haben einen demokratischen Prozess, den man ernst nehmen muss, aus Respekt vor den Institutionen, und jetzt führt dies dazu, dass man die Schulleitungsprozente reduzieren muss und nicht die Prozente derjenigen, die das Schulzimmer mit dem Besen aufputzen. Es ist nicht eine Frage von Schulqualität und was im Unterricht passiert, sondern es ist eine demokratische Motion, verpflichtend, Reduktion Schulleitungsprozente. Mehr gibt es eigentlich nicht zu sagen. Das ist keine Diskussion über Schule. Das ist eine Diskussion über Schulleitungsprozente.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich habe jetzt etwas viel Qualität gehört. Ich kann mich erinnern, dass Ihr vor einem Jahr die Hand hoch gestreckt habt, als es darum ging, für unsere Kinder mehr Schulqualität hinzubringen. Das ist lobenswert. Das ist gut. Ich unterstütze dies. Schulleitungen beeinflussen die Qualität an der Front entscheidend. Je besser die Schulleitungen sind, je motivierter sie sind, auch wenn sie halt 2 bis 3 % Pensen mehr haben, als wenn man vielleicht ganz, ganz, ganz hinunter sparen würde, können sie den Lehrerinnen und Lehrern wahnsinnig viel helfen und sehr viel abnehmen, damit sich die Lehrerinnen und Lehrer sich wirklich auf ihre Unterrichtsqualität an der Front konzentrieren. Das steht und fällt mit guten und gut ausgerüsteten Schulleitungen. Das ist einfach so. Ihr müsst mir dies glauben. Wenn Ihr dies wollt, lehnt diesen Antrag ab. Wenn Ihr sagt: Okay, die Stadt fährt überall etwas herunter, dann kann es auch bei den Schulen sein. Hier wird es mit der Qualität schon noch gehen. Und so etwas mit Gottvertrauen. Dann geht dies vielleicht. Aber vielleicht muss man etwas mehr als Gottvertrauen haben und unseren Schulleitungen und Schulleitern die Arbeitsbedingungen, zu denen der Stadtrat das Gefühl hat und nicht nur das Gefühl hat, sondern weiss, dass es der richtige Entscheid ist, auch gewähren, damit sie möglichst viele der Lehrerinnen und Lehrer an der Front weg haben, Triagen machen können, damit sie ihre Arbeit gut machen können.

Marlène Wälchli Schaffner: Das Thema Schulqualität ist unbestritten. Deshalb haben wir diese Motion eigentlich auch überwiesen, als es darum ging, die Schulqualität anzuheben, und wir haben mehr Geld gesprochen, ich glaube ca. Fr. 300'000.—. Von daher finde ich, dass es ein Unterschied ist. Schulqualität wollen wir. Aber wir sind überzeugt, dass gute Schulleitungen auch mit einem reduzierten Pensum diesen Auftrag erfüllen können, weil sie eben Führungspersonen sind und dies in diesem Umfeld machbar ist.

Beatrice Schaffner: Diese Diskussion kann man jeweils auch in der freien Wirtschaft anhören. Wenn die Wirtschaft boomt, werden Häuptlinge eingestellt. Dann werden Chefstellen geschaffen. Dann werden Stäbe eingestellt. Wenn dann in der Wirtschaft das Geld nicht mehr da ist, ist es halt dann leider so, dass dort Indianer über die Klippe springen müssen. Diejenigen, die wischen, werden zuerst entlassen. Diejenigen, die Handlangerarbeiten erledigen, werden zuerst entlassen. Diejenigen, die sich nicht wehren können, werden zuerst entlassen. Hier haben wir jetzt ein demokratisches System, wo wir bestimmen können, ob wir jetzt die Indianer entlassen oder bei den Häuptlingen sparen. In Olten sind wir im Vergleich zum Kanton mit Schulleiterstellen immer noch sehr gut gestellt. Deshalb möchte ich hier beliebt machen, diese Reduktion anzunehmen.

Heinz Eng: Marlène, es wäre ja schön, wenn es so einfach wäre: Schulleitung gleich Führung. Aber du musst einmal mit der Schulleitung des Bifang- oder Sälischulhauses reden. Das ist nicht Führung pur. Das ist Integration. Das ist Knochenarbeit vom Feinsten. Da muss man mehr mit den Eltern, Fremdsprachigen usw. reden gehen. Ich hatte ja meine Kinder. 60, 70, 80 %. Das ist nicht das Bannfeld, wo Hansli und Vreneli noch sind. Das Sälischulhaus, das Bifangschulhaus, 70, 80 % Kinder mit Migrationshintergrund. Dann kann dort nicht einfach der Schulleiter auf dem Thron sitzen und sagen: Macht jetzt etwas so! Er ist an vorderster Front.

Felix Wettstein: Ich habe eine konkrete Frage, die ich vermutlich gleich zu Ueli Kleiner gebe. Iris, ich stelle sie einmal. Es geht ja um den konkreten Budgetposten Löhne, Verwaltung und Betreuungspersonal 2190.3010.00 von 1,721 Millionen. Wessen Löhne sind dies? Ich habe das Gefühl, wir meinen nur einen Teil der Löhne, über die wir jetzt diskutieren. In diesem Posten sind aber noch Löhne von weiteren Personen. Vielleicht ist es noch hilfreich, wenn wir erfahren, wessen Löhne hier zusammenkommen.

Ueli Kleiner: Ich kann gerne kurz etwas dazu sagen. Innerhalb dieser Budgetposition sind das gesamte Verwaltungspersonal, also die Direktion Bildung und Sport, Schulsozialarbeit plus alle Schulleitungen enthalten. Ich möchte gleichwohl noch kurz anschliessen und kommentieren, was ich vorher gehört habe, wenn ich diese Möglichkeit habe. Wir haben gekürzt. Wir haben 77 % gekürzt. Wir haben eine Stelle aufgehoben und hatten damit verbunden personelle Massnahmen umzusetzen, das heisst jemanden entlassen. Wir haben zusätzlich diese Sparanstrengungen unternommen, die zusammen zu einem Volumen von Fr. 180'000.— führen. Wenn diese Kürzungen jetzt so wie beantragt durchkommen würde, müsste ich sagen, dass wir gegenüber 2009, als wir mit dem Konzept Geleitete Schule angefangen haben, wesentlich tiefer sind. Wir haben aber heute eine ganz andere Situation. 2008 ist das Konzept Geleitete Schulen eingesetzt worden. All das, was nachher, von 2008 bis 2015, umgesetzt werden musste, war noch nicht auf dem Radar. Ich möchte nur noch kurz ansprechen, was Heinz Eng vorher gesagt hat. Wir haben einen impliziten Auftrag, der nirgend steht, und das ist der Integrationsauftrag. Das ist quasi ein Nebenprodukt unserer Schule. Diesen haben wir zu erfüllen. Das hat Konsequenzen für die Ressourcen, die wir dafür einzusetzen haben, vor allem auch bei den Schulleitungen, natürlich in erster Linie bei Lehrpersonen.

Urs Knapp: Noch einmal: Wir haben einen Parlamentsauftrag, der umgesetzt werden muss, und wir haben jetzt eigentlich gehört, dass die Verwaltung diesen Auftrag nicht umsetzen will. Letztlich ist dies die Frage. Wollen wir, dass dieser Auftrag umgesetzt wird, oder wollen wir, dass er nicht umgesetzt wird?

Beschluss

Mit 25 : 20 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Reduktion um Fr. 50'000.— beim Konto 2190.3010.00 zugestimmt.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich liefere noch etwas Geld nach, das man sparen kann. Mit den Sozialleistungen sind es Fr. 57'500.— und nicht Fr. 50'000.—.

3290.3636.01, Beitrag an Musik-/Orchestervereine (Seite 62)

3411.3631.00, Hallenbad (Seite 62)

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Hier liegen zwei Anträge vor, die vorgängig eingereicht wurden. Wenn es recht ist, würde ich diese gerne in der Reihenfolge behandeln. Wenn es dann andere Anträge gibt, kann man sie nachher stellen. Der erste Antrag betrifft Konto 3290.3636.01. Eingereicht hat ihn Fritz Buser.

Fritz Buser: Eigentlich dachte ich, ich müsste diesen Antrag singen. Aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich darauf verzichten. Die Stadtmusik erhält Subventionen von Fr. 19'000.—, das Stadtorchester Fr. 4'000.—. Die dritte grosse Musikgesellschaft, nämlich der Oratorienchor, bekommt je nachdem etwas aus dem Dispositionskredit, im letzten Jahr, Irrtum vorbehalten, Fr. 500.—. Wenn wir ein Konzert auf einem sehr hohen Niveau durchführen, in diesem Jahr Paulus, und im nächsten Jahr das Requiem von Mozart, kostet uns allein das Orchester Fr. 25'000.—. Ich beantrage deshalb, dass man einen festen Beitrag ins Budget aufnimmt, und habe an Fr. 6'000.— gedacht. Besten Dank.

Heidi Ehrsam: Kultur ist mir sehr wichtig. Deshalb habe ich mich dieses Antrags von Fritz angenommen. Der Oratorienchor, wie er ihn nennt, ist der ehemalige Gesangverein Olten, der hier wirklich gut positioniert war. Der Gesangverein Olten hat bis und mit Budget 2015 Fr. 3'000.— erhalten. Wenn wir in der Rechnung 2014 nachschauen, wurden dort unter diesem Posten Fr. 23'000.— belastet. Das werden die Fr. 19'000.— des Stadtorchesters sein, das eine Leistungsvereinbarung hat und damit nicht mit dem Oratorienchor vergleichbar ist, und die Fr. 4'000.— des Stadtorchesters. Es ist vielleicht zu fragen, oder Fritz sollte vielleicht einmal anfragen, ob der Gesangverein, jetzt Oratorienchor, seine Fr. 3'000.— in diesem Jahr nicht abgeholt hat. Man muss es so sehen. Ich habe es etwa ab 2011 angeschaut. Der Gesangverein, sprich Oratorienchor, hatte immer Fr. 3'000.—, das Stadtorchester, das eher noch mit dem Oratorienchor vergleichbar ist, aber mehrere Konzerte pro Jahr gibt, hatte bis zum Jahr 2014 Fr. 8'000.—, 2015 Fr. 4'000.— und jetzt 2016 sind ebenfalls Fr. 4'000.— für das Stadtorchester budgetiert. Das stimmt. Für den Gesangverein, sprich Oratorienchor, ist in diesem Jahr zum ersten Mal nichts mehr budgetiert. Wenn wir jetzt aber die Sparquote von 30 bis 50 % nehmen, wo sich die kulturellen Institutionen über das Band einstreichen lassen mussten, wäre ein Antrag von Fr. 2'000.— etwa im Verhältnis gewesen. Fr. 6'000.— sind eindeutig zu hoch. Aber ich glaube, wenn es dann nur noch um Fr. 2'000.— geht, ist es vielleicht gescheiter, wenn der Oratorienchor versucht, für seine sehr wertvolle Arbeit und dem sicher tollen Auftritt, den er jeweils im Juni hat, wieder über den Dispositionskredit etwas zu erhalten. Wichtig wäre jetzt noch, dass der Oratorienchor abklären würde, ob er die Fr. 3'000.—, die er jetzt 2015 im Budget wirklich für sich noch gut abholen kann, schon abgeholt hat. Das wäre jetzt eigentlich wichtig. In diesem Sinne ist unsere Fraktion diesem Antrag nicht sehr positiv gegenübergestellt.

Doris Känzig: Vielleicht nur ein Hinweis an den Gesuchsteller: Wir haben ja immer noch die Kulturförderungskommission, wo Du im Moment noch ein Gesuch auf jährlich wiederkehrend stellen könntest.

Fritz Buser: Ich habe das Budget angeschaut und die Zahlen gesehen. Der Oratorienchor hat gefehlt. Deshalb habe ich einen Antrag gestellt. Ganz einfach.

Beschluss

Mit 32 : 4 Stimmen bei 12 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Zu 3411.3631.00, Hallenbad (Seite 62)

Dr. Christine von Arx: Ich habe eigentlich in der Begründung schon alles geschrieben. Ich möchte einfach nur noch einmal erwähnen, dass wir schon zweimal über dieses Hallenbad

abgestimmt haben, dass allen klar ist, dass man nicht schwimmen gehen kann, wenn saniert wird, dass man, als man das Budget gemacht hat, davon ausgegangen ist, dass das Hallenbad wegen der Sanierung geschlossen sein wird, dass dies jetzt nicht so ist, dass der Kanton das Bad für die Schule offen halten wird und es deshalb nicht einzusehen ist, wieso die Schwimmer der Stadt Olten das Hallenbad in dieser Zeit nicht benützen können. Deshalb braucht es hier Geld im Budget, damit man die entsprechenden Kosten, die es verursacht, dann zahlen kann.

Beschluss

Mit 26 : 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

8130.3636.01, Beiträge Volière und Tierpark (Seite 88)

Matthias Borner: Mein Antrag wird wahrscheinlich einige erstaunen. Ich möchte auf einen meiner Anträge von vor zwei Jahren zurückgehen. Ich war recht schockiert, als ich gesehen habe, dass man hier bei Jugendprojekten für Handy, Unternehmensberatung, für die Organisation von Partys mit zehntausenden Franken subventioniert hat. Ich habe vor zwei Jahren schon den Antrag gestellt, dass man dem Tierdörfli wieder die Fr. 5'000.— gibt. Ich stelle diesen Antrag jetzt wieder. Das Tierdörfli leistet auch viele Dienste für die Stadt. Das heisst, wenn jemand invalid ist oder stirbt und ein Hund oder eine Katze zurückbleibt, sorgt das Tierdörfli für ihn oder sie. Wir können einfach von Glück reden, dass dies nicht eine Betriebsökonomin ist, weil sie sonst von der Stadt auch etwas verlangen würde, und das macht sie nicht. Deshalb stelle ich meinen Antrag.

Doris Känzig: Ich kann hier noch beifügen, dass Sozialabhängige der Stadt Olten und Umgebung regelmässig ihre Tiere dort abgeben, verarzten lassen oder die Tiere werden auch vom Sozialamt selber gebracht. Die Rechnungen werden nicht bezahlt. Das übernimmt auch alles das Tierdörfli. Mir scheint, schon von daher hätte man diese Verantwortung.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Im Stadtrat haben wir die Praxis, dass wir, wenn jemand für einen solchen Beitrag fragt, immer zuerst die Rechnung für die laufende Periode, die sie haben, anschauen. Wir haben gemerkt, dass hier auch Anträge von Vereinen oder Institutionen hereinkommen, die schwarze Zahlen schreiben und auch eine recht gute Finanzlage haben. Ich wäre vorsichtig mit der Gutheissung dieses Antrags, ohne dass wir die konkreten Zahlen des Tierdörfli gesehen haben. Wir wissen ja nicht, ob sie schwarze Zahlen schreibt oder nicht.

Matthias Borner: Ich will einfach betonen, dass man mit diesen Fr. 5'000.— immer noch besser fährt, als wenn es der Stadt in Rechnung gestellt würde.

Christian Werner: Ich finde, wir müssen schon verstehen, worüber wir abstimmen. Zumindest ich verstehe es nicht. Welches Konto ist betroffen, was ist der Antrag, wie viel soll dieser Betrag sein? Vielleicht bin ich zu dumm. Aber ich verstehe es wirklich nicht.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich hätte es in meiner Frage gleich noch einmal ausgeführt. Aber ich mache es sehr gerne jetzt. Es geht um das Konto 8130.3636.01, um Fr. 5'000.—, die man neu dem Tierdörfli sprechen würde. So habe ich dies jeweils verstanden. Weil wir gerade darüber geredet haben, fand ich, dass es sinnvoll wäre, wenn wir später nicht noch einmal darauf zurückkommen, sondern jetzt darüber abstimmen würden, auch wenn es jetzt in diesem Sinne hier nicht hineinpasst.

Beschluss

Mit 32 : 7 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Ernst Eggmann: Ich möchte es zusammenführen. Eigentlich geht es um das ganze „KULTUR, SPORT UND FREIZEIT, KIRCHE“. Bevor ich jetzt einen Antrag stelle, den ich

dann wieder zurückziehen muss, möchte ich zuerst etwas wissen. Es sind hier insgesamt 20 neue Posten in einem Wert von Fr. 307'000.— aufgeführt. Davon sind über all diese Posten Kultur und Freizeit usw. 9 mit Service-Abos, die Fr. 137'100.— ausmachen. Ich möchte gerne wissen, weshalb sie neu drin sind und ob sie neu abgeschlossen wurden oder was das ist. Das wäre das Eine. Das Zweite wäre eine Frage: Warum gibt es jetzt plötzlich auf Seite 66 3424.3140.01 Unterhalt Grünanlagen neu Fr. 52'000.—?

Urs Tanner: Vor allem bei den Gebäuden haben wir den Unterhalt ziemlich stark auseinander gezogen. Das war bis jetzt einfach eine Position: Gebäudeunterhalt oder betrieblicher baulicher Unterhalt. Den Serviceunterhalt oder die Serviceabonnements, die drinnen waren, haben wir jetzt separat. Sie sollten übrigens alle etwa die gleiche Unterkontonummer haben. Aber das ist auch eine Aufsplittung aus HRM2. Auch bei den Grünanlagen haben wir das Ganze etwas auseinander genommen. Man sieht, dass wir früher bei den Parkanlagen einmal Fr. 62'000.— hatten. Das ist jetzt auf Fr. 10'000.— und Fr. 52'000.— aufgeteilt worden, also genau dasselbe.

3420.3636.00, Provisorium 8 (Seiten 64/65)

Matthias Borner: Jetzt kommt wahrscheinlich ein Antrag, den viele erwartet haben. Ihr habt vermutlich ein Mail erhalten, das hinaus gesendet wurde. Ich habe ein Mail mit meinen Fragen hinaus gesendet. Es wurde nachher an alle Parlamentarier verteilt, übrigens ohne mein Einverständnis, was ich nicht ganz okay finde. Mein Punkt ist einfach, dass dies ein recht grosser Budgetposten von Fr. 242'000.— ist. Wir diskutieren hier um kleinere Beträge, ob wir jetzt hier mehr oder weniger zahlen. Da haben wir so Fr. 1'000.—, Fr. 5'000.—, über die wir diskutieren. Hier sind es Fr. 242'000.—. Ich war in den letzten Jahren und bis heute eingeschlossen der Einzige, der wissen möchte, wofür dieses Geld ausgegeben wird. Oder hat irgendjemand von Euch die Rechnung angeschaut? Niemand hat sie angeschaut. Dort konnte man einfach herausfinden, dass es ein Mitarbeiter mit 80 % plus noch eine Assistenz ist. Sie haben zwei Handys, die je Fr. 1'200.— kosten. Das ist einfach zu viel. Oder es braucht für ein Jugendprojekt eine Unternehmensberatung für Fr. 4'000.—? Hier hatte es lauter solche Punkte. Das Zweite ist, dass für Partys auch recht viel Geld in die Hand genommen. Damit konkurrenzieren wir eigentlich die anderen Bars, wie zum Beispiel das Magazin oder das Sisième, indem wir es subventionieren. Ich weiss, dass das Problem ist, auch wenn ich hier mit Leuten zu diesem Thema diskutiert habe, dass man das Gefühl hat, wer gegen das Provisorium 8 ist, ist gegen die Jugend. Aber meine Frage ist: Was ist die Jugend, und was ist der Auftrag? Ich habe das neue Konzept, das sie erarbeitet haben, angeschaut. Besonders fällt auf, dass man jetzt einfach den Punkt Jugendlicher erhöht hat. Man gilt jetzt bis 25 als Jugendlicher, und man wird das Gefühl nicht los, dass diejenigen, die diese Sache betreiben, ihre Pfründe eigentlich quasi verteidigen. Man wird einfach das Gefühl nicht los, dass es nichts anderes als eine subventionierte Freizeitgestaltung für eher links gerichtete Jugendliche ist. Die Frage ist: Wollen wir das? Was ist eine sinnvolle Jugendarbeit? Ich muss zugeben, dass ich hier nicht Fachmann bin. Ich habe nur diese Rechnung angeschaut und bin zum Schluss gekommen, dass man hier zu viel Geld ausgibt. Für mich persönlich wäre sinnvoll, dass man vielleicht für Jugendliche von Migranten oder für Jugendliche von Sozialhilfebezügern – das sind eigentlich diejenigen, die es brauchen – etwas macht. Drittens, und das ist halt auch meine Meinung, sollte man das Geld für Jugendarbeit den Sportvereinen geben, weil nichts die Leute so gut integriert, als wenn sie zusammen ein Ziel haben, und das machen Sportvereine. Die Frage ist jetzt einfach, welchen Antrag ich stellen soll. Für mich ist einfach eindeutig, dass man hier zu viel Geld ausgibt. Im letzten Jahr hat bei meinem Antrag ja hinten auch jemand vom Provisorium gesprochen. Besonders aufgefallen mit dem Bericht ist jetzt, dass derjenige, der gesprochen hat, selber auch daran verdient hat. Das ist auch, was Ihr in diesem Mail gesehen habt. Es ist etwas fragwürdig, und er hätte in den Ausstand treten müssen. Er hätte nicht reden dürfen. Ich will sagen: Ich habe nichts gegen das Provisorium 8. Ich bin einfach der Meinung, dass die Stadt nicht so viel Geld à fonds perdu hineinstecken soll. Darum stelle ich den Antrag, dass man dies um Fr. 30'000.— auf Fr. 212'000.— reduziert. Vielen Dank.

Heinz Eng: Matthias, der Richtigkeit halber muss man auch sagen, dass wir dies in der GPK alles besprochen haben. Das ist richtig. Ich bin mit Dir hundertprozentig einverstanden. Aber der Stadtrat, also wieder der Stadtpräsident, hat gesagt: Problem erkannt. Es wird daran gearbeitet. Mit der Leistungsvereinbarung usw. werden diese Positionen angeschaut. Von mir aus gesehen glaube ich dies. Vielleicht bin zu sehr obrigkeitlich. Wir werden in einem Jahr wieder schauen. Auch hier geht es um die Jugend. Von mir aus gesehen i.O.

Urs Knapp: Ich habe eine Verständnisfrage. Beim Stichwort Leistungsvereinbarung bin ich natürlich hellhörig geworden. Gibt es eine Leistungsvereinbarung für das Provi 8? Wie lange läuft dies, und wann kann man als Parlament handeln?

Stadtrat Thomas Marbet: Es gibt eine Leistungsvereinbarung. Sie gilt unter Vorbehalt des Budgets noch bis zum Ende des nächsten Jahres, wird aber, zusammen mit den Verantwortlichen des Provi 8, überarbeitet. Es ist bei allen Leistungsvereinbarungen so. Wenn Ihr streicht, sind sie alle aufgelöst. Das gilt immer unter Vorbehalt der Genehmigung der Finanzen.

Matthias Borner: Wir hatten zwei Jahre lang keine Leistungsvereinbarung. Das ist effektiv so. Man hat das Geld einfach gesprochen. Egal, was man jetzt konzipiert oder macht: Die einzig fixe Zahl war: Hauptsache, wir geben Fr. 242'000.— aus. Es gibt auch Jugendarbeit, die nicht Fr. 242'000.—, sondern Fr. 212'000.— ausgibt. Ich möchte auch noch einmal in Erinnerung rufen: Vor einem Jahr hat der Stadtrat beantragt, dass man das Provisorium ganz schliesst, weil es nicht mehr zeitgemäss sei. Wenn Ihr vielleicht auch den CS-Jugendbarometer gesehen habt, ticken die heutigen Jugendlichen anders. Auch das Budget, das mir der Stadtrat geschickt hat. Wisst Ihr, wie der Titel davon war? „Budget Färbi“. Das zeigt doch einfach auf, dass man sich gar nicht mehr bewegt hat. Sie heisst schon längstens nicht mehr Färbi. Aber das haben noch nicht alle „gecheckt“.

Luc Nünlist: Ich möchte mich hier gerne dagegen aussprechen, dass man alles in ein Birchermüesli wirft. Ich bin auch dafür, dass man Sportvereine als Ort der Integration, als Ort, wo sich Jugendliche betätigen, fördert. Aber das hat nichts mit dem Provi 8 zu tun, weil dies jetzt halt kein Sportverein ist. Ich bin auch dagegen, dass wir hier über die Handypreise reden, die irgendjemand hat. Hier kann uns vielleicht jemand mit gutem Grund erklären, warum er für hundert „Stutz“ pro Monat telefoniert. Das ist eine irrelevante Information. Für uns ist zum Beispiel relevant, wie oft jemand vor Ort ist, wie oft man etwas mit Jugendlichen macht, und was wird im Provi 8 tatsächlich gemacht und geboten. Zum Beispiel hatte die Stadt Olten erst gerade letzte Woche ihre Jungbürgerfeier im Provi 8 durchgeführt. Man hat dort eine Veranstaltung gemacht, wo man alle frisch 18-jährigen Leute der Stadt zusammengenommen und eine Veranstaltung durchgeführt hat. Wenn ich dies mit anderen Jugendzentren, die ich so kenne, vergleiche, wird dort wirklich nicht unsinnig Geld ausgegeben hat. Es ist nicht der schickste „Töggeli-Kasten“, es ist nicht der am neuesten bezogene Billardtisch. Derjenige in Trimbach ist viel schöner. Aber auch das ist nicht eine wirklich relevante Information. Ich bin einfach dagegen, dass wir jetzt hier auch wirklich aus der Luft gezaubert einmal Fr. 30'000.— mit der Rasierklinge heruntergehen, wo wir ja genau so wenig wissen, wie sie sich jetzt zusammenstellen würden.

Michael Neuenschwander: Kein Antrag, auch nur ein kurzer Kommentar. Mir tut es eigentlich leid für die Integrationsarbeit, die das Cultibo macht und die langsam ausblutet. Einfach, damit man dies vielleicht im Auge behält. Jetzt gibt es eine neue Leistungsvereinbarung für das Provisorium, dass man dies tatsächlich anschaut und schaut, ob man vielleicht einen kleinen Teil davon kostenneutral umbeigen könnte, in einem Jahr dann vielleicht ins Cultibo. Das hat nicht mit dem jetzigen Antrag zu tun.

Matthias Borner: Ich muss einfach Luc sehr widersprechen. Die Frage ist einfach, wofür man das Geld ausgegeben hat. Wenn man sieht, dass sie für das Handy mehr Geld als unser oberster Polizist ausgeben, kann man einfach nicht gutheissen, wenn die Stadt hier das Geld spricht. Die Kritik, die ich in den Raum stelle, ist: Für wen wird dieses Angebot hingestellt? Wenn man dieses Angebot anders aufstellt, kann ich ihm durchaus etwas

abgewinnen. Aber hier habe ich wirklich das Gefühl, dass vielleicht auch die Stipendieninitiative etwas durch die Hintertür eingeführt wurde. Das kann auch sein.

Yann Schlegel: Ich möchte einfach kurz etwas dazu sagen, dass Matthias Borner gesagt hat, das Provi 8 richte sich vor allem an ein linkes Publikum. Ich kann darauf hinweisen, dass zum Beispiel eine Wahlveranstaltungsparty stattgefunden hat, wo sämtliche Parteien ausstellen durften. Es war eine gute Sache, und ich glaube, grundsätzlich kann man sagen, dass Politik im Ausgang nicht so scharfe Trennungen kennt. Zum Beispiel auch das Coq hat anderes Publikum als nur links, wie es oft moniert wird.

Beschluss

Mit 21 : 20 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag von Matthias Borner abgelehnt.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Noch etwas zur Präzisierung: Wenn Ihr das Budget beim Posten 3420.3636.00 auf Seite 65 anschaut, seht Ihr, dass der Trendsport dort nicht mehr aufgeführt ist. Wenn Ihr die Beilagen nehmt, ist es auf Seite 5 noch aufgeführt. Es ist nicht so, dass wir die Fr. 16'500.— gestrichen haben, sondern es läuft jetzt über den Freizeifonds und wird nicht mehr über die Allgemeine Rechnung bezahlt. Nur, damit es klar ist.

5721.3636.00, Beitrag IKUBO (Seite 72)

Yabgu Balkaç: Die SP-Fraktion hat bei der Begründung ziemlich ausführlich dargestellt, worum es geht. Deshalb werde ich mich kurz halten. Die interkulturelle Bibliothek IKUBO hat in den letzten fünf Jahren eine Aufbauarbeit geleistet. Der Verein leistet eine enorme Arbeit mit hundertprozentig freiwilliger Arbeit. In der Zwischenzeit ist der Verein mit den Institutionen, Schulen, Eltern sehr gut vernetzt. Deshalb finden wir, dass es eine Arbeit ist, die verloren geht. Im Sinne einer Nachhaltigkeit sollten wir nicht etwas zerstören, das wir selber aufgebaut haben. Die Stadt Olten und der Kanton haben auch enorm dazu beigetragen, dass der Verein entstanden ist und sich entwickelt hat. Deshalb finden wir, auch im Sinne einer Anerkennung dieser Arbeit, sehr wichtig, dass der Verein seine Arbeit fortsetzen. Wir haben in einem anderen Zusammenhang gehört, dass wir in Olten in den Schulen und in anderen Bereichen Integrationsprobleme haben. Genau dort setzt der Verein an, arbeitet mit den Lehrpersonen zusammen. Klassen besuchen die Bibliothek, und so als Stichwort geht es auch um die Chancengleichheit vieler Migrantenkinder. Das heisst, es ist ein Bereich, den der Verein abdeckt. Ich denke, mit rund einem Drittel Migranteneinwohnerinnen und –einwohner bei uns in Olten wäre es verheerend, wenn wir auf eine solche Arbeit verzichten würden, vor allem, wenn es nur um Fr. 10'000.— geht. Besten Dank für die Unterstützung.

Beschluss

Mit 21 : 19 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich erlaube mir jetzt gleichwohl noch kurz die Bemerkung, dass man bei anderen solchen Geschäften auch schon in den Ausstand treten musste. Aber es wäre jetzt nicht auf das Ergebnis angekommen. Niemand hat einen Ordnungsantrag gestellt. Ich möchte hier auch etwas an Euer Gespür appellieren. Vielen Dank.

Christian Werner: Aber das würde mich jetzt gleichwohl noch interessieren. Erhält Yabgu Geld für seine Arbeit in dieser interkulturellen Bibliothek von dem, was wir jetzt gesprochen haben?

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Nein, aber es hat diesen Fall ja schon gegeben, dass Paul Dilitz damals in den Ausstand treten musste. Ich habe mich jetzt einfach gerade erinnert. Deshalb habe ich dies gesagt. Yabgu, antworte Du doch gleich selber.

Yabgu Balkaç: Ich habe ja erwähnt, dass die ganze Arbeit hundertprozentig als ehrenamtliche Arbeit erledigt. Das heisst, auch meine Arbeit ist ehrenamtlich. Von daher erhalte ich keinen Rappen.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Das ist im Übrigen beim Cultibo auch so. Ich wollte es gesagt haben, damit man sich dessen auch bewusst ist. Wir haben hier immer auch sehr viele Interessen, und ich bin immer für gleich lange Spiesse. Deshalb einfach diese Bemerkung meinerseits.

5790.3632.01, Restkosten Sozialregion (Seite 72)

Urs Knapp: Die Restkosten sind diejenigen Kosten, die der Kanton nicht deckt. Er gibt ja pro Dossier Fr. 1'500.—. Die Stadt oder Sozialregion entscheidet dann selber, ob es noch mehr Kosten gibt, und sie werden verteilt. Es gibt Sozialregionen, die deutlich weniger Restkosten als die Sozialregion Olten haben. Es soll sogar Sozialregionen geben, die mit Fr. 1'500.— pro Dossier auskommen. Das weiss ich aber nur vom Hörensagen. Wir haben immer wieder über Sozialkosten diskutiert. Wir haben aber immer wieder gemerkt, dass wir hier etwas wie bei einer Gummiband nicht richtig zum Ziel kommen. Über die Restkosten würden wir zum Ziel kommen. Eine Effizienzsteigerung um 10 % ist möglich. Die Direktion kann selber entscheiden, wie sie dies umsetzen will. Aber unser Antrag wäre, Fr. 150'000.— Restkosten kürzen. Das würde, wenn meine Rechnung stimmt, auch heissen, dass wir dann wieder einmal besser als das Budget, das vom Stadtrat beantragt wird, wären. Im Augenblick haben wir mehr Ausgaben, als eigentlich vom Stadtrat beantragt wird, wenn man die jetzigen Diskussionen anschaut.

Stadtrat Peter Schafer: Urs, ich bin jetzt etwas erstaunt. Das sagst Du vom Hörensagen, Du habest gehört, andere Sozialregionen hätten tiefere Restkosten. Es sind wieder einmal Worthülsen. Es sind leere Behauptungen. Ich möchte gerne Fakten sehen, wenn Du solche Sachen erzählst. Ich behaupte nämlich, dass die Sozialregion Olten tiefe Restkosten hat. Im Wesentlichen setzen sich die Restkosten aus der Miete im Stadthaus, Fr. 300'000.— zusammen, Informatik Fr. 300'000.— und der Gemeinde-Overhead-Anteil Fr. 590'000.—. Das sind Fr. 1'300'000.—, die in die Stadt zurückfliessen. Olten muss zwei Drittel davon übernehmen und die Aussengemeinden einen Drittel. Fr. 432'000.— fliessen von den anderen Gemeinden in die Stadtkasse. Der Personalbestand ist auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum. Die Aufgaben können damit knapp und mit kalkulierbarem Risiko (möglichen Fehlern) erfüllt werden. Dazu kommt, dass die Sozialregion immer bestrebt ist, effizienter zu arbeiten. Aber wie bei so vielem im Sozialbereich ist nicht alles in Franken und Rappen zu planen. Auch die aktuelle Asylsituation könnte letztlich dazu beitragen, dass die Restkosten bei der Sozialregion wieder steigen. Wenn nämlich der Kanton wieder mehr Zuweisungen macht, müssen wir schauen, wie wir dies im Budget oder in der Rechnung abbilden können. Der Stadtrat ist für Ablehnung dieses Antrages.

Beschluss

Mit 25 : 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

5930.3638.00 Auslandhilfe/Inlandhilfe (Seite 72)

Luc Nünlist: Wir wollten diesen Posten Beiträge Ausland vor etwa zwei Jahren von Seiten der SVP ändern, dass man diesen Beitrag eher im Inland behält. Jetzt wird dies unter einem ganz anderen Stern aktuell. Im Jahr 2015 haben wir hier völlig neue Situationen. Ich möchte aber nicht zu weit ausholen. Ihr habt die Begründung eigentlich vor Euch. Ich wollte nur sagen, wenn man hier eigentlich einen Betrag für das Gemeindegebiet spricht, dass Olten selber aktiv werden und sich dieser Verantwortung stellen kann, wird dem Stadtrat einfach auch ein Mittel gegeben, um diesen im Moment für mich persönlich peinlichen Umständen entgegen zu wirken, dass man hier den Leuten in würdigem Ausmass beistehen und halt die Massnahmen ergreifen kann, die jetzt in diesem Fall der Stadtrat für richtig erachtet. Aber so,

wie es jetzt ist, kann dies nicht sein. Wir können uns hier nicht aus der Verantwortung nehmen. Besten Dank.

Beatrice Schaffner: Wir konnten dies, obwohl dieser Antrag relativ spät gekommen ist, in der Fraktion doch noch ganz kurz andiskutieren. Der Antrag heisst ja „zur freien Verwendung im Inland“. In der Begründung wird eigentlich etwas ganz Anderes gewünscht. Schon aus diesem Grunde werde ich diesen Antrag ablehnen. Aus meiner Sicht wäre der richtige Weg, dass man hier ein Konzept macht, wofür man diese Gelder ausgeben möchte, und dies dann dem Gemeinderat vorlegt. Jetzt wissen wir nicht, wofür der Stadtrat dieses Geld verwendet. Es ist klar. Für die Asylsuchenden im Gheid ist es wirklich keine attraktive Unterkunft, und die Umgebung ist wirklich extrem unattraktiv. Es hat wenig Platz, und es ist richtig ungemütlich. Wenn wir dies so ins Budget aufnehmen, wissen wir nicht, wofür der Stadtrat dieses Geld verwendet. Das ist eigentlich der Hauptpunkt für mich, um diesen Antrag so abzulehnen.

Matthias Borner: Ich möchte nur wegen des Asozialen sagen, dass der Bund immer mehr und jetzt über drei Milliarden für Auslandhilfe ausgibt, und hier zahlen die Stadt Olten und ihre Bürger schon mit. Wir müssen hier kein schlechtes Gewissen haben.

Luc Nünlist: Ich habe niemandem unterstellt, dass er asozial ist. Ich habe nur gesagt, dass dies für mich persönlich keine menschenwürdigen Umstände sind. Dann würde ich sagen, dass wir dies ja konkret fixieren können. Eine Fachstelle für Integration, dass dies dort darunter gerechnet wird und zur Verbesserung der Lage von Asylsuchenden auf Oltnen Boden zweckgebunden ist. Ich würde den Antrag gerne dementsprechend abändern.

Stadträtin Iris Schelbert: Es ist ja ein Geschäft, eine Angelegenheit des Kantons. Er hat angefragt, ob wir die ALST, die Truppenunterkunft, zur Verfügung stellen würden. Wir haben sie ja mehrere Monate frei gehalten, weil wir wussten, nach Solothurn, das die Asylsuchenden zwei Jahre lang in einem Durchgangszentrum beherbergt hat, sind wir jetzt an der Reihe. Insofern kann ich sagen, dass dies eine Truppenunterkunft ist, wo Schweizer Wehrmänner und Wehrfrauen auch drin sind und zwar 160 an der Zahl. Jetzt aktuell sind es 105 asylsuchende junge Männer, vorwiegend aus Eritrea. Ich habe mich bei David Kummer vom Amt für soziale Sicherheit des Kantons erkundigt. Er hat gesagt, die Lage sei extrem angespannt. Er mache im Moment nichts Anderes, als Unterkünfte und Betten für den Strom, der kommt, zu suchen. Er hat es also nicht ganz einfach, auch mit Ausrüstung, Kleidern, Taggeld. Sie erhalten Fr. 10.—. Ich kann einfach sagen, wie die Situation ist. Wir haben die Grossküche in der ALST nicht geöffnet, sondern es wurden mehrere Kochherde gewünscht. Sie wurden nigelnagelneu geliefert. Die Männer müssen sich selber kochen. Es haben jetzt Kochgemeinschaften angefangen, sich zusammen zu tun, weil es wahrscheinlich gescheiter ist, für die Fr. 10.— für mehrere als für einen allein zu kochen. Es reicht dann auch etwas weiter. Es gibt eine zentrale Kleiderversorgungsstelle. In der Friedau in Egerkingen werden Kleiderspenden entgegengenommen, werden dort von den Asylsuchenden aufgearbeitet, werden gewaschen und sortiert. Dort können sich die Asylsuchenden einkleiden. Sie haben auch Deutschunterricht und und und. Natürlich ist es nicht sehr komfortabel. Das ist so. Es haben alle neue Bettwäsche erhalten. Es ist so, dass drei Pritschen übereinander sind. Aber eben: Es ist absolut das, was in der ganzen Schweiz angeboten werden kann. Sie haben neue Bettwäsche, alle schön die gleiche aus der IKEA usw. usw. Ja, es ist eine Notunterkunft. Die Männer sind drei bis fünf Monate dort und kommen dann weg. Wichtig wäre, Tagesstruktur, Arbeitseinsätze bieten zu können. Auch das ist nicht ganz einfach, weil nicht einfach Arbeit à discretion vorhanden ist. Es gibt aber unentgeltliche Freiwilligeneinsätze. Ich weiss jetzt von jungen Männern, die mit diesen Leuten Fussball spielen wollen, nicht in der Halle, sondern draussen. Es kostet nichts. Einfach aus lauter Freude am Fussball usw. Solche Sachen sind natürlich gewünscht. Auch der Deutschunterricht ist halt einfach marginal. Aber man muss sich einfach nach der Decke strecken. Ich kann es nicht anders sagen. Ich sage dies alles eigentlich nur als Durchlauferhitzerin des Kantons, weil die Stadt Olten dort nichts zu sagen hat. Diese Anlage wird von der Firma Service AG im Auftrag des Kantons betreut und geführt.

Christian Werner: Ich möchte kurz etwas Grundsätzliches sagen. Zum Teil habe ich etwas Mühe mit dem Vorgehen gewisser Leute hier. Mir scheint, die Budgetdebatte wird ein Stück weit missbraucht, man führt noch etwas eine Bildungsdebatte und dann noch etwas eine Asyldebatte. Dann hat jemand noch eine Idee, wo man auch noch etwas ausgeben könnte. Zum Teil einfach unvorbereitet und aus der Hüfte geschossen. Dann weiss man nicht einmal, welches Konto es betrifft und hat es vorher nicht abgeklärt und nicht vorbereitet. Ich finde dies eigentlich ziemlich suboptimal, und es ist extrem ineffizient. Ich meine, wir sind noch lange nicht am Ende. Bald ist halb elf Uhr. Wir „nürzen“ hier um irgendwelches Zeug, das eigentlich gar nicht so viel mit dieser Budgetdebatte zu tun hat. Der Antrag, der jetzt hier hereingekommen ist. Das hat die Sprecherin der GLP richtig gesagt. Es ist doch völlig unseriös, wenn man einfach die Idee hat, wir geben nicht 20'000 „Stutz“ mehr aus. Das ist doch willkürlich. Dann will man Ibrahim eine Unterhose kaufen und Mohammed ein Paar Socken oder wie? Wie stellt Ihr Euch dies vor? Nachher kommt noch schnell die Idee. Wir können es ja der Integrationsfachstelle geben. Ich meine, sie hat ein eigenes Budget und eigene Konten. Dann müsst Ihr diese Anträge dort stellen, aber nicht „hüst und hott“ einfach hin und her. Schon nur aus diesem Grunde ist es abzulehnen, und es ist auch inhaltlich abzulehnen. Ich will jetzt hier nicht weiter an dieser Asyldebatte mitwirken, auch wenn man dies vielleicht von der SVP erwarten würde. Aber was Iris Schelbert gesagt hat, trifft zu. Ich war selber mit 180 Personen in Unterkünften, die man Asylbewerbern nicht zumutet.

Thomas Rauch: Ich kann nicht viel mehr dazu sagen. Aber es ist noch wichtig. Ich finde auch, dass es zu beliebig ist. Es ist nicht vorbereitet. Die Argumentation oder Vorlage ist ehrenhaft. Es macht irgendwie Sinn. Aber wir sehen es beim Provi 8. Wenn es unspezifisch ist, kommt es nicht gut. Ich finde, das muss vorbereitet sein. Es muss ein Konzept haben. Dann können wir zustimmen. Ich finde, solche Vorstösse, wie wir heute schon ein paar hatten, gehen in einer Budgetdebatte so nicht. Deshalb sollte man von mir aus gesehen nicht zustimmen.

Myriam Frey Schär: Ich versuche, mich kurz zu fassen. Das mit der Asyldebatte ist gerade etwas eine dicke Post von der SVP, weil wir seit Jahren zu jedem „Seich“ eine verlängerte Sozialdebatte führen und dies auch zu schlucken haben. Deshalb bitte ich doch um etwas Geduld in diesem konkreten Fall. Es geht mir auch etwas darum, dass es uns, halt auch im Sinne einer Geste zu machen, nicht „wurst“ sein darf, was dort läuft. Wir sind Oltnr Bewohnerinnen und Bewohner und müssen ein Interesse daran haben, was dort läuft. Natürlich muss es zweckgebunden sein. Für mich wäre ideal, wenn man schauen gehen und mit diesem Betreiber identifizieren würde, was geleistet wird und was nicht geleistet wird. Was wird Überobligatorisches? Das wäre für uns schön, und wir fänden dies würdig. Dann wäre Geld vorhanden, um es dafür auszugeben. Es ist mir klar, dass es schön wäre, wenn man dies schon so hätte und sagen und beziffern könnte, und das betrifft genau das, das und das. Es ist jetzt aber nicht so. Es ist aber auch eine ganz spezielle Situation, die in dieser Form vielleicht in zwei Jahren nicht mehr existiert. Dann kann man wieder darüber diskutieren. Aber ich fände es schön, wenn wir uns einfach in Form dieses Betrags dazu bekennen würden, dass es uns eben nicht „wurst“ ist, was mit Asylsuchenden läuft.

Simone Sager: Wenn ich Iris richtig verstanden habe, tönt es jetzt hart, aber die Stadt Olten ist für diese Leute nicht zuständig. Luc, was Du in den vergangenen Tagen gemacht hast: Chapeau, super! Mach diese Aktion noch einmal! Wenn eine Pfanne fehlt, sollen die Leute diese vorbeibringen, und wenn sie es nicht haben, sollen sie es beim Kanton beantragen. Vor etwa einer Viertelstunde haben wir IKUBO nicht einmal Fr. 10'000.— gut gesprochen. Quasi: Das ist eine Institution der Stadt. Sie erhalten das Geld nicht. Aber für Leute, für die wir nicht zuständig sind, damit habe ich Mühe. Sie sollen zum Kanton gehen. Er ist zuständig und nicht wir. Wir sind jetzt nicht in der Lage, noch einmal Fr. 20'000.— zu geben. Sorry, es tut mir leid. Mach noch einmal eine solche Aktion. Dann kommt das Zeug zusammen.

Heidi Ehrsam: Was Luc hier beantragt, ist blosses Geld. Man hat noch kein konkretes Projekt. Es gibt aber ein konkretes Projekt. Die Caritas Kanton Solothurn hat mit der römisch-katholischen Kirchgemeinde eine Vereinbarung abgeschlossen. Die Flüchtlinge können am Anfang am Freitagnachmittag ins alte Martinsheim gehen und werden dort

betreut. In einer Woche wird gestartet. Die Caritas sucht noch ehrenamtliche Betreuer. Morgen Nachmittag um 14 Uhr wird bei St. Martin eine Infoveranstaltung stattfinden. Alle, die Lust haben, dort als Gastgeberteam an den Nachmittagen für die Flüchtlinge mitzumachen, sind eingeladen zu gehen. Das ist ein konkretes Projekt und dasjenige von Luc ist noch zu wenig konkret. Das müsste dann auf irgendeinem anderen Weg gemacht werden.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich bin jetzt eigentlich gar nicht sicher, wo Du den Antrag haben möchtest. Belässt Du ihn so, wie er ist, oder würdest Du uns das Konto angeben, wo Du ihn gerne hättest?

Luc Nünlist: 5721 Freiwillige Hilfe Integration und die genauen Konti hinter dem Komma würde ich Urs Tanner überlassen, wenn es so weit käme.

Urs Tanner: Ich würde es auch auf 3636.00 nehmen.

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Dann wäre der Antrag jetzt, dass man das Konto 5721.3636.00 noch einmal um Fr. 20'000.— erhöhen würde.

Beschluss

Mit 32 : 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

7900.3132.00, Honorare externe Berater, Experten (Seite 86)

Thomas Rauch: Das ist im Bereich Raumordnung allgemein. Der Antrag wäre, die Fr. 100'000.— um Fr. 40'000.— auf Fr. 60'000.— zu kürzen. Die Begründung ist, dass die Stadtplanung in den letzten 10, 15, 20 Jahren viel geplant hat. Olten SüdWest ist ein gutes Beispiel. All diese Planungen mit Videoanimationen und externen Berater, wo es immer hunderte von Papieren gibt, landen in der Schublade. Gemacht wurde nichts. Der Stadtrat hat am Tag x den Gestaltungsplan und alle Vorarbeiten in Olten SüdWest ausgelöscht. Das war früher. Wenn man in der Stadt schaut, wer eigentlich an der Planung und aktiven Gestaltung etwas macht, ist dies vielleicht eine SBB, die dort ihr Areal gut plant, die dahinter die Entwicklung der SBB-Industrie macht, die das Quartier jetzt mit Büros urbanisiert. Das geht alles relativ gut. Das, was passiert, passiert dort, wo ein Investor ist und jemand vorwärts macht. Dafür braucht es all diese Studien, die zu 90 % in der Schublade und dann später im Shredder landen eigentlich nicht. Deshalb würde ich beantragen, dass wir hier versuchen, mit dem Restbetrag, wenn wir externe Unterstützung von Fachleuten brauchen, etwas zu machen, das konkret ist, und den Rest machen wir intern oder nach Bedarf. In diesem Sinne der Antrag: Reduktion dieser Positionsnummer um Fr. 40'000.—.

Stadtrat Thomas Marbet: Du hast es jetzt etwas krass formuliert. Es ist nicht so, dass all diese Planungen nur in der Schublade landen und nachher geshreddert werden. Ich darf doch erinnern, dass wir im Innenstadtbereich jetzt sehr viel realisieren konnten. Das musste auch geplant werden. Wir haben eine verkehrsfreie Innenstadt. Wir mussten Poller machen. Wir haben Verkehrsströme verengt. Man musste Markierungen machen und und und. Das hat Planung gebraucht. Es hat auch etwas kostet. Das ist richtig. Aber diese Planung versendet nicht irgendwo in einer Schublade und wird auch nicht nutzlos gestrichen. Ich finde, das ist ein falsches Bild, das Du hier von der Stadtplanung hast. Im Übrigen hat man dort jetzt ja auch zwei Stellen reduziert, also braucht man auch Mittel, um extern Leute beiziehen zu können, wenn man die Ressourcen intern nicht mehr hat.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte unbedingt warnen, diesen Posten weiter zu reduzieren. Stadtplanung ist also wirklich etwas, das für eine attraktive Stadt wichtig ist. Für eine Stadt, die strukturiert wachsen, Ziele verfolgen will, ist das absolut zentral und dies einfach dermassen ins Lächerliche zu ziehen und zu sagen, das wird alles nur geshreddert und „ghüderet“, ist absolut nicht angebracht. Dieser Betrag ist aus meiner Sicht absolut an der untersten Grenze, und ich möchte unbedingt warnen, ihn weiter zu reduzieren.

Thomas Rauch: Das Ergebnis all dieser Kosten sehen wir ja in Olten SüdWest. Geht schauen, wie es heute dort ist. Das Ergebnis Nummer 2 ist, dass in der Verlängerung des Bahnhofs die entscheidenden Sachen passieren, seit die SBB urbanisiert. Ich möchte noch einmal daran erinnern. Das passiert alles ohne Beitrag der Stadt.

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist nicht so, dass der Bauherr planen kann und die Stadt nicht einbezogen wird. Bei jeder Nutzungsplanänderung, bei jedem Gestaltungsplan ist die Stadtplanung im Boot, ist die Baukommission im Boot – notabene muss dies durch die Verwaltung vorbereitet werden – ist der Kanton im Boot. Es stimmt nicht, dass der Bauherr allein planen kann. Die Stadt ist immer dabei und gerade jetzt auch beim Sälipark haben wir beispielsweise kooperative Planungen, wo der Bauherr zusammen mit der Stadt eben kooperativ vorwärts geht. Das ist nicht ein Diktat, weder vom Investor noch von der Stadt, sondern es ist bei jeder Planung immer ein Miteinander, auch im Bahnhof Nord, wie Du erwähnt hast.

Beschluss

Mit 23 : 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag von Thomas Rauch abgelehnt.

6150.5010.013, Fussgänger-Veloverbindung Hammer-Olten SüdWest (Seite 105)

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Es liegen zwei Anträge von der FdP und von den Grünen vor. Hier wird beantragt, dass man die Fr. 500'000.— aus dem Budget streichen würde.

Daniel Probst: Das haben wir ja schon bei der Debatte um den Finanzplan erwähnt. Wir sind der Meinung, wir müssen hier priorisieren, und für uns hat der Bahnhofplatz Priorität. Wir sind der Meinung, dass wir dafür vorerst auf das verzichten wollen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich würde Euch vorschlagen, die Diskussion über PU Hammer zu führen, wenn der Stadtrat im nächsten Jahr den Bericht und Antrag unterbreiten wird. Vorher wird kein Franken ausgegeben. Das ist eigentlich für die Tresorieplanung, damit Herr Tanner weiss, womit er rechnen müsste. Aber es kann hier kein Franken ohne Behandlung des Berichts und Antrags, der dann im nächsten Jahr durch die Stadtplanung und das Präsidium dem Parlament vorgelegt wird, ausgegeben werden.

Urs Knapp: Wir wollen dies bewusst jetzt machen. Es ist auch ein Zeichen an den Stadtrat, damit er sich überlegen kann, ob er diese Vorlage überhaupt bringen soll.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich finde es nicht seriös, wenn man jetzt über PU Hammer diskutiert. Man muss doch auch wissen: Wie sieht das neue Projekt aus? Wie sieht die Finanzierung aus? Wie viel zahlt der Grundeigentümer daran? Wie viel zahlt der Bund daran? Was ist das Verfahren, das angewendet wird? Welche Beiträge werden geleistet? Wie sieht der zeitliche Ablauf aus? Wie sieht das Projekt in den grossen Zügen aus? Wie ist die Timeline? Wie ist die Zeitschiene? Was sind die Chancen, und was sind die Risiken? All dies werden wir dem Parlament 2016 mit Bericht und Antrag vorlegen. Ich glaube, das wäre der richtige Zeitpunkt, über ein solches Projekt mit seiner Bedeutung zu sprechen und nicht jetzt hier.

Daniel Probst: Man kann auch eine andere Haltung haben. Es heisst, es ist nicht seriös, wenn wir dies jetzt herausnehmen. Wir finden, es ist eben seriös, weil wir die Finanzplanung und das Budget angeschaut und über die Prioritäten geredet haben. Wenn wir jetzt hier der Meinung sind, dass wir den Steuerfuss so behalten wollen und dies halt auch Konsequenzen haben muss – bis jetzt haben wir nämlich nicht gespart – müssen wir auch konsequent sein.

Dr. Rudolf Moor: Ich finde das auch nicht gut. Ich möchte hier Thomas schon unterstützen. Es ist jetzt ein paar Mal argumentiert worden, es fehlten Gesamtsichten. Vorher ist gesagt worden, man mache spontane Aktionen. Das ist genau auch das. Dann fehlt die Gesamtsicht

und es ist unseriös, ohne eben einen Gesamtüberblick zu haben, was das bedeutet, was die Folgen sind, jetzt hier einen Entscheid zu fällen. Auch das ist sehr spontan. Wenn man weiss, dass die Vorlage in diesem Jahr kommt, ist sicher dieser Moment jetzt nicht der geeignete, um dies aus dem Budget herauszustreichen.

Dr. Arnold Uebelhart: Du weisst ja nicht, wie es nachher bei Euch herauskommt. Wenn es 114 ist, ist es ja gut. Ich habe jetzt noch nie gehört, dass man dem Stadtrat verbieten kann, etwas zu studieren und uns einen Vorschlag zu bringen. Wenn wir ja nicht wissen, worum es geht, können wir auch nicht ablehnen.

Thomas Rauch: Studieren, Noldi, verbieten wir nie. Ich würde es einfach gut finden, wenn auch im Zusammenhang mit anderen Projekten klare Priorität vorhanden wäre, und ich warne aus der Vergangenheit einfach etwas davor. Man hat immer sieben Sachen gleichzeitig abgeklärt, und man hat nichts. Wenn wir jetzt auf diesen Bahnhofplatz fokussieren, haben wir das aber sicher. Das sind alles Themen, die wir im Parlament schon seit fünf oder zehn Jahren mitnehmen.

Dr. Max Pfenninger: Dieses Geld werden wir ja im nächsten Jahr sicher nicht ausgeben, und deshalb gehört es nicht ins Budget. Studieren darf der Stadtrat so viel er will.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe nicht gesagt, es werde im nächsten Jahr nicht ausgegeben. Aber es wird nur dann ausgegeben, wenn das Parlament einen separaten Bericht und Antrag mit einer Mehrheit genehmigt. Wir haben vorher Caracas in Venezuela gehört, eine Seilbahn über einen Stadtteil. Das sind ja vielleicht solche Fragen, die man diskutieren muss. Es ist ja auch ein Vorschlag da, man solle es kostengünstig machen. Eine filigrane Lösung habe ich gehört. Das sind ja genau die Fragen, die man diskutieren muss, damit man von diesen 20 Millionen vielleicht auf 10 Millionen herunterkommt. Wir wollen auch bekanntgeben, was dann der Eigentümer daran gibt. Er gibt einen namhaften siebenstelligen Betrag daran. Der Bund wird aus dem Agglomerationsprogramm einen Beitrag geben, und es geht doch darum, dass wir diese Gesamtsicht über ein solches Projekt, über ein neues Quartier, das notabene einen Viertel der Stadtfläche ausmacht, seriös prüft nicht einfach um 22.40 Uhr mit einem Federstrich eine Entwicklung eigentlich streicht. Es gibt noch einmal einen separaten Bericht und Antrag, und es wird kein Franken Projektierungskredit ausgelöst, den das Parlament nicht genehmigt, und dazu wird es nachher auch noch eine Volksabstimmung brauchen. Das ist auch klar. Es kostet ja mehr als Fr. 600'000.—.

Michael Neuenschwander: Ich glaube, wir müssen jetzt aufpassen. Es geht immerhin um ein rechtes Investitionsprojekt. Gehe ich richtig in der Annahme, dass Ihr dieses jetzt am liebsten gleich für immer und ewig beerdigen möchtet? Wenn das so wäre, würden wir jetzt wirklich einen grossen Fehler machen. Es geht dort um einen Stadtteil. Es geht dort um eine wichtige Verbindung. Sie ist nicht einfach so schnell, schnell irgendwie anders möglich zu machen. Dann möchte wir dort doch schon einmal ein Projekt sehen und wissen, was uns dies kosten würde. Sonst müsste ich sagen, Ihr klemmt dort ein rechtes Stadtentwicklungsprojekt gerade ab. Das möchte ich doch schon nicht.

Daniel Probst: Noch das letzte Mal. Ich wehre mich gegen den Vorwurf, den ich von Thomas Marbet gehört habe, es sei jetzt so ein Federstrich zu später Stunde. Schon in der GPK haben Diskussionen stattgefunden, dass man sich priorisieren muss. Man hat verschiedene Projekte. Dort ist dies auch schon diskutiert worden. Wenn man heute Abend gut zugehört hat, hat man dies schon gehört. Diverse Fraktionen haben gesagt, man muss priorisieren. Auch das ist schon ein paar Mal genannt worden. Die Unterführung könnte wahrscheinlich dazu gehören. Priorisieren heisst nicht abschaffen oder gar nie machen. Du hast mich gefragt. Dann gebe ich Dir die Antwort. Priorisieren ist nicht etwas nicht machen. Man macht es nicht zuerst. Deshalb haben wir gesagt: Der Bahnhofplatz ist uns wichtiger. Es mögen zwar Ideen vorhanden für diese Investition vorhanden sein, aber sie hat nun einfach keine Priorität angesichts der Lage, in welcher sich die Stadt befindet. Deshalb ist unser Antrag kein Federstrich. Wir haben es übrigens auch allen geschickt. Ihr habt dies seit ein

paar Tagen. Das ist jetzt nicht irgendwie einfach so etwas eine Idee, die wir haben. Das haben wir schon lange diskutiert. Es ist auch in den Fraktionen diskutiert worden. Wir haben es eingereicht und jetzt ist es zur Abstimmung. Also bitte bei den Fakten bleiben. Auch wenn es spät ist.

Luc Nünlist: Hier wird jetzt auch ein Zeichen gesetzt. Um ein Zeichen zu setzen, stimmt man über etwas ab, das wir nicht vor uns haben. Einfach inhaltlich möchte ich mich auch noch anschliessen. Wenn dies einfach hinausgeworfen wird, schneiden wir einen Stadtteil komplett ab, und wir haben etwas, das über die nächsten Jahrzehnte in einer Segregation absumpfen und Folgekosten verursachen wird. Ich werde hier nicht müde, Euch diese unter die Nase zu halten, wenn wir dies machen.

Deny Sonderegger: Ich möchte einfach noch einmal klar festhalten, dass die FdP nicht für eine Streichung dieses Geschäfts ist. Aber sie ist heute Abend dafür da, dass man dieses Geschäft im nächsten Jahr nicht behandelt. Das ist das Einzige, was wir heute hier beantragen. Wir diskutieren nicht darüber, ein Projekt zu beerdigen. Vielleicht kann ich diese Diskussion abschliessen. Thomas Marbet, ich als Präsident Olten Tourismus würde es natürlich hervorragend finden, wenn dann irgendeinmal ein Projekt mit einer stadtseitenverbindenden Gondel kommen wird. Dann werde ich selbstverständlich gerne dafür zu haben.

Anita Huber: Ich möchte einfach noch ganz gerne ein paar Schlagworte sagen. Die Unterführung ist kein Nice-to-have. Das ist ein Must. Dort wohnen jetzt Leute, und diese Leute müssen in die Stadt hineinkommen. Sie sollen auch in der Stadt einkaufen gehen können und nicht ins Auto sitzen und in den Gäupark fahren. Das ist jetzt nämlich praktischer. Von daher ist es wirklich wichtig.

Beschluss

Mit 27 : 21 Stimmen wird dem Antrag der FdP zugestimmt.

6150.5020.001, Wilerfeld Hochwasserschutz (Seite 105)

Felix Wettstein: Im Unterschied zum vorherigen Geschäft müssen wir die Planung hier nicht mehr neu machen. Ursprünglich wollte man die Ausführung sogar schon im 2014 machen. Wegen einer Einsprache hat es Verzögerungen gegeben, dass man sie eigentlich 2015 hätte machen wollen. Im Moment ist sie aber nicht mehr drin. Warum ist sie nicht mehr drin? Nicht, weil es von der Sache her weiter aufgeschoben werden kann. Wir wissen alle, dass es eben ein extremes Unwetter mit den entsprechenden Wassermengen wie 1999 alleweil wieder geben kann. Den Antrag nehmen wir jetzt genau deswegen auf, weil wir ein Budget vorliegen haben, das im nächsten Jahr sogar mit einem Gewinn abschliessen würde, und weil insgesamt bei den Investitionen, auch bei den Bauinvestitionen, ganz wenig gemacht wird. Es ist nicht einmal so sehr und schon gar nicht allein eine finanzielle Überlegung, sondern es hat sehr viel damit zu tun, die Arbeiten zu verteilen. Es ist ein ausführungsfähiges Projekt. Einerseits ist es natürlich eine Möglichkeit, um dem lokalen Gewerbe etwas weiter zu geben. Vor allem aber ist es für die Leute, die in der Planung selber an der Thematik arbeiten, die Gelegenheit, um jetzt wirklich etwas voranzubringen und zum Abschluss zu bringen, das ausführungsfähig ist. Wenn wir jetzt alle denkbaren und eigentlich schon geplanten Investitionen immer weiter nach hinten schieben, erreichen wir im Investitionsbereich ja überhaupt nichts, ausser dass wir im nächsten Jahr einfach einen etwas besseren Cashflow, eine etwas bessere, nahezu hundertprozentige Deckung der Investitionen haben. Benvenuto hat dies in seinem Eintretensvotum richtig gesagt. Es ist ein gutes, wichtiges Ziel, dass man im Bereich der Selbstfinanzierung der laufenden Investitionen möglichst nahe an 100 % herankommt. Wenn man dies jetzt in Angriff nimmt, werden wir nach dem vorherigen Entscheid die Investitionen sogar immer noch über 100 % durch die Eigeneinnahmen decken können, so wie wir bis jetzt unterwegs sind. Es spricht alles dafür, dass wir im nächsten Jahr etwas in Angriff werden nehmen können, damit die Leute arbeiten können und nicht Daumen drehen müssen.

Heinz Eng: Danke, Felix, Du berücksichtigst damit einmal etwas die rechte Stadtseite. Gleichzeitig muss ich hingegen sagen, dass man dies ablehnen kann. Du hast es eigentlich eingangs erwähnt. Was passiert mit diesem Projekt? „Stopp der Überflutung der Tiefgaragen“. Ich als passionierter und begeisterter Autofahrer würde sagen: Das ist ja super. Aber wenn man dies nicht baut oder nicht macht, was passiert dann? Es ist effektiv so, dass ein paar Keller überschwemmt würden mit den Weinflaschen, die herumschwimmen und eben ein paar Autos, die in den Tiefgaragen herumschwimmen würden. Da hat es aber Ölabscheider. Es passiert nicht viel. Beim Jahrhundertunwetter, wie Du hier zitierst. Sonst, wenn es normale Regenfälle gibt, muss man dort oben auch einmal spazieren gehen und das anschauen. Dort ist seit 1999 etwas passiert. Es hat ein Überlaufbecken. Dort unten hat es eine riesige Matte. Sie kann auch etwas schlucken, und erst dann, mit dem Jahrhundertwasser, fängt es wirklich an. Von mir aus gesehen braucht es dies nicht. Ablehnen. Es kommen keine Tiere, es kommen keine Menschen zu Schaden. Einzig und allein eben ein paar Keller, die man auspumpen muss, oder ein paar Autos, die herumschwimmen. Aber das ist in der Selbstverantwortung derjenigen, die dort bauen usw. Dafür gibt es Versicherungen, und sie sollen diesen Beitrag für die Investitionen leisten und nicht die Stadt Olten.

Beschluss

Mit 29 : 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Zum Bericht und Antrag

Beschlussesanträge

Zu Punkt 5

Antrag FdP/CVP/EVP/GLP 108/108: 27 Stimmen
Antrag Grüne 114/114: 21 Stimmen

Antrag FdP/CVP/EVP/GLP 108/108: 27 Stimmen
Antrag Stadtrat 114/112: 21 Stimmen

Urs Tanner: Es gäbe aufgrund Ihrer Entscheidungen noch zwei Zusatzpositionen. Die Abschreibungen würden um Fr. 12'500.— abnehmen, und den Zinsaufwand habe ich mit 1 % berechnet. Er würde jetzt um Fr. 28'600.— . zunehmen. Das heisst eigentlich, der Aufwand beim Beschluss, Punkt 1, ist neu Fr. 105'723'770.—, der Ertrag wäre Fr. 104'725'100.—. Das heisst wir haben einen Verlust von Fr. 998'670.—, also rund 1 Million. Dies würde beim Beschluss, Punkt 2 jetzt noch Fr. 8'030'000.— betragen. Punkt 3 würde gleich bleiben. Punkt 4 würde auch gleich bleiben. Punkt 5 würde jetzt je bei 108 und 108 bleiben. Punkt 10 müsste man jetzt noch von 3 Millionen auf 6 Millionen Franken erhöhen.

Personalsteuer Fr. 50.— 40 : 1 Stimme bei 7 Enthaltungen
Hundesteuer Fr. 170.— 45 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen

Beschlussesantrag

1. Mit 27 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
2. Mit 27 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
3. Mit 47 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.
4. Mit 45 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
6. Einstimmig zugestimmt.
7. Mit 41 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.
8. Einstimmig genehmigt.
9. Einstimmig genehmigt.
10. Mit 37 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Mit 27 : 21 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1) Der Voranschlag 2016 der Erfolgsrechnung mit einem Mehraufwand von Fr. 998'670.00 wird genehmigt.

2) Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 8'030'000.00 wird genehmigt.

3) Spezialfinanzierungen	Abwasserbeseitigung	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. 1'102'150.00
	Abfallbeseitigung	Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	Fr. 70'340.00

4) Die Teuerungszulage ist für das städtische Personal auf 0% festzulegen (haupt- und/oder nebenamtliches Personal).

5) Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen:

Natürliche Personen	108 %	der einfachen Staatssteuer
Juristische Personen	108 %	der einfachen Staatssteuer
Personalsteuer	50 Franken	
Hundesteuern	170 Franken	(inkl. Kant. Abgabe)

6) Die Feuerwehersatzabgabe ist wie folgt festzulegen:

(Min. Fr. 20.-/ Max. Fr. 400.-)	9% der einfachen Staatssteuer
---------------------------------	-------------------------------

7) Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 40'522'100 wird genehmigt.

8) Das Budget der regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 535'900 wird genehmigt.

9) Das Budget des regionalen Führungsstabes (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 47'100 wird genehmigt.

10) Der Stadtrat wird ermächtigt, allfällige Finanzfehlbeträge durch die Aufnahme von max. 6 Mio. Franken Fremdmittel / Darlehen zu decken.

11) Die Beschlüsse Ziff. 1 bis 10 unterstehen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. November 2015

Prot.-Nr. 35

Motion Arnold Uebelhart (SP) betr. Gemeindeordnung/Beantwortung

An der Parlamentssitzung vom 23./24. September 2015 hat Arnold Uebelhart (SP) folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeindeparlament einen Vorschlag zur Gemeindeordnung auf der Grundlage der ordentlichen Gemeindeorganisation des Kantons Solothurn vorzulegen.

Begründung:

Das Gemeindeparlament trat am 23.9.2015 auf den Vorschlag der Spezialkommission nicht ein. Die vorgesehene parlamentarische Kommission soll auf der Grundlage der ausserordentlichen Gemeindeorganisation einen weniger kontroversen Entwurf ausarbeiten. Nach Meinung des Motionärs sind viele Unstimmigkeiten weitgehend begründet in der ao. Gemeindeorganisation. Es ist nach Ansicht des Unterzeichneten ein Versäumnis, die ordentlichen Gemeindeordnungen von z.B. Solothurn (in Kraft seit 1996) und Grenchen (seit 1993) nicht näher geprüft zu haben. Die Organe Gemeindeversammlung, Gemeinderat mit 15-30 Mitgliedern (auch Planungsbehörde!) und seinen Kommissionen, die übrigen Kommissionen, das Referentensystem, die Berichterstattung durch Verwaltungsangestellte scheinen überzeugend und mit Verantwortung in die Leitung der Gemeinden eingebunden zu sein.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 23./24. September 2015 einen überparteilichen dringlichen Antrag überwiesen, der die Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission „Teilrevisionen Gemeindeordnung“ mit sieben Mitgliedern und die Vorlage von drei eigenständigen Teilrevisionen der Gemeindeordnung beinhaltet. Angesichts des bereits erteilten Auftrags empfiehlt der Stadtrat dem Parlament, die Motion in ein Postulat als Prüfungsauftrag umzuwandeln und dieses an die genannte Kommission zu überweisen.

- - - - -

Dr. Arnold Uebelhart: Ich verweise natürlich einmal auf das, was ich geschrieben habe. Schon ziemlich am Anfang habe ich einmal die Gemeindeordnungen von Grenchen und Solothurn bei Frau Ulrich eingereicht. Offenbar ist dies dann in der Spezialkommission behandelt und abgelehnt worden. Ich war eigentlich der Auffassung, dass man die ordentliche Gemeindeorganisation des Kantons Solothurn sicher auch noch einmal anschauen müsste. Es wird ja viel diskutiert, was besser ist: Gemeindeparlament, der grössere Gemeinderat, wo ich das Gefühl hatte, die einzelnen Mitglieder haben eigentlich

vielleicht mehr Verantwortung, was wir auch heute wieder gesehen haben. Dann wäre natürlich die Gemeindeversammlung. Mir scheint, auch mit Steuererhöhungen usw. fährt man mit den Gemeindeversammlungen fast besser als hier bei uns. Aber Spass beiseite: Ich möchte eigentlich, dass man dies wirklich noch einmal ganz gründlich prüft, dass es nicht nur um die Fragen 30 oder 50 Gemeinderäte oder 3 oder 5 Stadträte geht, was ja auch immer Probleme gibt. Gerade bei 3 oder 5 Stadträten haben wir gesehen, dass die Planungsbehörde nach der Gemeindeorganisation ja im Stadtrat ist. Das hätte ich auch gerne etwas grösser gesehen. Das wäre, was ich auswendig dazu sagen kann. Ich habe ziemlich viel gelesen und etwas hin- und hergeschaut. Man kann sagen, dass in der Westschweiz klar das duale System besteht. Je mehr man in die Ostschweiz geht, desto mehr sind die Gemeindeversammlungen und die grösseren Gemeinderäte vorgesehen. Ich würde jetzt einmal abwarten, was Ihr noch dazu sagt. Offenbar wäre es sinnvoller, wenn man diese Motion in ein Postulat umwandeln würde, und dann würde der Stadtrat zu Händen der neuen parlamentarischen Kommission beantragen, dass sie dies noch prüfen würden.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Diese Frage ist von der Spezialkommission sehr intensiv geprüft und klar entschieden worden. Sie ist in der Vernehmlassungen diskutiert worden. Es hat sehr klare Aussagen gegeben, dass die ausserordentliche Gemeindeorganisation bevorzugt wird. Von daher hat es keinen Sinn, dass wir dies noch einmal anschauen. Das ist schon genug angeschaut worden. Wir empfehlen, sowohl als Motion wie auch als Postulat, dies abzulehnen.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Lieber Noldi, Du weisst jetzt schon, was kommt. Es ist selten, dass ich hier als Fraktionssprecher eigentlich gegen eines unserer Mitglieder argumentieren muss. Aber wir sind in der Fraktion tatsächlich auch gegen die Überweisung. Ich kann mich dem anschliessen, was Urs Knapp gesagt hat. Das ist in der ausserparlamentarischen Kommission schon behandelt worden, und sie sind klar zum Schluss gekommen, dass dies nicht geeignet ist. Ich kann auch sagen, dass wir dies in der Fraktion und auch in der Partei schon mehr als einmal diskutiert haben, und wir sind eigentlich alle der Meinung, dass dies nicht eine geeignete Organisationsform wäre. Deshalb möchten wir nicht, dass sich die parlamentarische Kommission jetzt noch einmal mit diesem Thema beschäftigen muss, im Wissen, dass mit aller Wahrscheinlichkeit wieder das gleiche Resultat herauskommt.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man über diesen Systemwechsel auch gleich hier im Rat abstimmen können. Das ist jetzt nicht ein Antrag oder so etwas, sondern mehr ein Kommentar. Für uns ist es eigentlich okay, wenn die ausserparlamentarische Kommission dies noch einmal anschaut. Wenn dies schon erschöpfend diskutiert war, ist es ja dann in fünf Minuten erledigt. Von uns aus gesehen kann man es gerade so gut überweisen.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion würde dem Antrag des Stadtrates folgen. Aber wir können gleich ein grosses Aber sagen. Ich habe mich schon in den Sechziger Jahren politisch sehr interessiert. Damals war ich noch nicht stimmberechtigt, habe dies alles mit verfolgt und auch die Berichte in der Zeitung gelesen. In der Stadt Olten hat die Gemeindeversammlung nicht gut funktioniert. Es war häufig ein Trauerspiel. Man hat aus diesem Grunde eben die ausserordentliche Gemeindeorganisation eingeführt, vor allem auf Drängen der Stadt Olten. Hier die politische Kultur wieder zu ändern, wäre ein sehr mühsames Unterfangen. In den Gemeinden, in denen die Gemeindeversammlung funktioniert, hat man zum Voraus meistens auch Parteiversammlungen, und dort werden diese Fragen so wie bei uns in den Fraktionssitzungen besprochen. Wenn wir einfach tel quel eine Gemeindeversammlung mit vielen Leuten durchführen, die nicht bei einer Partei sind, die dann einfach kommen, gibt es irrsinnig viele Fragen, wenn 100 oder 300 Personen kommen. Es ist beispielsweise praktisch nicht mehr durchführbar, ein Budget zu behandeln.

Ernst Eggmann: Wir von der SVP können uns auch damit einverstanden erklären, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, weil ja scheinbar der Motionär auch damit einverstanden ist. Wir kommen aber nicht ganz umhin, unserer Verwunderung wegen der Antwort

respektive der Nichtantwort des Stadtrates etwas Ausdruck zu verleihen. Er hat die Pflicht der Gemeindeordnung, eine Motion zu beantworten, und das hat er nicht getan, weil sich angeblich die Vorzeichen verändert haben. Wir finden dies nicht ganz in Ordnung. Er schiebt dadurch seine Verantwortung einfach auf die Kommissionen ab. Wir fragen uns: Müssen wir in dieser Nichtbeantwortung gar eine gewisse Schwäche des Stadtrates erkennen? Dabei hätte sich dem Stadtrat doch durch diese Beantwortung eine gute Gelegenheit geboten, der eingesetzten Kommission seine Haltung bekannt zu geben. Deshalb finden wir es wirklich etwas verwunderlich, eine Motion nicht zu beantworten. Aber sonst sind wir einverstanden.

Dr. Arnold Uebelhart: Noch kurz zu Christoph Fink: Einerseits hast Du von Trauerspiel gesprochen, und dann hast Du von 300 Personen, die an der Gemeindeversammlung waren, geredet, und alle hätten verschiedene Fragen gehabt. Das ist auch schwierig. Ich danke.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich bin klar für Ablehnung, weil man es schon einmal besprochen hat, und wir haben heute gehört, dass es einen relativ engen Zeitrahmen gibt. Im März wollen wir nämlich ein Resultat. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir diese Kommission beschäftigen müssen.

Beschluss

Mit 24 : 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an:
Stadtschreiber/Markus Dietler
Rechtskonsulent/Patrik Stadler
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsidentin Sarah Früh: Ich danke herzlich für die Konzentration und das lange Ausharren und freue mich auf eine hoffentlich kurze Sitzung im Dezember, wo wir nachher auch noch anstossen können, und wünsche eine gute Nacht.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.